

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Monatszeile über deren Raum 40 Pfg., für vollständige und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 25 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (zeitgedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Sonntagen bis 7 Uhr abends, an Samstagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement Preis pränumerando: Vierteljährlich 3.30 Mk., monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 2. März 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Militärvorlage und Steuerpläne.

Die Budgetkommission des Reichstages behandelt die Einmische Heeresvorlage. Es treten dabei recht bemerkenswerte Momente hervor.

Als weniger bemerkenswert können die Äußerungen gelten, durch die der Kriegsminister die Kavallerievermehrung zu begründen versucht. Seine Darlegungen in der Dienstagsitzung der Kommission über diesen Gegenstand lagen ausschließlich auf dem Gebiete der Nutzmachungsstrategie für den Kriegsfall, wogegen er die Antwort auf die Frage schuldig blieb, ob die erstrebte Gleichmäßigkeit der Kavallerieformationen bei allen Truppenteilen nicht durch bessere Verteilung der jetzt schon vorhandenen Reiterei erzielt werden kann.

Bedeutungsvoller waren einige andere Vorgänge. So ist die Mitteilung zu begrüßen, daß die Abkommandierungen endlich vermindert werden sollen. Seit vielen Jahren ist von liberaler und sozialdemokratischer Seite eindringlich Befehrwerte erhoben worden, daß man auf der einen Seite immer neue Heeresvermehrungen fordert, aber auf der anderen Seite zahlreiche Soldaten dem eigentlichen Dienste entzieht und im Wachdienst oder gar in der Beschäftigung als Buchsen verbraucht. Nun ist nicht davon die Rede, daß dieser Uebelstand gründlich beseitigt werden soll, so schnell geht es in der Armee nicht mit vernünftigen Reformen. Aber immerhin soll etwas geschehen. Die Heeresverwaltung kündigt an, daß 3-4000 unter den 20000 Abkommandierten der dienstlichen Ausbildung zurückgegeben werden sollen. Man hört auch bereits, daß beispielsweise die Berliner Gefängnisse, Moabit und Köpenick, nicht mehr mit militärischen Wachposten besetzt werden sollen.

Nicht uninteressant ist es ferner, daß jetzt auch in konservativen Kreisen die Art des Manöverbetriebes auf Bedenken stößt. Wenn früher Bebel dieses Kapitel im Reichstage behandelte, so fehlten die Herrschaften vom Kriegsministerium die sachmännische Meise auf und erklärten den Kritiker unter lautm Weisfall der militärfrommen Reden für einen Laien, der von der Sache nichts versteht. Wie in zahllosen anderen Fragen wird auch in bezug auf das Manöverwesen die Militärverwaltung und die ihr publizistischen Parteien dem Laien nachhinken. Wie jetzt im Exzerptreglement einige Verbesserungen gemacht werden, welche so völlig unzureichend sind, doch immerhin in der Richtung sozialdemokratischer Anschauungen liegen; wie man sich endlich auch damit abzufinden beginnt, daß die hitzigen Anfechtungen der Uniformierung sich nicht auf die Dauer erhalten lassen und einer einfachen und kriegsmäßigeren Ausrüstung weichen müssen; so ist es interessant, daß ein Mann wie Herr v. Kardorff jetzt zugestehet, daß hervorragende Offiziere sich ihm gegenüber gegen die Uebeltrieben des Manöverwesens, besonders bei den Kaisermanövern geäußert haben. Freilich zeigte dabei der militärfrohe Kardorff, daß er allerdings höchst laienhafte Anschauungen in diesen Fragen hat, indem er ganz allgemein den Umfang der Manöver tadelt. Bebel betonte mit Recht, daß, wenn einmal die heutigen militärischen Verhältnisse bestehen, die Manöver an sich notwendig sind und daran auch nicht gespart werden könne, daß dagegen der Prunk und Luxus sowie das Paradewesen, welches mit den Manövern im weitesten Maße verbunden ist und sehr hohe Kosten verursacht, beseitigt werden muß.

Nebenbei wurde der Kriegsminister auch aufgefordert, über das neue Automobilkorps und seine Stellung zum Heere Rechenschaft zu geben. Die Ansicht des Generals v. Einem bestätigt die von uns früher mitgeteilten und kritisierten Tatsachen. Der Kriegsminister hält es für statthaft, daß Reserve-Offiziere bei diesem freiwilligen Korps Übungen abhalten, die ihnen als dienstliche angerechnet werden. Wir haben wiederholt die Unstatthaftigkeit dieses Verfahrens betont und nachgewiesen. Da der Kaiser die Anregung zu dieser eigenartigen Einrichtung gab, so ist es begreiflich, daß der Kriegsminister sich um seine Rechtfertigung eifrig bemüht. Es ist aber zu hoffen, daß der Reichstag die Angelegenheit einer gründlichen Kontrolle unterzieht und Abhilfe schafft.

Von besonderer Wichtigkeit waren die Auslassungen, welche der Staatssekretär des Reichs-Schatzamt vor der Budgetkommission am Mittwoch machte. Bei den eindringlichen Fragen, wie denn bei der jetzigen Finanzlage alle die neuen Forderungen für das Heer gedeckt werden sollen, war Freiherr v. Stengel in der ersten Sitzungsberatung des Reichstages stumm geblieben. Er schilderte damals in beweglichen Tönen die jämmerlichen Verhältnisse der Reichskasse, aber er deutete nicht einmal an, wie Abhilfe geschaffen werden sollte, nur lehnte er ab, daß durch verstärkte Heranziehung der Abgaben aus den einzelnen Staaten die Not beseitigt werden soll. Da es jedoch offensichtlich geworden ist, daß im Reichstage weitere Forderungen für Heer und Marine sowie auch die Durchführung der neuen Militär-Pensionsgesetze kaum zu erreichen sein werden, wenn nicht zugleich die Deckungsfrage ihre Lösung findet, so scheinen sich endlich die Regierungen doch zu größerem Entschluß in der Steuerfrage aufzuraffen. Freiherr von Stengel erklärte, was vorauszusetzen war, daß die in Aussicht stehende höhere Reichseinnahme aus den Zöllen kaum die Zuzufußanleihen beseitigt, geschweige denn die nötigen Mittel für die weiteren Aufwendungen, welche die Reichsregierung beschließt, zu bringen vermöge. Er berechnet die Einnahmen aus den Zollerhöhungen auf jährlich 70 bis 80 Millionen, wovon aber durch die Zurücklegung für die Witwen- und Waisenversicherung nur 20 bis 30 Millionen für andere Zwecke übrig bleiben. Wenn nun auch diese Veranschlagung der Mehreinnahmen aus den Zöllen sich als weitaus zu gering herausstellen wird, so ist darüber kein Zweifel, daß, wenn nicht an den Militär- und Marineausgaben gespart werden soll, sondern die Reichswirtschaft in bisheriger Weise fortgetrieben und gesteigert werden soll, neue Steuern unerlässlich sind.

Freiherr v. Stengel hat nun die Erklärung abgegeben, es seien bereits neue Steuervorlagen in Vorbereitung und sie werden im Herbst vor den Reichstag gelangen. Er lehnte ab, über den Inhalt dieser Vorlagen irgend etwas zu sagen, da erst die einzelnen Regierungen ihre Meinung aussprechen und ihre Zustimmung geben müßten. Er sagte nur, daß die von ihm beabsichtigte Vorlage „auch die Finanzen der Einzelstaaten stark berühren würde“. Der Abgeordnete Gröber bezeichnete mit Recht diese Auskunft des Staatssekretärs als „das verschleierte Bild von Eis“. Immerhin läßt die Ausdrucksweise des Staatssekretärs annehmen, daß das Reichsschatzamt die Unmöglichkeit erkennt, neue indirekte Abgaben auf Volksbedürfnisse durchzusetzen. Vielleicht wird eine Reichs-Erbschaftsteuer vorbereitet. Ist es der Fall, so würde darin ein Erfolg derjenigen Parteien des Reichstages liegen, welche eine weitere Belastung der arbeitenden Klassen durchaus verweigern, also in erster Reihe ein Erfolg der Sozialdemokratie. Natürlich ist bei der notorischen Scheu der Regierung, die bestehenden Klassen zu den Reichskassen gehörig heranzuziehen, je d e m neuen Steuerplan nur mit aller Zurückhaltung und Vorsicht entgegenzusehen.

Nachfolgend der Bericht über die Kommissionsberatung:
In der Budgetkommission des Reichstages wurde am Mittwoch die Diskussion über die Erhöhung des Präsenzstandes der Armee fortgesetzt. Der Referent Abg. Noeren stellte zunächst an den Kriegsminister drei Fragen: 1. Wieviel Mannschaften das Kavallerieregiment früher und jetzt habe? 2. Wie hoch die Minimalanzahl der einzelnen Infanteriebataillone und der Schwadronen sei? 3. Wieviel Bataillone und wieviel Schwadronen zur Kompletierung der Divisionen auf den Normaletat notwendig seien? Kriegsminister v. Einem gab keine eigentliche Auskunft, sondern sagte nur, daß im Westen 4, im Osten 2, beim X. und IV. Korps je 1 Bataillon fehle. Das Kavallerieregiment solle mit 135 Pferden pro Eskadron in den Krieg austreten können. Abg. v. Kardorff fragte an, ob in die Prozentzahlen der zu den Waffen Berufenen heute auch die Flottenmannschaften eingerechnet würden, was verneint wurde. Für die Vermehrung der Kavallerie sprach er sich aus, wies aber darauf hin, daß ein Kampf nach zwei Fronten nicht zu fürchten sei und daß die Bewilligungen „auf Pump“ ausgeschlossen bleiben müßten. Mindestens müßte an anderen Positionen gespart werden, z. B. an den Manöverkosten; hervorragende Offiziere hätten ihm erklärt, daß die Manöver heute übertrieben würden, vor allem seien alljährliche Kaisermanöver nicht angebracht. Notwendig sei es, die Gesamtkosten der großen Manöver einmal zusammenzustellen; jetzt würden sie bei einem Duzend Etatsstellen verstreut. Der Kriegsminister bestritt, daß die Manöver übertrieben würden; Kaisermanöver seien allerdings bedeutend vergrößert worden, aber damit sei man nur den Spuren anderer Nationen gefolgt. Ueber den Wert der großen Manöver könne man freilich verschiedener Meinung sein, aber für die Ausbildung der Führer seien sie geradezu unerlässlich. Die großen Manöver habe man früher nur aus Rücksicht auf den alten Kaiser unterlassen; für ihn habe man kleinere Verbände aufstellen müssen, damit die Geschichte sofort losgehen konnte, wenn er auf dem Plage erschien. Die Manöver seien so notwendig, daß man nicht auf ihre Kosten die Heeresvermehrung vornehmen dürfe.

Reichsschatzsekretär v. Stengel legte dar: Für die Finanzierung des Etats 1905 sei die Frage der sogenannten „Voreinfuhr“ und der Einführung des Jollertrags von Bedeutung. Der Mehrertrag der Voreinfuhr werde sehr erheblich sein, aber davon sei die „Racheinfuhr“ bei den ermäßigten Zollpositionen abzusetzen; immerhin habe man geschätzt, daß der Mehrertrag im ganzen 50 bis 60 Millionen Mark betragen werde. Diese würden 1906 vereinnahmt werden, nur etwa 14 Millionen in 1905. Von 1906 ab werde nun aber auch die lex Trimborn wirksam werden und einen Teil der Mehreinnahmen der Jollertragsmaßnahmen in Anspruch nehmen. Für die „Zuzufuß-Anleihe“ pro 1905 werde man etwa 22 1/2 Millionen Mark noch in Aussicht nehmen müssen, eventuell plus 6 Millionen für die Militärvermehrung. Was die neuen Steuerpläne anlangt, so könne man mit kleinen Mitteln nichts mehr machen; die Zölle würden später 70-80 Millionen mehr bringen, davon ab 40-50 Millionen infolge der lex Trimborn, so daß für den Reichshaushalt nur 20 bis 30 Millionen Mark blieben. Da müßten neue Quellen erschlossen werden. Die Reichs-Schatzverwaltung bereite Vorlagen vor, die auch die Finanzen der Einzelstaaten stark berühren würden. Daher könne er mit den Vorschlägen noch nicht an den Reichstag herankommen, bevor nicht die Beratungen im Bundesrat abgeschlossen seien. Vor dem Herbst sei die Vorlage für den Reichstag nicht fertigzustellen. Ohne materielle Finanzreform sei die Aufstellung eines Etats für 1906 unmöglich. Zuzufußanleihen seien nur während der Uebergangszeit zu einer anderen Handelspolitik zulässig gewesen. Da jetzt nur noch auf kurze Zeit hinaus Finanzschwierigkeiten bestehen könnten, so dürfe man die Militärvorlage aus finanziellen Gründen nicht ablehnen.

Abg. Gröber: Dank der politischen Lage könne man die Heeresvermehrung in voller Gemütsruhe beraten. Die Größe der kommenden Belastung müsse deutlicher dargestellt werden; man dürfe die Marine und die ostasiatischen Truppen sowie die Zahl der Unteroffiziere und Einjährigen nicht außer Anschlag lassen; das alles ergäbe mehr als ein Prozent der Bevölkerung. Schon 1899 habe man sich mit der Etatsstärke der einzelnen Truppenkörper eingehend beschäftigt; da hätten sich starke Unterschiede herausgestellt, z. B. bei preussischen Infanterie-Bataillonen Schwankungen zwischen 501, 578 und 630 Köpfen. Unter dem Namen „Bataillon“, „Eskadron“ usw. berge sich offenbar sehr verschiedene; hier müßten die Stärkezahlen im Detail festgelegt werden. Ferner sei bekannt, daß ein Teil der Mannschaften dem Frontdienst durch allerhand Dienstleistungen entzogen wird. Ueber die hierbei in Betracht kommenden Zahlen müßte Klarheit geschaffen werden. Was die Vermehrung der Kavallerie anlangt, so sei der Nachweis für deren Notwendigkeit noch nicht erbracht worden. Heute sei die vorhandene Kavallerie ganz ungleich verteilt. Daraus folgt, daß diese Verteilung zunächst geordnet werde. Die Einschränkung der Manöver sei wünschenswert; der Ausfall je eines Kaisermanövers werde allein Millionen erparen. Die Deckung sei zunächst nicht vorhanden; die Pläne des Schatzsekretärs seien ein „verschleiertes Bild von Eis“.

Der Kriegsminister erwiderte, daß alle Truppen zusammen 1,08 Prozent der Bevölkerung ausmachten. Die jetzige Forderung solle nur die Kavallerie auf dieselbe verhältnismäßige Stärke bringen, die sie 1870 hatte. Für den Kriegsfall reiche die Kavallerie einfach nicht aus und im Kriegsfall könne man nicht erst organisieren. General Sigt v. Arnim entgegnete dem Abg. Gröber, daß jetzt nur noch bei der Artillerie 3 Etats beständen, bei der Infanterie seien Bataillone mit hohem Etat von 584 und niederem Etat von 502 Köpfen, bei der Kavallerie Regimente zu 607 und 577 Köpfen. Wollte man die Etats gleichmachen, so dürfe man nur die hohen Etats zugrunde legen. Der Zweck der vorliegenden Gesetzes sei auch die Ausbildung vermehrter Kräfte, nicht nur die Ausfüllung der Lücken. Die Zahl der Abkommandierten sei ungefähr 20000, davon könnten ungefähr 4-5000 Mann vielleicht durch andere Kräfte ersetzt werden. Die großen Abkommandierungen zu Wachzwecken sollen am 1. Oktober d. J. aufhören.

Abg. Bebel führte aus, es sei bedauerlich, daß der Schatzsekretär nicht einmal für seine Person seine Pläne entziffert habe; seine Schätzungen der Jollerträge seien wohl zu niedrig. Die Anregung des Abg. v. Kardorff sei beachtenswert, aber die großen Manöver seien doch tatsächlich unerlässlich. Andere Punkte gäbe es, wo besser gespart werden könne, als die Manöver, die vielleicht sogar noch größer gestaltet werden sollten, um sie dem „Erfisfall“ mehr anzunähern. Die Ausführung der Manöver sei heute freilich oft verschwenderisch, es seien die reinen Prunkmanöver mit ihren Massenattaken der Kavallerie. Die Kosten der Paraden bei den Manövern seien ungeheuer. Wenn man in so vielen Dingen die französische Armee als Beispiel anführe, dann solle man ihr auch in der Einführung der allgemeinen zweijährigen Dienstzeit und in der Abschaffung aller Privilegien nachfolgen. Dadurch könnten auch enorme Ersparnisse gemacht werden. Politisch sei gar kein Grund zur Heeresvermehrung vorhanden; Ausland könne in absehbarer Zeit keinen europäischen Krieg führen; in Frankreich nähme der Chauvinismus ab. Wenn man mit dem Preisband uns komme, dann müsse man doch auch an den Dreißiger erinnern. Als Friedenssicherung habe er doch seine Bedeutung und es sei bedauerlich, wenn eine schlechte Diplomatie ihn gefährde. — Die Angaben über unsere eigenen Militärkräfte schwankten so sehr, daß man erst genaueres darüber fordern müsse. Alles zusammen würden in Deutschland wohl 4 1/2 bis 4 3/4 Millionen Kriegsmannschaften vorhanden sein, ohne die auszubildenden Ersatzmannschaften. Die Ausführungen des Kriegsministers gingen darauf hinaus, als ob jemand glaube, die Kavallerie sei etwa ganz und gar überflüssig. Das habe niemand behauptet. Wenn die Division als Geschwader mit einem Regiment Kavallerie auszurüsten sei, dann brauche man immer noch nicht soviel, wie gefordert werde. Wenn jetzt das Heer verstärkt werde, so müsse man auch wissen, was es mit dem freiwilligen Automobilkorps auf sich habe.

Der Kriegsminister entgegnete, daß in der Verfassung des Heeres dieses Automobilkorps seine Rolle spiele; er vertiefte nicht so sehr gegen die gesetzlichen Vorschriften, daß er jemand seine militärischen Übungen bei einem solchen Korps abzuleisten gestatte. Auf die Uniformen und die Verfassung des Korps habe er gar keine Einwirkung. Offiziere und Unteroffiziere, die ihre Pflichtübungen ableisten hätten, erhielten Automobilübungen beim Manöver als freiwillige Übungen angerechnet; das dürfe die Verwaltung — Die Kavallerie-Atatzen würden nur in der Umahme gemacht, daß die Angehörigen bereits erschüttert seien. Die Paraden an den großen Manövern, deren Bedeutung der Abg. Bebel sehr richtig geschildert habe, existierten gar nicht mehr. Bei Erfurt sei allerdings für die übliche Parade vor den Manövern ein Platz eingerichtet worden. Bei der Einführung des französischen Militärgesetzes würden wir in Deutschland auf eine Präsenz von mehr als 900 000 Mann kommen. Uebrigens sei die zweijährige Dienstzeit der Kavallerie in Frankreich fiktiv: 15 Prozent der Reiter werden das dritte Jahr bei der Fahne zurückgehalten. — Ob ein geschlagenes Ausland gerade besonders friedlich sein werde, stehe doch dahin.

Die Kommission brach hier ihre Verhandlungen ab und vertagte sie auf Donnerstag.

Völkermehleien im Kaukasus.

Heute sind die ersten brieflichen Mitteilungen eingetroffen, die zuverlässige Einzelheiten über die furchtbaren Vorgänge in Vaku enthalten und zugleich über die Ursachen dieser nationalen Schlächtereien Auskunft geben.

Man schreibt uns aus Vaku unterm 23. Februar: Was hier während der letzten Tage vorging, spottet jeder Beschreibung. Trotz des Belagerungszustandes herrscht hier völlige Anarchie.

Die Arbeiterbevölkerung besteht hier hauptsächlich aus Armeniern und Tataren, sodann noch aus Russen, Persen und kaukasischen Völkern (Georgier, Lesghinen, Tatalinen, Tschetschenen usw.). Die Arbeitsverhältnisse sind auf den Oelfeldern in Vaku — wie überall auf Petroleumgruben — die denkbar schlechtesten. Einheimische und ausländische Kapitalisten betreiben die Ausbeutung der Arbeiter in der schamlosesten Weise.

Das niedrige kulturelle und Bildungsniveau, auf dem die dortigen Arbeiter stehen und das babilonische Sprachengewirr, das unter ihnen herrscht, erschweren, neben den allgemeinen russischen politischen Verhältnissen, die sozialdemokratische Agitation in Vaku ganz ungemünzt. Hierzu kommen noch die Verschiedenheit der Religion (die Armenier sind Christen, die Tataren Mohammedaner) und die beständigen Reibereien zwischen den einzelnen Nationalitäten und Stämmen.

Trotzdem ist es verschiedenen sozialdemokratischen Organisationen, die seit mehreren Jahren in Vaku arbeiten, gelungen, unter den dortigen Arbeitern festen Fuß zu fassen und eine geschlossene Streikbewegung hervorzurufen, die um so imposanter ist, als sie von einer aus so verschiedenen Elementen zusammengesetzten Arbeiterchaft ausgeht.

Der erzieherische Einfluß, den der große Streik im Sommer 1903 — wo etwa 40 000 Arbeiter in den Ausstand traten — und die nachfolgenden Streiks auf die Arbeitermasse ausübten, unterliegt nicht dem geringsten Zweifel. — Trotzdem ist die Bewegung noch zu jung, um so tiefwurzelnde nationale und Religionsgefühle bei der ganzen, dazu noch ständig wechselnden Arbeitermasse mit einem Male überwinden zu können. Nur langandauernde Agitation wäre dazu imstande.

Die Arbeiterorganisationen planten nun bereits seit einiger Zeit eine große politische Manifestation, die zum Zweck haben sollte, gegen die in Aussicht stehende Mobilisation der Truppen des dortigen Militärbezirks zu demonstrieren.

Das revolutionäre Agitationskomitee soll jüngst Waffen an die Armenier verteilt und auch die Tataren aufgefordert haben, an der gemeinschaftlichen Aktion gegen die Regierung teilzunehmen. Die Regierung, die jetzt kaum mehr in der Lage ist, die Armenier im Blick zu halten, geschweige denn sich zweier solcher Verbündeter, wie Armenier und Tataren, zu erwehren, gedachte nun, nach berühmten Mustern auch hier ein Blutbad anzurichten, das beide Teile schwächen und ein Schreckenszeichen für die Zukunft sein sollte.

Nach dem bekannten Prinzip: Teile und herrsche, benutzte sie die Gärung unter den kulturell tiefer stehenden Tataren, sowie ihre traditionelle Abneigung gegen die andersgläubigen Armenier, um sie gegen letztere aufzustacheln und so deren Unzufriedenheit freien Lauf zu lassen.

Es begannen nun, von der Polizei passiv begünstigt, einzelne Mordanschläge und Zusammenstöße zwischen Armeniern und Tataren, die schließlich in ein furchtbares Gemetzel ausarteten.

Der Straßenkampf begann Sonntag, den 19. Februar, mittags, doch verstärkte er sich besonders gegen Abend, so daß bereits Sonntagabend gegen 40 Tote auf dem Kampfplatz blieben. Montag vormittag begann der Kampf von neuem, doch erreichte er seinen Höhepunkt erst am Dienstag. Ein furchtbares Massaker begann. Jeder Tatare, der einem Armenier in den Weg lief, jeder Armenier, der einem Tataren in die Quere kam, wurde erbarmungslos niedergeschossen, erschossen, erstickt, erschlagen. Mit einer Wut ohne gleichen stürzten sich die Unglücklichen aufeinander — verbündet und aufgeregt von den Schergen des Zarismus. Jeder, der sich auf die Straße hinauswagte, war des Todes. Auf den Straßen standen mit Dolchen, Revolvern, Messern, Büchsen usw. bewaffnete Mengen, die keinem Pardon gaben. Von den stachen Dächern der Palast Häuser wurde aus Büchsen und Flinten auf die untenstehende Menge geschossen. Dienstag begann der Sieg, wenn man so sagen darf, sich den Tataren zuzuneigen. Die Armenier zogen den kürzeren. Die Häuser der reichen Armenier wurden von den Tataren überfallen und teilweise geplündert. Ein reicher armenischer Naphtha-Industrieller, J. D. Adomian, ging in seiner Bestialität so weit, daß er vom Dache seines Hauses gegen 60 Menschen eigenhändig niederschoss. Die Nacht für diese Bluttat ließ nicht lange auf sich warten. Die Tataren, blind vor Wut, besprangen sein Haus mit Petroleum, zündeten es an und begruben diesen Mann in den Flammen mitsamt seiner unglücklichen Familie. Eine Menge von verlosten Reichtümern wurden später in den Kellern seines Hauses unter Schutz und Trümmern aufgefunden.

Am nächsten Tage hörte das Schlächten allmählich auf und Mittwoch nachmittag war der Kampf zu Ende.

Die Zahl der Toten läßt sich nicht genau feststellen, da viele von ihnen von den Verwandten heimlich weggeschafft wurden. Trotzdem läßt sich mit Sicherheit behaupten, daß es mindestens 1000 Tote gegeben hat. Die Zahl der Verwundeten ist weit größer, entzieht sich jedoch vollständig der Kontrolle.

Es war eine blutige Orgie, die da gefeiert ward. Tummelnd vom Blut, umnebelt von Rache, umnachtet von Unwissenheit, verzweifelt vor Elend — zerfleischten sich hier zwei Völker, die beide unglücklich, beide unter dem doppelten Joch des Zarismus und des Kapitalismus stöhnend, mit Gewalt von jeder Bildung und jedem Fortschritt fern gehalten, sich noch nicht zu der Erkenntnis hatten durchbringen können, daß sie Brüder seien, Proletarier, Glieder einer Gesellschaftsklasse, die nur einen Wunsch haben, die nur ein Ziel befehlen sollte: mit vereinten Kräften den Kapitalismus zu stürzen und eine stillere Gesellschaftsordnung — den Sozialismus — herbeizuführen.

Das graufige Bacchanal war zu Ende. Die heilige Hermandad, die „Hüterin der Ordnung“, bewährte sich durch ihre Abwesenheit. Die „Heiligtümele russische Kriegerkraft“ — wie sie offiziell heißt —, die Kosaken, die Dragoner, die Artillerie und Infanterie, deren es genug in Vaku gibt, war nicht zu schauen. Es galt, zwei Völker an einander verbluten zu lassen, und dies geschah. Die „Dpritschnits“ konnten sich gratulieren. Ihrer Hände Werk war gelungen.

Erst nach Verlauf einiger Tage erachtete es der Gouverneur für nötig, zusammen mit der armenischen und muslimanischen Geistlichkeit die nötigen Maßnahmen zu treffen, um die Bevölkerung zu beruhigen und den Kampf gütig beizulegen.

Der Friede ist wieder hergestellt, doch es ist Stille vor dem Sturm. Die Armenier werden es den Tataren nicht vergessen, daß sie unterlegen sind, und neue blutige Ereignisse stehen bevor.

Viele Einwohner flüchten und retten ihr Hab und Gut. Die Schulen sind geschlossen, das Geschäftsleben stockt gänzlich. Telegramme und Briefe ruhten unter Lebensgefahr nach den Poststationen gebracht werden.

Generalandstand in Vaku.

Ein Privattelegramm aus Vaku meldet uns: **Sonabend oder Sonntag wird eine große Demonstration und Arbeiterausstand erwartet.**

Batum, 1. März. An den Unruhen in Kutais haben auch Schüler teilgenommen. Bei den Zusammenstößen töteten und verwundeten die Kosaken mehrere Personen. Die Ordnung ist wiederhergestellt. Gestern abend gaben drei betrunkene Offiziere der Garnison auf öffentlicher Straße Revolvererschüsse ab, wodurch eine Panik verursacht wurde.

Tiflis, 1. März. Die von den Unruhen erfaßten Kreise des Gouvernements Kutais sind bis zur Beruhigung der Gemüter dem Generalmajor Aidjanow unterstellt, welcher mit den Vollmachten eines Gouverneurs ausgestattet ist. Zu seiner Verfügung steht eine besondere Truppenabteilung.

Zwei Aufrufe Gapon's.

Die „Tribune Russe“, das Organ der Sozialisten-Revolutionäre und die „Humanité“ in Paris veröffentlichten zwei Aufrufe Gapon's, deren erster an die Arbeiter, der zweite an den Zaren gerichtet ist. In dem Aufruf an die Arbeiterschaft heißt es:

Im Namen der Freiheit, im Namen des Vaters Eurer Frauen und Kinder beschwöre ich Euch: Verliert nicht den Mut! Laßt Euch nicht von den falschen Versprechungen der mörderischen Ratgeber des Zaren täuschen. Verschachtet nicht Euer Leben und das nahe Glück Eures Vaterlandes für ein Pflanzgericht! Arbeiter, wollt Ihr den Sieg, so vereint Euch ohne Unterschied der Partei, des Glaubens, der Nationalität! Befolgt den Rat der großmütigen Jugend der Universitäten und aller anderen Intellektuellen, die Eure Freunde sind. . . Geht sofort an die Propaganda und an die Vorbereitungen für die Bewaffnung der Insurrektoren. . . Treibt in Verbindungen ein, so viel Ihr

könnt, mit Soldaten und Kosaken und ruft auch sie zu Eurer Hilfe. Sagt ihnen, es sei besser für sie, ihr Blut für Rußlands Freiheit und das Glück des Volkes zu vergießen, als von Hunger gequält auf den Schlachtfeldern der Mandchurien zu kämpfen.

Verachtet den heiligen Synod, die Bischöfe und die Priester, die aus Liebe zu Gott lügen und den Mördern, Dieben und Desfrantanten des öffentlichen Gutes dienen und jene verdammen, die ihr Blut für die Freiheit verprögen.

Befehlt Euch mit der Organisation von Arbeiterbataillonen. Sammelt Gelder zur Anschaffung von Waffen und lernt den Gebrauch von Waffen. Tötet ohne Mitleid jeden, der das Blut seiner Brüder vergießt. Vor allem aber laßt dieser verdamnten Regierung dieser Bande von verruchten Mördern, nicht die Zeit, sich zu fassen. Zu diesem Zweck tötet die Generale, die Offiziere, die Gouverneure, die Polizeichefs. Vergeht auch nicht die bewaffneten Demonstrationen, die Streiks, die lokalen Aufstände.

Wisset, daß dafür gesorgt ist, daß Ihr zur rechten Zeit jede Art von Waffen, namentlich Dynamit, zur Verfügung habt. Erhebt Euch wie ein Mann, wenn das Komitee der Rache Euch das Zeichen geben wird. Demnt dann mit einem Schlag alles Leben in den Städten. Zerstoß auch die Wasser- und Gasleitungen, die Telegraphen- und Telephonverbindungen und die Eisenbahntrecken. Brennt die Staatsgebäude nieder, befreit die Gefangenen, aber schont jeglichen Privatbesitz. Der Plan des allgemeinen Aufstandes wird in nächster Zeit von Eurem Komitee fertiggestellt sein. Sein Zweck ist die Niederschlagung der Autokratie und die Einsetzung einer provisorischen revolutionären Regierung, die Einberufung einer konstituierenden Versammlung.

Der zweite Aufruf, der Brief an den Zaren lautet: **An Nikolaus Romanow, früheren Zaren und jetzigen Mörder des Kaiserreiches!**

Voll Vertrauen in Dich als Vater Deines Volkes kam ich zu Dir friedlichen Schrittes in Begleitung der Kinder Deines Volkes. Du mußt es wissen und Du wußtest es. Trotzdem ist das Blut der Arbeiter, ihrer Frauen und Kinder geflossen. Dieses Blut wird Dich in Zukunft für immer von Deinem Volke trennen; niemals wird das moralische Band zwischen Dir und dem Volke wieder zusammengehüpft werden! Den anschwellenden Volksstrom wirst Du nicht eindämmen können, weder durch halbe Maßnahmen noch durch das Versprechen der Einberufung einer Volksvertretung. Dynamitbomben des kollektivistischen und individuellen Terrorismus des Volksaufstandes erwarten Dich, Deine Familie und alle Mörder des Volkes. Ich sage es und es wird geschehen. Es werden vielleicht Ströme von Blut fließen, wegen Dir wird vielleicht Rußland ins Verderben gestürzt. Versuche mich zu verstehen und lasse es Dir ein für allemal gesagt sein: Verzichte vielmehr so schnell als möglich mit Deiner ganzen Familie auf den russischen Thron und fliehe vor dem Gerichte des russischen Volkes. Habe Mitleid mit Deinen Kindern und mit Deinem Lande, Du, der den anderen Völkern Frieden versprachst und das eigene Volk erzwürgt. Wisse, daß dieser Brief eine Rechtfertigung der revolutionären und terroristischen Ereignisse sein soll, die demnächst in Rußland geschehen werden. Gapon.

Belagerungszustand in Rußisch-Polen.

London, 1. März. („Bureau Laffan.“) Ueber Rußisch-Polen soll, wie der Warschauer Korrespondent des „Daily Chronicle“ aus guter Quelle erfährt, der Belagerungszustand verhängt werden.

Warschau, 1. März. In den Gouvernements Kielce, Lomzka, Lublin, Plozl und Suwalki wurde vom Generalgouverneur der Zustand des verstärkten Schutzes erklärt.

Wegen Kohlenmangels stellte die Mehrzahl der Fabriken in Tomaszow den Betrieb ein. Die dortige Handelsschule wurde bis zum 27. d. M. geschlossen.

Warschau, 1. März. Mehrere hiesige Banken haben die von den Angestellten verlangte Gehaltserhöhung bewilligt, andere sie jedoch abgelehnt; daraufhin hat der Ausstand der Angestellten begonnen.

In der inneren Stadt sind die Dienstmoten in Ausstand getreten.

Der Eisenbahnerstreik.

Petersburg, 28. Februar. („Laffan“-Melbung.) Trotz der Einföhrung des Belagerungszustandes für den Eisenbahnbetrieb, wonach jeder Beamte, der die Arbeit verweigert, sofort 48 Stunden Arrest erhält, ruht der Betrieb auf der Linie Moskau-Kasan, der wichtigsten Bahn im sibirischen Zentral-Rußland. Die Lokomotivführer weigern sich, die Lokomotiven zu besteigen, ehe nicht ihre Forderungen bewilligt sind, und die Heizer und Werkstättenarbeiter unterstützen die Lokomotivführer.

Vom Schulfest.

Petersburg, 1. März. Aus dem Gouvernement Winsk ist die Einstellung des Unterrichts an allen Schulanstalten gemeldet.

Beschlagnahme Waffen.

Rostow, 1. März. Die Polizei beschlagnahmte bei Persera eine beträchtliche Menge Pulver und Waffen.

Zahlreiche Fabrikarbeiter befinden sich im Ausstande; es wurden Versuche gemacht, das Einstellen der Betriebe zu erzwingen. Obgleich bis jetzt keine ernstlichen Ruhestörungen vorgekommen sind, ist die Bevölkerung in Angst versetzt und versieht sich mit Vorräten an Lebensmitteln.

Eine Liga russischer Volksfreunde.

Paris, 26. Februar. (Fig. Ver.) Nächst den Sozialisten sind es in Frankreich die demokratischen, teils sozialistisch angehauchten Intellektuellen, die am eifrigsten für die Sache der russischen Revolution wirken. Gleich nach dem ersten revolutionären Ereignissen haben sie die Gründung einer Aktionsliga zugunsten der russischen Revolution ins Auge gefaßt. Diese Liga ist nun endgültig zustande gekommen. Sie trägt den Namen: „Liga der Freunde des russischen Volkes und der untern Völker“.

Ihre loeben erlassenen erstes Manifest lautet wie folgt: Die in Rußland seit bald 30 Jahren sich vollziehende Ereignisse sind seit sechs Jahren in ein derart gewalttätiges Stadium getreten, daß das Gewissen der ganzen Menschheit dadurch in Wallung kommt.

Es ist fortan klar, daß das absichtlich gewalttätige und verbrecherische zaristische Regime nicht nur für Rußland tödlich ist, sondern auch eine händige Gefahr für alle zivilisierten Völker bildet. Frankreich ist mit dem russischen Volke durch seine Pflicht und sein Interesse verbunden. Es liegt ihm daran, daß die Sache der Zivilisation und der Freiheit in Rußland zum Siege gelangt.

Und Frankreich ist es der Menschheit, ist es sich selbst schuldig, den russischen Vögern zu helfen in ihrem Kampfe für die Freiheit, für die Menschen- und Bürgerrechte. Frankreich muß es und muß dazu die Möglichkeit bekommen. Um zu können, muß man wissen. Es ist notwendig, unser Land über die russischen Vorgänge zu informieren. Es ist notwendig, daß man bei uns Zählung nimmt mit der Volksmeinung Rußlands.

Es ist notwendig, daß man in Frankreich, falls der Zarismus einen neuen 22. Januar vorbereitet, davon Nachricht erhält, ohne auf die russische Regierung angewiesen zu sein, um von ihr über ihre Verbrechen zu erfahren.

Am rechtzeitig die russischen Vorgänge kennen zu lernen, haben einige französische Bürgerinnen und Bürger beschlossen, eine händige Nachrichten-Zentralstelle zu schaffen, sowie einen moralischen und

materiellen Stützpunkt für diejenigen, die in Rußland für das heilige Recht kämpfen.

Auf diese Weise werden die sich in den Dienst des russischen Volkes stellenden französischen Kräfte weder verloren noch zerstreut werden. Sie werden ein geschlossenes Ganzes bilden.

Diese Zentralstelle, dieser Stützpunkt erhält den Namen: Die Freunde des russischen Volkes und der untern Völker.

Der Aufruf ist unterzeichnet von sämtlichen Mitgliedern des Komitees der Liga, worunter glänzende Namen von Schriftstellern, Gelehrten und Künstlern: Vorsitzender Anatole France, Vizepräsidentinnen: Franca Monard-Dorian, Pischari (Renans Tochter) und Witwe Emile Zola; Mitglieder: Dr. A. Broca, E. Carrière (Waler), A. Chevrillon, A. Dapoi, Professor Louis Gavel und Frau, Dr. Guichard, P. Monard-Dorian, P. Maurice, Octave Mirbeau, Professoren P. Painlevé, Pischari und Leignobas, Steinlein (Waler).

Politische Uebersicht.

Berlin, den 1. März.

Reichstag.

Dem Willen der ausschlaggebenden Parteien hat es gefallen, mit der an sich schon fast unbegrenzten Generaldebatte über das Reichsamt des Innern auch noch die Erörterung all der eingebrachten 21 Resolutionen zu verbinden. Sie haben es damit erreicht, daß schon jetzt am dritten Tage der sozialpolitischen Debatte die meisten Redner auf jeden Versuch einer allgemeinen Polemik verzichteten und sich damit begnügten, zu den Resolutionen zu sprechen, deren Annahme oder Ablehnung ihnen besonders am Herzen lag. So begründete der freisinnige Abgeordnete V. I. L. eine von ihm eingebrachte Resolution, die die Handelsagenten von der schlandösen Polizeiforderung der Lösung eines Wandergewerbescheines befreien soll. Ferner beschäftigte sich der süddeutsche Volksparteiler Storz mit den Maßregeln, die die Gefekgebung zur Bekämpfung des Schmiergeldverbreitens ergreifen könnten. Der Antisemit Kattmann forderte eine Abänderung des Gesetzes über die Reichszugehörigkeit, durch die den Kindern deutscher Auswanderer die Aufnahme in den Reichsverband erleichtert werden soll; sein Gesinnungsgenosse Krösel verurteilte wieder einmal eine Verteidigung des Befähigungsnachweises und bewies damit, daß die Handwerksbündler noch immer nichts gelernt haben. Der Zentrum's-Abgeordnete v. Strombeck setzte sich mit seinem eigenen Fraktionsgenossen Erzberger über die Bedeutung des Hausierhandels auseinander und vertrat gegenüber diesem jugendlichen Vielredner, der Sozialpolitik zugleich für die Armen und Reichen treiben möchte, das Recht der Hausierer auf ihre Existenz gegenüber den Erdrosselungstendenzen, die sich sonst im Zentrum breit machen. Dieser kleine Parteizwist hinderte natürlich den Abg. Trimborn nicht, gegen unsere Partei wieder einmal jede Meinungsverschiedenheit über irgend eine praktische Maßnahme der Sozialreform auszuspielen. Sonst unterschied sich freilich die Rede Trimborns sehr zu ihrem Vorteil von der neutralen Rede seines Fraktionsgenossen Erzberger. Namentlich wandte sich der ultramontane Sozialpolitiker mit aller Entschiedenheit gegen die ungeheuliche Drangsalierung der Streifposten, wie sie die kleinen Polizeipasschas von Stadt und Land gewerksmäßig betreiben. Praktischen Wert haben freilich solche Eingeläuterungen von Zentrum's-Abgeordneten nicht. Je enger die politische und sozialpolitische Interessengemeinschaft zwischen der katholischen und protestantischen Agrar- und Industrie-Gentry wird, desto ersichtlicher verlagst das Centrum, sobald es sich um noch so geringfügige Maßnahmen im Interesse der Arbeiterschaft handelt.

Dem Genossen Burm fiel die Aufgabe zu, diesen kaffenden Gegenatz zwischen Worten und Taten des Zentrum's in das rechte Licht zu rücken. Unser Fraktionsredner behandelte an diesem Tage in erster Linie die jammervolle Lage der in den Gisthöhlen der chemischen Industrie dahinschwachtenden Arbeiter. Wenn menschliches Gefühl imstande wäre, über die plumpen Interessen des Geldbads zu siegen, so müßte unsere Resolution, welche den sanitären Maximal-Arbeitsstag für alle Industrien mit Vergiftungsgefahr fordert, einstimmig angenommen werden. Aber die Rechte ließ nochmals durch den Mund des Abg. Gamp erklären, daß sie alle unsere Resolutionen ablehnen wird. Derselbe Grandseigneur von Hinterpommern lehnte hochentzündet die Anregung des Antisemiten Krösel, die Altersrente schon vom sechzigsten Jahre an auszuzahlen, ab und tanzelte Herrn v. Gerlach hermiter, weil er sich erkühnt hatte, Klagen der Landflaven zur Sprache zu bringen. Auf die geradezu furchtbaren Angaben des Abg. v. Gerlach über die schauerlichen Wohnungsverhältnisse der Hotelbedienten ging kein Mitglied der Mehrheitsparteien ein. Am Donnerstag wird die Beratung fortgesetzt.

Die Universitäten gegen die Sozialdemokratie.

Es entspricht den Gesplogheiten des preußischen Junkertums, alljährlich, wenn das Kapitel „Universitäten“ ans dem Kultusetat zur Beratung steht, von neuem zu dokumentieren, daß in Preußen die Universitäten in erster Linie gefügige Instrumente in der Hand der herrschenden Klassen sein sollen. Es sei nur erinnert an die unter der Amtsföhrung des früheren Kultusministers Vosse ingenierte Hege gegen die Ratheder-sozialisten, an die Angriffe des Herrenhauslers Fehrn. v. Durant gegen die freie theologische Forschung, an die Forderung der Agrarier, die Lehrstühle mit Agitatoren des Bundes der Landwirte zu besetzen, ganz zu schweigen von der lex Arons, jenem Gesetz, das jede freie Meinungsäußerung eines Privatdozenten mit der härtesten Strafe ahnden soll, die über einen Beamten verhängt werden kann.

Auch die diesjährige Beratung des Kapitels „Universitäten“, die am Mittwoch stattfand, legte Zeugnis davon ab, wie jammervoll es um die Kultur in Preußen bestellt ist. Ein pommerischer Junker, der Abg. v. Arnim-Jüfedom (L.), war der Rufer im Streite gegen die Sozialdemokratie; er forderte nicht mehr und nicht weniger, als daß die Universitäten zu Organen herabgewürdigt werden sollen, die der Bekämpfung der Sozialdemokratie dienen, und er hat hierbei die Mehrheit des Hauses auf seiner Seite. Ruh nicht jeder patriotisch gesinnte Mann sich tief verletzt fühlen, wenn er sieht, daß die Universität Halle einen Raum zur Errichtung einer Volkshochschule zur Verfügung gestellt hat, in der auch sozialdemokratische Zeitungen ausliegen, daß der Kurator der Universität Bonn, Herr v. Rottenburg, zu Sammlungen für die Opfer der Grubenbarone aufgefordert hat und daß einige Berliner Universitätsprofessoren sogar einem Wahlbündnis mit der Sozialdemokratie nicht abgeneigt waren, um die Junkerherrschaft in Preußen zu schwächen? Der Minister Studt allerdings sieht, obwohl er prinzipiell die Bekämpfung der Sozialdemokratie als seine Lebensaufgabe betrachtet und keinen Sozialdemokraten in seiner Verwaltung duldet, in den von dem Abg. v. Arnim vorgebrachten Fällen keine Attentate auf den preußischen Staat; er erblickt vor allem in dem Aufruf des Herrn von Rottenburg

Jediglich einen Akt der Menschlichkeit. Studis Begründung, Herr von Kottenburg verdiene wegen seiner Verdienste unter Bismarck eine ganz besondere Beurteilung, läßt allerdings den Schluss zu, daß er einem anderen Umverfätslehrer gegenüber scharfer vorgegangen wäre.

Unterstützung fand der Abg. v. Arnim in dem national-liberalen Vertreter des Grubenkapitals, Herrn Schmieding, der die Gelegenheit zu einer Hejrede gegen die Bergarbeiter und zu einem Loblied auf die Herren vom bergbaurlichen Verein benutzte, und in dem Abg. Freiherrn v. Zedlitz (fr.), dessen kaiserliche Reden gegen die Sozialdemokratie nachgerade komisch wirken. Wir verstehen es allerdings, daß Herr v. Zedlitz sich die Sozialdemokratie, der er die Entlassung aus seiner Stellung als Präsident der Seehandlung verdankt, und die sein Doppelspiel in der Kanalfrage enthüllt und einiges andere über Herrn v. Zedlitz angedeutet hat, grimmig haßt, aber kann er diesen Haß nicht in der Waschküche des „Tag“ zweckmäßiger ausspülen? Das ist doch honorarreicher! Warum er übrigens gleichzeitig mit der Sozialdemokratie immer auch die Freijüngigen angreift, ist schwer zu sagen; die Freijüngigen haben es doch wahrlich nicht verdient, gemeinsam mit den Sozialdemokraten auf die Prostriptionsliste gesetzt zu werden. Im Gegenteil, sie bieten sich ja fort und fort den Konservativen als Hülfstruppen gegen die Sozialdemokraten an. Das bewies von neuem der Abg. Rosenow (fr. Sp.), der unmittelbar nachdem sein Parteifreund Eichhoff gegen Herrn v. Arnim aufgetreten war und es als Instandspflicht bezeichnet hatte, die Sozialdemokraten, die sich im Landtage nicht verteidigen können, auch hier nicht anzugreifen, die Geschmackslosigkeit besaß, seine Freunde den Konservativen zum Kampfe gegen den Umsturz in empfehlende Erinnerung zu bringen. Vermutlich wollte er die gute Wirkung der Rede des Abg. Eichhoff abschwächen.

Nachdem noch der Abg. Dr. Friedberg (nat.) Herrn v. Kottenburg in Schutz genommen hatte, wurde die Debatte geschlossen und die Weiterberatung des Kultusetats auf eine Abend Sitzung vertagt.

Deutsches Reich.

Die Kündigung der Handelsverträge und der neue Generalzolltarif. Bei den Verhandlungen im Reichstage kündigte die Regierung an, daß sie alsbald nach der Annahme der neuen Verträge die alten zu kündigen gedenke, um das Inkrafttreten der neuen Vertragsstufen am 1. März 1906 zu sichern. Tatsächlich ist denn auch, wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ offiziell meldet, bereits vorgestern der Austausch der Ratifikationsurkunden zwischen der deutschen und der russischen Regierung erfolgt, und zugleich überreichte der deutsche Botschafter in Wien dem Grafen Gutschowski eine Note, durch die der bisherige Handelsvertrag Oesterreich-Ungarns mit Deutschland auf den 1. März 1906 für den Fall gekündigt wird, daß bis dahin die Auswechslung der Ratifikationen zum neuen Handelsvertrag nicht rechtzeitig erfolgt ist. Ebenso kündigte der deutsche Gesandte in Bukarest den bestehenden rumänisch-deutschen Handelsvertrag auf den 1. März 1906. Die Kündigung tritt ebenfalls nur in Kraft, wenn der neue Zusatzvertrag nicht ratifiziert werden sollte. Diese Form der bedingten Kündigung mußte deshalb gewählt werden, weil die neuen Tarifverträge bekanntlich die Form von Zusatzverträgen zu den bisher gültigen erhalten haben und diese Zusatzverträge ohne das Fortbestehen der sogenannten Hauptverträge — tatsächlich sind ja allerdings die neuen Verträge die eigentlichen Hauptverträge — nicht in Kraft treten können.

Indes gedenkt, wie offiziös gemeldet wird, sich die Regierung nicht mit der Kündigung zu begnügen, sondern es soll auch schon in den nächsten Tagen durch kaiserliche Verordnung der neue allgemeine Zolltarif zum 1. März 1906 in Kraft gesetzt werden. Die Meldung hat etwas Ueberraschendes. Selbstverständlich ist, daß zugleich mit den neuen Handelsverträgen auch der allgemeine Tarif vom 25. Dezember 1902, der sogenannte Nordostische Tarif, Geltung erlangt; aber befremdend ist, daß schon jetzt die kaiserliche Verordnung erfolgt. Nach dem § 16 des Zollgesetzes ist diese Verordnung an keine Frist gebunden und hätte deshalb auch ebenso gut erst einige Monate vor dem Inkrafttreten der neuen Verträge erfolgen können. Daß der Erlaß schon jetzt beliebt wird, läßt sich deshalb nur dahin deuten, daß die Regierung einen Druck auf Oesterreich-Ungarn ausüben will, sich mit der Ratifikation des neuen Vertrages zu beeilen.

Die Revisionsverhandlung des Königsberger Prozesses findet am 3. Mai vor dem Reichsgericht in Leipzig statt.

Sonntagsruhe in Glashütten. Der Zentralverband deutscher Industrieller hat an den Reichstag eine Petition gefandt um Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages die Einschränkungen der Sonntagsruhe in den Glashütten aufzuheben. Ober-Regierungsrat Werner teilte in der letzten Sitzung der Petitionskommission mit, daß in der nächsten Zeit neue Verordnungen des Bundesrats über die zulässigen Ausnahmen von der Sonntagsruhe zu erwarten seien. Es seien sehr umfangreiche Erhebungen angestellt worden, die zu einer Revision der bestehenden Verordnungen drängen. Ueber den Inhalt der Verordnungen im einzelnen und über die Lage in der Glasindustrie könne er detaillierte Angaben nicht machen, nur soviel könne er sagen, daß alles, was sich in der Praxis als überflüssig erwiesen habe, fallen gelassen werde.

Abg. Horn trat den Behauptungen des Zentralverbandes der Industriellen entgegen. Die Petition wird angesichts der schonenden Erhebungen dem Reichstager als Material überreicht.

Seltene Aufschonungen fährt der sächsische König fort, vorzutragen. Er befindet sich auf den Reisen in die größeren Städte des Landes, wie sie nach dem Regierungsantritt in Sachsen üblich sind. Am Mittwoch traf er in Chemnitz ein und erwiderte dort auf eine bürgermeisterliche Begrüßungsansprache:

„Es freut mich ganz besonders, an dieser Stelle auszusprechen zu können, daß ich gefunden habe, daß in unserer Fabrikbevölkerung, die ja vielen Versuchungen und Gefahren ausgesetzt ist, doch in reichem Maße die Begeisterung und Liebe für König und Vaterland existieren. . . Ich hoffe sehr, daß die vor wenigen Tagen im Reichstage zur Verabschiedung gelangten Handelsverträge mehr Ruhe und Stetigkeit in die vielfach in den letzten Jahren aufgeregten Teile der Industrie bringen werden, und ich hoffe zuversichtlich, daß diese große Tat für unser gewerbliches Leben, welche gleich zu Anfang meiner Regierung sich ereignete, ein günstiges Prognostikon für meine ganze Regierungszeit sein wird.“

In Chemnitz hat schon seit langem die Mehrheit der Bevölkerung ihre Vaterlandsliebe dadurch bewiesen, daß sie für die Sozialdemokratie eintrat. Niemand aber ist die sozialdemokratische Ueberzeugung mehr erstarbt als infolge der industrieseindlichen Zollpolitik, die in den jetzigen Handelsverträgen zum Abschluß gelangt. In der Reichstagswahl von 1898 siegte der Sozialdemokrat in Chemnitz mit 24 700 Stimmen, im Jahre 1903 aber mit 34 200 Stimmen. Zehntausend sozialdemokratische Stimmen wurden zu erheblichem Teile in dem sächsischen Mandat durch die Zollgesetzgebung geschaffen, welche der sächsische König jetzt als „eine große Tat“ ansieht und die er als günstiges Omen für seine ganze Regierungszeit in Anspruch nimmt. Seltfam, sehr seltfam! —

Aus dem Großherzogtum Sachsen-Weimar, 28. Februar. (Sig. Ver.) Die Erhöhung der Steuerfreiheit und eine Ermäßigung der Steuern

für die untersten Steuerstufen beschloß heute der Landtag. Dieser Erleichterung gegenüber wurde aber eine empfindliche Verschlechterung durch die Aufhebung der lex Vaudert geschaffen. Der Antrag des Abg. Vaudert folgend, hatten Regierung und Landtag vor drei Jahren gesetzlich festgelegt, daß alle Ermäßigungen des Steuerkapitals von den Gemeinden bei Erhebung der Gemeindeabgaben zu berücksichtigen waren. Diese Bestimmung hat der Landtag wieder aufgehoben. Das Gesetz tritt am 1. Januar 1906 in Kraft. Die Steuerfreiheit umfaßt die Erwerbseinkommen bis 500 M. Bis 1000 M. Einkommen sind obligatorisch unter bestimmten Voraussetzungen Steuerermäßigungen vorgezogen.

München, 28. Februar. (Depeche.) Die „Münchener Post“ tabelt in scharfster Form das Danktelegramm des Prinzregenten an den Reichskanzler anlässlich des Zustandekommens der Handelsverträge und meint, bei den Verträgen habe Bayern ja nur nach der preußischen Weise tanzen dürfen, die bayerischen Gerstenbauer habe man gründlich über's Ohr gehauen und die bayerische Industrie sei der norddeutschen, speziell der rheinischen, geopfert worden. „Uebrigens“, bemerkt das Blatt, „ist eine Dankagung des Regenten an den Reichskanzler schon einmal einem bayerischen Ministerpräsidenten sehr schlecht bekommen.“

Ausland.

Schweiz.

Der Proporz hat gesiegt. Basel, 27. Februar. (Sig. Ver.) Nach vorausgegangenem heftigen Kampfe der Proporzparteien mit den gegnerischen Freijüngigen ist in der gestrigen Volksabstimmung das Initiativbegehren betreffend die Proportionalwahl des Großen Rats mit 5290 gegen 5280, also mit einer Mehrheit von 10 Stimmen angenommen worden. Das ist nicht viel, aber es ist doch der Sieg und die Freijüngigen würden begeistert jubeln, wenn sie ihrerseits mit nur zehn Stimmen Mehrheit das Initiativbegehren hätten verworfen können. Da das Begehren ein vollständig ausgearbeitetes Gesetz ist, so wird bereits die in einigen Wochen stattfindende Neuwahl des Großen Rates nach demselben vorgenommen werden. Die sozialdemokratische Partei ist nun nicht mehr genötigt, mit einer der bürgerlichen Parteien Kompromisse einzugehen, sie wird ferner auch voraussichtlich ein halbes Duzend neuer Mandate gewinnen und mit vielleicht 30 Vertretern ihren Einzug in das neue Parlament halten. Die Kosten werden die Freijüngigen zu tragen haben und dann ihr unermüdlicher Kampf gegen den Proporz. Aber der Fortschritt, die politische Gerechtigkeit marschiert und siegt!

Frankreich.

Untersuchung der Kongo-Greuel.

In dem am Mittwoch im Elyseepalaste abgehaltenen Ministerrat beschloß die Regierung, eine unter der Oberleitung de Brazzas stehende Sonderkommission nach französisch-Kongo zu entsenden, um die dortigen Verhältnisse zu untersuchen. Der Ministerrat ermächtigte sodann den Kriegs- und den Marineminister, der Deputiertenkammer einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach die von Militär- und Marine-Angehörigen begangenen gemeinrechtlichen Verbrechen und Vergehen den ordentlichen Gerichtshöfen zu überweisen sind. Der Minister des Auswärtigen Delcassé legte dem Präsidenten Loubet einen Gesetzentwurf zur Unterzeichnung vor, demzufolge die Regierung ihr Einverständnis damit erklärt, daß die Vollmachten für die gemischten Gerichte durch den Abtrev von Kgypten mit Zustimmung der Mächte auf weitere fünf Jahre verlängert werden.

Die französische Regierung bekundet also wenigstens die Absicht, den Kolonial-Greueln auf den Grund zu gehen und Fürsorge dafür zu treffen, daß begangene Schandthaten auch entsprechend geahndet werden. Deutschland könnte sich daran ein Beispiel nehmen! —

Norwegen.

Kristiania, 1. März. Das Ministerium Hagerup hat seine Entlassung eingereicht. Staatsminister Hagerup begründet in seinem Abschiedsgesuch seinen Standpunkt und erklärt, daß eine vollständige Klarstellung des Unionsverhältnisses auf der Grundlage der Voraussetzung notwendig sei, daß, wenn Norwegens berechnete nationale Forderungen nicht in dem Rahmen der bestehenden Staatsverbindung erfüllt werden könnten, freiere Formen für das Zusammenarbeiten der beiden Völker gesucht werden müßten. Einseitige norwegische Beschlüsse, die sich auf die Konsultationsbeschränkungen, seien nicht geeignet, zum Ziele zu führen. Der Kronprinz erklärte als Regent bei der Empfangnahme des Abschiedsgesuches, daß er bei der herrschenden Unklarheit nicht sofort eine Entscheidung treffen könne und deshalb die Minister bitte, bis auf weiteres die Geschäfte weiter zu führen.

Kämpfe bei Mukden.

London, 28. Februar. Reuters Korrespondent meldet aus dem Hauptquartier des Generals Kuroki von heute: In dem Kampf um Tsinhsien liegen die Russen 203 Tote auf dem Schlachtfelde zurück, ihre Gesamtverluste sind auf mehr als 2000 Tote und Verwundete geschätzt; auch verloren sie mehrere Maschinengewehre. — Freitag abend nahmen die Japaner den Tekiki-Hügel, südlich vom Schaho, nicht weit südwestlich von Witsjan.

London, 28. Februar. Reuters Korrespondent in dem Hauptquartier Kurokis meldet unter dem 28. d. M.: Die Japaner erlangen gestern einen bemerkenswerten Sieg über General Rennenkampf, wichtig besonders wegen des gewonnenen strategischen Vorteils. Der Kampf fand in einer gebirgigen Gegend statt, 30 bis 45 Meilen östlich von Jentai.

Sachetun, 1. März. Um 3 Uhr nachmittags eröffneten die Japaner mit Belagerungsgeschützen ein heftiges Feuer gegen den Putilow-Hügel; ungeheure Wolkten Staub und Rauch erheben sich auf beiden Seiten des Hügels, der wie ein Vulkan aussieht. Das Bombardement setzt sich nach der rechten Flanke fort.

Sachetun, 1. März. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Das Artilleriegeschütz dehnte sich über die ganze Front in einer Länge von 120 Werst aus. Die im Osten stehende Abteilung bei Audiana warf die Japaner zurück. Die Japaner wurden aus dem Tsinhsien-Paß in die Gegend des Gutulin-Passes zurückgeworfen, wo sich ein Infanteriekampf entspann. Die Gegend beim Putilow-Hügel wurde mit eisigen Geschützen beschossen. Die russischen Batterien erwiderten das Feuer. An der Schahobridge ist ein erbitterter Kampf im Gange. Der in der Nähe befindliche kleine Wald ging in die Hände der Japaner über, die ihn endgültig besetzten. Es geht das Gerücht, daß eine auf der äußersten rechten russischen Flanke im Marsche auf den Liaosuh befindliche japanische Division in Salama angekommen sei. Die Verluste sind nicht bedeutend, weil die Angriffe von wenig zahlreichen Truppen ausgeführt worden sind.

Eine neue russische Anleihe

Paris, 1. März. Nach einer Petersburger Meldung gehen dort die pessimistischsten Gerüchte über die militärischen Operationen in der Mandchurie um. Es heißt, Dinitzsch habe 10000 Mann verloren und Ruropatkin sei so hart bedrängt, daß ihm nichts anderes übrig bliebe, als sich nach der Mongolei zurückzuziehen, um sich der japanischen Einschließung zu entziehen. Diese Gerüchte werden zwar amtlich nicht bestätigt, im Gegenteil legt man in amtlichen Kreisen großen Optimismus an den Tag.

London, 28. Februar. (Bureau Laffan.) Die Unterhandlungen mit belgischen und französischen Finanzkreisen über eine neue russische Anleihe von 300 Millionen Rubel,

die durch die jüngsten Ereignisse in Rußland gestört worden waren, sind nach einer Brüsseler „Standard“-Meldung wieder aufgenommen worden. Drei Vertreter der französisch-belgischen Finanzgruppe haben sich nach Petersburg begeben.

Verstärkte Friedensgerüchte.

Tokio, 1. März. Der Minister des Aeußern, Baron Komura, hielt am 28. Februar an die zurzeit hier versammelten Gouverneure eine Ansprache, in der er den Friedensgerüchten entgegentrat. Der Minister bestritt ferner, daß in den Beziehungen Japans zu England eine Abkühlung eingetreten sei und erklärte, die übrigen Mächte ständen zu Japan heute freundlicher als je zuvor.

General Stöffel

ist heute, Mittwoch, in Petersburg eingetroffen. Sein Empfang war ein recht lauer.

Bei einem städtischen Empfang in Petersburg hielt Stöffel eine Verteidigungsrede. Port Arthur sei absolut nicht mehr länger zu halten gewesen. Die Munition sei so gut wie erschossen gewesen. Von 17 000 Mann Truppen seien nur noch 4000 übrig geblieben, die Verwundeten eingeschlossen.

Das ist natürlich eine plumpe Lüge. General Rogi berichtete seinerzeit, daß die Verwundeten ungeredet, einschließlich der Marinemannschaften 28 000 russische Soldaten in Gefangenschaft geraten seien. Ein späterer Spezialbericht Rogis bezifferte allein die Zahl der nach der Laubenbucht zur Uebergabe ausgerichteten Mannschaften von sieben Schützen-Regimentern auf 280 Offiziere und 9000 Mann.

Partei-Nachrichten.

Ueber die Stellung der Partei zu den Gewerkschaften verhandelte der sozialdemokratische Volksverein Solingen. Es wurde nach längerer Erörterung folgende Resolution angenommen:

„Die heutige öffentliche Versammlung des sozialdemokratischen Volksvereins zu Dorperhof erklärt es für die Pflicht eines jeden Parteigenossen, soweit eine Gewerkschaftsorganisation für ihn in Frage kommt, dieser Organisation beizutreten. Im Interesse der Gewerkschaften, der Partei, wie auch im Interesse des Emanzipationskampfes der Arbeiter überhaupt, erachtet es die Versammlung jedoch taktisch für verfehlt, die Zugehörigkeit zur Partei von der Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft abhängig zu machen. Nichtsdestoweniger ist es die Pflicht des sozialdemokratischen Volksvereins, Hand in Hand mit den Gewerkschaften zur Erstarlung des gewerkschaftlichen Gedankens zu wirken.“

Arbeitssekretariate. Als Arbeitersekretär für Warmen wurde Genosse Krüger aus Halle gewählt. Das bisherige Gewerkschaftssekretariat in Magdeburg wird in ein Arbeitersekretariat umgewandelt.

Eine Geschichte der belgischen Sozialdemokratie.

Genosse Louis Bertrand, der belgische Abgeordnete, von dem bereits eine Geschichte der belgischen Genossenschaften erschienen ist, veröffentlicht gegenwärtig eine Geschichte der Demokratie und des Sozialismus in Belgien seit dem Jahre 1830. Das Werk wird aus zwei Bänden zu je 600 Seiten bestehen und mit zahlreichen Illustrationen ausgestattet sein. Es erscheint in monatlichen Lieferungen von 60 Seiten. Der Gesamtpreis beträgt 10 Fr., der auch in fünf Raten bezahlt werden kann. Das Werk ist durch eine Vorrede von Vandervelde eingeleitet.

Unser japanisches Parteiblatt, der „Heimin Schimbun“, hat aufgehört zu erscheinen. Dank den behördlichen Drangsalierungen ist dieser Wochenschrift, wie wir schon kürzlich mitgeteilt haben, der Lebensodem ausgeblasen worden. Die letzte vom 26. Januar datierte Nummer des Blattes, die uns soeben zugeht, gibt in einem „Der Abschied des Heimin Schimbun“ überschriebenen Artikel der Welt Kunde von dem unfreiwilligen Ende: „Dies ist die letzte Nummer unseres Blattes. Wir haben uns lieber freiwillig entschlossen, die Zeitchrift eingehen zu lassen als die Unterdrückung abzuwarten. Auch auf uns passen die Worte in dem berühmten „Abschied der Neuen Rheinischen Zeitung“.

„Nun ade, doch nicht für immer ade!
Sie töten den Geist nicht, ihr Brüder!
Wald rüht ich mich rasselnd in die Höh,
Wald lehr ich reißiger wieder!“

Weiter heißt es in dem Abschiedswort: Zum Glück für unsere Sache werden einige unserer Genossen eine neue Wochenschrift „Cholugen“ herausgeben, welche im vorgeschrittenen Sinne redigiert werden soll. Dies Blatt würde in Zukunft als das Zentralorgan der japanischen Sozialisten zu betrachten sein.

Ein Wort sei uns zum Schluß noch gestattet. Japan will als hochzivilisierter Staat gelten, der im Namen der Gerechtigkeit und Humanität gegen das barbarische Rußland Krieg führt. Die Freiheit der Meinungsäußerung wolle man aber nicht in Japan suchen!

Aus Industrie und Handel.

Jahresabschluss der Diskontogesellschaft.

Die fast alle bisher von den Großbanken veröffentlichten Rechnungsablegungen für das Jahr 1904, so zeigt auch der Jahresabschluss der Diskontogesellschaft, daß die Banken im ganzen keineswegs so viel besser gearbeitet und solch höheren Nutzen im letzten Jahre erzielt haben, als noch im Dezember meistens in den Börsen- und Großgeschäftsreisen angenommen wurde. Durchweg waren ja bei den Banken die Gewinnerträge etwas höher, wie im Jahre 1903, und auch die Diskontogesellschaft hat einen um ungefähr 3 Millionen Mark höheren Rohgewinn und einen um 1.8 Millionen Mark höheren Reingewinn erzielt; zieht man aber in Betracht, daß seitdem das Kommanditkapital um 20 Millionen Mark (von 150 auf 170 Millionen) erhöht worden ist, daß die Diskontogesellschaft im letzten Jahre viele neue Beziehungen angeknüpft und mit allen Mitteln versucht hat, ihren Geschäftskreis auszudehnen, wodurch die Verwaltungskosten um 1 121 000 M. gestiegen sind, und daß ferner von dem erzielten Reingewinn von drei Millionen Mark 850 000 M. aus der Kommanditbeteiligung bei der Norddeutschen Bank in Hamburg und circa 720 000 M. aus dem Gewinn an verlaufenen Effekten herrühren, so erscheint das Resultat keineswegs als so glänzend, wie es vielfach in der Börsen- und Handelspresse hingestellt wird. Es ist unverkennbar, die Diskontogesellschaft hat, nachdem sie vorher sich etwas in den Vordergrund hatte drängen lassen, im letzten Jahre einen energischen Anlauf zur Wiedereroberung ihrer früheren Stellung inmitten der großen Konjunkturate unternommen; aber allzu viel herausgekommen ist dabei vorläufig noch nicht.

Der Bruttogewinn stellt sich einschließlich des auf 497 482 M. sich belaufenden Vortrages aus der vorjährigen Bilanz auf 23 760 932 M. gegen 20 727 027 M. im Vorjahre und setzt sich aus folgenden Erträgen zusammen:

	1904	1903	1902
Zinsen der Platz- und anderen Parawechsel . . .	3 807 478	3 600 801	2 602 681
Auswechslungsabzüglich Zinsen	539 513	553 278	446 622
Eigene Effekten u. Reports	3 030 847	2 311 100	2 288 754
Provision	5 276 846	4 786 734	4 579 625
Zinsenkonto	5 053 183	4 896 125	4 227 174
Kommanditbeteiligung bei der Norddeutschen Bank	4 250 000	3 400 000	3 400 000
Sonstige dauernde Beteiligungen	1 187 031	1 057 898	972 127
Diverse Einnahmen	118 478	174 880	415 907

Nach Abzug der Verwaltungskosten usw. 4 987 000 M., der Steuern 1 292 248 M., der Abschreibung auf zweifelhafte Forderungen 154 169 M., der Abschreibung auf das Bankgebäude und innere Einrichtung 401 052 M. bleibt ein Reingewinn von 17 091 470 M. gegen 15 276 429 M. im Vorjahre. Davon soll, wie für das Jahr 1903, eine Dividende von 8 1/2 Proz. verteilt werden.

Die Bilanz beweist, daß sich auf fast allen Gebieten das Geschäft ausgedehnt hat; unter den Aktiven haben die Debitoren um 58 Millionen, die Reports und Effektenvorschüsse um 15 Millionen Markt zugenommen, während unter den Passiven die Kreditoren um 26 und die Akzente um 41 Millionen Markt gestiegen sind; jedoch ist diese Ausdehnung des Geschäftsbereichs zum Teil mit einer Verschlechterung der Liquidität erkauft. Die sofort greifbaren Mittel (Kassa, Wechsel und Reports) berechnen sich auf 253,57 Millionen gegen 216,85 Millionen in 1903; die Akzente, Depositen und Kreditoren aber wuchsen von 350,44 Millionen auf 426,31 Millionen Markt.

Was hat das Kohlenfundat vor? Noch vor acht Tagen wurde von einigen meist gut über die Vorgänge im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier unterrichteten Mäthern gemeldet, daß in den Kohlengruben angestrengt gearbeitet werde, um der nach Beendigung des Streikerechts hervorgetretenen starken Nachfrage nach Kohlen möglichst zu genügen, und daß deshalb auch das Kohlenfundat von einer Einschränkung der Förderung vorläufig absehen werde. Im Widerspruch zu dieser Meldung hat, wie die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ berichtet, der Ausschuss des Syndikats zur Festsetzung des Förderplanes, der vorgestern in Essen tagte, die Festsetzung der Verteilungsanteile der Fächer für den Monat März beschlossen, mit der Begründung, daß die „endgültige Gestaltung der Förderung und des Absatzes seit Wiederaufnahme der Arbeit sich noch nicht klar überschauen lässt.“ Allen Anschein nach geht man den Kohlenmarkt knapp zu erhalten. Das ergibt sich auch aus der Begründung, mit der das Syndikat diesen überraschenden Beschluss zu rechtfertigen sucht. „Soviel“, schreibt es, „scheint jedoch schon festzustehen, daß für den Absatz der vollen Verteilungsmengen kein Markt vorhanden sein wird und mit einer Verringerung derselben in gewissem Umfang jedenfalls gerechnet werden muß. Es ist bekannt und mit obigen in Verbindung zu bringen, daß die vorhandenen Bestände während des Ausstandes nicht voll in den Verbrauch übergegangen sind, und daß vor allem bedeutende Anläufe in englischen Kohlen getätigt worden sind, deren Abnahme auch heute noch nicht als beendet anzusehen ist. Für Kohle hat der Ausschuss die Verteilungsanteile für März auf 80 Proz. festgesetzt. Hierzu ist zu bemerken, daß der Kohlenverband durch Zulassung der Bestände auch während der Streikbewegung auf dem ungefähren Umfang der vorhergehenden Monate hat gehalten werden können, sowie daß die Kohlerzeugung sich im allgemeinen wieder der ursprünglichen Höhe nähert. Wenn gleich für den Monat März mit einem vermehrten Kohlenverbrauch im Vergleich zum Dezember 1904 gerechnet werden kann, so ist der Bedarf doch nicht genügend erkräft, um die frühere 34prozentige Verminderung ganz fallen zu lassen.“

Die Absichten des Syndikats sind noch nicht deutlich zu erkennen. Fast scheint es aber, als plane man die Produktion einzuschränken und die Zufuhr nach dem Markt knapp zu halten, um dadurch die Vorbedingung für Preiserhöhungen zu schaffen.

Hamburger Aktiengesellschaften. Das soeben vom statistischen Bureau der Hamburger Steuerdeputation herausgegebene Heft 22 der Statistik des Hamburgischen Staates gibt zur Vervollständigung des Materials über die Einkommenverhältnisse der physischen Steuerzahler einige Angaben über das Einkommen der Hamburger Aktiengesellschaften, die einen interessanten Ueberblick über die Entwicklung dieser Unternehmungsform in dem Zeitraum 1881 bis 1901 gewähren. Seit 1881 unterliegen die Aktiengesellschaften der Einkommensteuer. Von diesem Jahre ab bis 1901 ist die Zahl der Aktiengesellschaften von 176 mit circa 15 1/2 Millionen Markt Einkommen auf 375 mit 49 1/2 Millionen Markt gewachsen. Die Zahl der Gesellschaften hat sich demnach um mehr als das Doppelte, das Einkommen um das Dreifache vergrößert. Während die Steigerung in der Zahl sich abgesehen von kleinen Unterbrechungen zu Anfang der achtziger und ebenso der neunziger Jahre, ziemlich regelmäßig und in gerader Linie vollzieht, läßt die Entwicklungskurve der Einkommenverhältnisse das Auf und Nieder der Konjunkturen erkennen. Nach einem Wachsen der Einkommen bei annähernd gleichbleibender Anzahl der Gesellschaften in den Jahren 1881 bis 1884 zeigen die folgenden beiden Jahre 1885 und 1886 einen Rückgang der Einkommen. In dem Zeitraum 1887 bis 1891 wächst sowohl die Anzahl als auch die Summe der Einkommen, 1892 bis 1895 ist wieder eine Periode des Rückganges der Einkommen bei ungefähr gleicher Anzahl. Mit dem Jahre 1896 tritt eine beiderseitige Steigerung ein, die allerdings bei der Einkommensumme ein rascheres Tempo annimmt.

Im Jahre 1901 verteilten sich die 375 vorhandenen Aktiengesellschaften nach der Höhe ihres Einkommens folgendermaßen: bis 10 000 M. hatten 159, von 10 000 bis 50 000 M. 112, von 50 000 bis 500 000 M. 84 und über 500 000 M. 20 Gesellschaften.

Aus der Frauenbewegung.

Frauen im Postdienst.

Der Verband fortschrittlicher Frauenvereine in Berlin petitioniert beim Reichstage um Zulassung der weiblichen Postbeamten zu den höheren Stellen des Postdienstes durch Freigabe der Sekretärprüfung. Die Petitionskommission beschloß sich am Mittwoch mit der Eingabe. Der Regierungsdirektor, Oberpostrat Franzoso, erklärte die Bitte für unerfüllbar; erstens seien keine Stellen verfügbar, die Post wisse schon nicht, wie sie das männliche Personal, das Anspruch auf diese Stellen habe, unterbringen solle. Speziell bei dem Sekretärdienst habe die Postverwaltung mit den Militärärzten zu rechnen. Wenn die Postverwaltung 1400 Assistentenstellen verfügbar habe, müsse sie 600 von vornherein abgeben, die den Militärärzten vorbehalten bleiben. Und diese Leute machten meist die Sekretärprüfung, so daß man weitere Kreise gar nicht zur Bewerbung um diese Stellen zulassen könne. Dann aber spreche gegen die Petition auch die Untauglichkeit der Frauen für diesen Dienst. Die Schweiz, Schweden und Norwegen, Belgien und England hätten überall die Erfahrungen gemacht, daß Frauen als Vorsteherinnen größerer Postämter nicht verwendbar seien; sie können keinen Nachdienst tun, eigenen sich nicht zur Aufsicht und zu schwierigeren Arbeiten. Außerdem sei der Prozentsatz der Erkrankungen viel größer als bei Männern und die Invalidität trete viel früher ein. Belgien beginne damit, die Frauenbeschäftigung wieder einzuschränken. — Mit diesen Erfahrungen decken sich auch die Erfahrungen der deutschen Reichs-Postverwaltung.

Der Referent Abg. Mugdan beantragte Uebergang zur Tagesordnung. Unter Ablehnung eines sozialdemokratischen Antrages, die Petition wenigstens dem Reichskanzler als Material zu überweisen, wurde nach dem Antrage des Referenten beschlossen.

Soziales.

Der Kampf gegen die Invalidentente.

In dem Bestreben, die Kosten der Invalidenversicherung herabzudrücken, hat die Versicherungsanstalt Brandenburg zu einem Mittel gegriffen, das man nicht unversprochen lassen darf. Sie hat sich an die Ärztekammer der Provinz gewandt mit einer Darlegung über die Grundzüge für die ärztliche Begutachtung der Erwerbsunfähigkeit im Sinne des Invalidengesetzes, in der es unter anderem heißt:

1. Es herrscht vielfach über den Begriff der Erwerbsunfähigkeit noch eine gewisse Unklarheit. Derselbe wird häufig mit dem

der Berufsunfähigkeit verwechselt. Die Fassung des § 5 Absatz 4 des Invalidenversicherungsgesetzes kann allerdings leicht zu Mißverständnissen Veranlassung geben. Der Wille des Gesetzgebers ist aber zweifellos dahin gegangen, daß Erwerbsunfähigkeit nur dann angenommen werden soll, wenn der Versicherte das gesetzliche Drittel nicht mehr auf dem allgemeinen Arbeitsmarkte verdienen kann. Wenn man den ganzen Arbeitsmarkt überblickt, so gibt es oft eine Menge von Beschäftigungsarten, die von dem Rentenbewerber sehr wohl noch geleistet werden können, obwohl er in seinem Verufe keine Verwendung mehr finden kann.

Diese Auffassung über den Begriff der Erwerbsunfähigkeit widerspricht dem Gesetze. Was hier die Versicherungsanstalt Brandenburg als „Wille des Gesetzgebers“ ausgibt, das war der Inhalt des alten Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes. Danach galt als erwerbsunfähig, wer dauernd außerstande war, durch „eine feinen Kräfte und Fähigkeiten entsprechende Lohnarbeit“ ein Drittel z. zu verdienen. Weil dies dazu geführt hatte, den Versicherten, die sich um Rente bewarben, jede beliebige Arbeit zuzumuten, zu der sie nach rein mechanischer Abschätzung ihrer Kräfte und Fähigkeiten für fähig gehalten wurden, deshalb ist in das neue Gesetz der Satz eingeschaltet worden, daß auch die Ausbildung und der bisherige Beruf der Bewerber bei der Prüfung ihrer Erwerbsfähigkeit billige Berücksichtigung finden sollen. Die Nichtberücksichtigung dieser ausdrücklichen Gesetzesvorschrift in den Darlegungen der Versicherungsanstalt Brandenburg, die einer Irreführung der Gutachter recht ähnlich sieht, steht in auffälliger Widerspruch zu der budgetabgetreuen Korrektheit, hinter die sich unsere Behörden sonst zu verschansen belieben.

Dieser übereifrige Kampf gegen angeblich unberechtigte Rentengewährung ist auch kein Ruhmesblatt der deutschen Sozialpolitik.

Die ärztliche Ehre.

Die „Chemnitzer Allgemeine Zeitung“ berichtet: „In aller Stille hat sich in Dresden ein folgenschwerer Konflikt entzündet, der zwar scheinbar nur unter den Ärzten ausgebrochen ist, in Wahrheit aber dem alten Gegensatz zwischen den Anhängern der vielgerühmten freien Arztwahl und ihren Gegnern gilt. Die Dresdener Orts-Arztenschaft war der auch von uns gegebenen Anregung gefolgt, Schritte zur sozialen Sicherstellung ihrer Ärzte zu tun. Ohne diesen irgend ein Opfer zuzumuten, beschloß sie aus eigenen Mitteln die Pensionsberechtigung ihrer Ärzte, Unfallbarkeit nach zehn Jahren und bedingungslose Pensionsberechtigung mit dem sechzigsten Lebensjahre oder nach fünfundsiebzig Dienstjahren. Allgemein erkannte man, daß das Institut sehr anständig gehandelt habe und über die Leistungen anderer Organisationen weit hinausgegangen war. Nebenher freute man sich in ärztlichen Kreisen, daß wenigstens in Dresden auf absehbare Zeit der Frieden zwischen Ärzten und Kasse gesichert war.“

Aber den jüngeren Elementen paßte diese Wendung durchaus nicht. Der den Ärzten ohne irgend einen neuen beiderseitigen Vertragseinzugewährte verbessernde Zusatz zu diesem Vertrage sei, so argumentierte man, ein neuer Vertrag, der der Genehmigung des Bezirksvereins bedürfe. Da dieser Interessent und Richter in einer Person ist und die jüngeren Herren die Mehrzahl bilden, so war es möglich, sich über den Ausgang einem Zweifel hinzugeben. In Beschlüssen wurde denn auch sofort vom ärztlichen Bezirksverein festgelegt, daß diese Pensionsberechtigung zu verworfen sei. Damit war der Riß in der Dresdener Ärzteschaft vollzogen, und die Entwicklung nahm einen anderen Gang, als man geglaubt hatte. Ueber 50 berufstätige Dresdener Ärzte riefen zunächst auf dem Beschlusse der Intervention der Kreisärzteschaft Dresden an, gleichzeitig aber auch verlangten sie die Stellungnahme des Ehrenrates des ärztlichen Bezirksvereins zu der das materielle Interesse der beteiligten Ärzte gefährdenden Resolution.

Nun verlautet, dieser Ehrenrat habe, zweifellos auf den Rat seines juristischen Beistandes Regierungsrat a. D. Prof. Dr. Schanz, dahin erkannt, daß in der Annahme dieser Pensionsberechtigung ein Vergehen gegen die Standeswürde nicht gefunden werden könne. Gleichviel ob der Bezirksverein nun an den Ehrengerichtshof appelliert oder nicht, so ergibt sich aus der Beschlusseinsicht an die Kreisärzteschaft, daß der angefochtene Beschluß unsittlich ist; der einseitige Liberalitätsakt der Verleihung einer Wohlthat durch die Krankenkasse sei, so wird darin ausgeführt, kein erneuter Vertrag, der einer Genehmigung bedürfe. Aber gesetzt auch, sie wäre nötig, so müßte ihn der Bezirksverein schon darum billigen, weil er seinerzeit die ersten Verträge genehmigte, und da er die Pflicht hat, die wirtschaftlichen Interessen seiner Mitglieder zu fördern, so dürfte er nichts tun, was ihre Lage verschlechtert, wohl aber alles, was sie zu bessern geeignet ist. Ein direktes oder indirektes Verbot der Annahme wäre ein Eingriff in das durch zwanzig Jahre wohlverwahrte Recht der fixierten Ärzte.

Hierzu kommt eine einleuchtende gesetzliche Erwägung. Der Paragraph 15 der ärztlichen Standesordnung räumt den Bezirksvereinen das Recht der Begutachtung über diejenigen Verträge nicht ein, die vor dem Inkrafttreten der ärztlichen Standesordnung, 1. Januar 1905, abgeschlossen worden sind. Dieser Fall liegt hier vor, und der Bezirksverein hatte mithin kein Recht, sich zu der einseitigen Restitution der Ord.-Krankenkasse gutdächlich zu äußern, gefahrlos denn seinen Mitgliedern deren Annahme zu verbieten. Im übrigen ist die Behauptung weder erwiesen, noch erweisbar, daß eine solche Pensionsberechtigung den Interessen der gesamten Ärzteschaft widerspreche.“

Das Kammergericht erklärte eine Regierungs-Vollzeiverordnung in Schleswig-Holstein für gültig, welche die Ärzte verpflichtet, den Kreisärzten über die Patienten mit anstehenden Krankheiten regelmäßig Mitteilungen zu machen, mit Angaben von Namen und Stand der Betroffenen. Die Verordnung fände ihre Stütze im § 61 des Vollzeiverwaltungs-Gesetzes, wonach zu den Gegenständen polizeilicher Regelung die Sorge für Leben und Gesundheit gehöre. Die Bestimmung des Strafgesetzbuches über die Geheimhaltung von Privatgeheimnissen durch Ärzte usw. finde nicht Anwendung bei Mitteilungen, die die Ärzte dem Kreisarzt über ihre Patienten mit anstehenden Krankheiten zu machen hätten. — Sei nun auch eine solche Verordnung, die der Bekämpfung der anstehenden Krankheiten diene, in Schleswig-Holstein gültig, so würde sie doch, wenn hier erlassen, in den alten preussischen Provinzen un-gültig sein, da ihr hier das Sanitätsregulativ über die anstehenden Krankheiten von 1835 entgegen stünde.

Der schweizerischen Arbeiterbund.

Das leitende Komitee des schweizerischen Arbeiterbundes hielt am Sonntag in Zürich seine Jahresversammlung ab, in der beschlossen wurde, an der seit Jahren erhobenen Forderung von 5000 Fr. für einen italienischen Adjunkten des Arbeitersekretariats festzuhalten und ein neues Gesuch an den Bundesrat zu richten. Darüber soll auch noch auf dem zu Osnern im Asten stattfindenden Arbeitertag verhandelt werden. Ferner wurden auf die Tagesordnung desselben gesetzt: die Krankenversicherung und die Revision des eidgenössischen Fabrikgesetzes.

In dem gleichzeitig für 1904 erschienenen Jahresberichte des Arbeiterbundes teilt der leitende Ausschuss das auf Verlangen des Bundesrates revidierte Reglement des Arbeitersekretariats mit, das schließlich doch noch eine annehmbarere Gestalt erhalten hat. Es ist als neue Ausgabe eingestuft worden, die Förderung der gewerkschaftlichen Organisation durch Gutachten und statistische Arbeiten über den Bestand der Organisation und die Vorgänge im wirtschaftlichen und Gewerkschaftsleben, womit nun auch formell und offiziell das Arbeitersekretariat in den Dienst der Gewerkschaftsbewegung gestellt ist. Eine bittere Wille ist die Bestimmung, daß

das Arbeitersekretariat in Streitfällen eine „objektive Haltung“ einnehmen soll, eine unerfüllbare Zumutung, denn das Arbeitersekretariat ist keine neutrale Institution, sondern eine Einrichtung zur Vertretung der Arbeiterinteressen. Es ist also Partei und soll Partei sein und danach allein muß sich seine Haltung in Streitfällen richten.

Das Arbeitersekretariat widmet einleitend in seinem Berichte den christlichen Gewerkschaften längere Betrachtungen, in denen es denselben die Existenzberechtigung bestrittet und schließlich der Hoffnung Ausdruck gibt, daß das einzige, durch keine Konfession gestörte Vorgehen der Unternehmer auch die heute noch getrennten Arbeiter zusammenführen wird. Sodann wird die Weiterentwicklung der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung überhaupt eingehend besprochen und die Bildung von Industrieverbänden, die zum Teil bereits geschaffen, empfohlen.

In bezug auf die Lohnstatistik erfährt man, daß die Erhebungen in Winterthur und Umgebung im Januar 1905 beendet wurden und im Laufe des nächsten Sommers das erste Heft darüber erscheinen wird. Die Erhebungen in der Appenzeler Hausindustrie sollen in diesem Frühjahr begonnen werden. Daran schließen sich Mitteilungen über verschiedene Arbeiten, so über die Unterfindung der Verhältnisse in den katholisch-kapitalistischen Arbeiterheimen. Ueber den Seimarbeiterkongress der deutschen Arbeiter in Berlin, an dem Arbeitersekretär Grottko teilgenommen, wird ebenfalls berichtet. Ueber die Arbeits- und Lohnverhältnisse, namentlich in der Spinnereien, werden verschiedene Mitteilungen gemacht, die neuerdings die empörende Ausbeutung der Textilarbeiter illustrieren.

Auskünfte wurden im Hauptbureau in Zürich 1022, vom Adjunkten Reimann in Biel 2856 und von Sigg in Genf 1464 erteilt. Beide Adjunkten berichten eingehend über die Gewerkschaftsbewegung in der Schweiz, über die im Berichtsjahre vorgekommenen gewerkschaftlichen Kämpfe und ihre Erfolge über die Arbeits- und Lohnverhältnisse in verschiedenen Gewerben und Industrien und städtischen Unternehmungen, über den Abschluß von Tarifverträgen zc. Man erfährt aus allen diesen Mitteilungen, wie doch das ganze Jahr hindurch ein großer Teil der schweizerischen Arbeiter am Werke ist, ihre Verhältnisse zu verbessern und in allen Richtungen materielle und sittliche Fortschritte zu machen.

Die Rechnung zeigt eine Ausgabe von 23 763 Fr. für das Arbeitersekretariat und 3470 Fr. für die Lohnstatistik. Die Kosten der letzteren sollen aus einem Extrakredit des Bundes von 12 000 Fr. bestritten werden.

Verfammlungen.

Die Vertrauensmänner des Holzarbeiterverbandes berieten in ihrer Versammlung, die am Mittwoch in Reßlers Saal stattfand, über die Einführung der Krankenunterstützung für die Berliner Mitgliedschaft des Verbandes. E. G. E. r., der das einleitende Referat hielt und den Nutzen einer Krankenunterstützung eingehend darlegte, empfahl die Einführung derselben zum 1. Oktober d. J. Er legte zwei Entwürfe zur Diskussion vor. Der erste derselben sieht einen Wochenbeitrag von 75 Pf. vor (bisher beträgt der ordentliche Beitrag 60 Pf.), dafür soll außer den bisherigen Leistungen eine Krankenunterstützung von 1 M. pro Tag für 26 Wochen im Jahre nach einjähriger Mitgliedschaft und einer Woche Karenzzeit gewährt werden. Der zweite Entwurf rechnet mit einem Beitrage von 70 Pf. und will außer den bisherigen Leistungen eine Krankenunterstützung gewähren, welche nach einer Karenzzeit von einer Woche für 13 Wochen im Jahre gezahlt wird, und zwar in der Höhe von wöchentlich 3 M. nach einjähriger, 4,50 M. nach zweijähriger, 6 M. nach dreijähriger Mitgliedschaft. — Die Vorschläge E. G. E. r. wurden lebhaft diskutiert. Es traten verschiedene Meinungen zutage, so wohl über die grundsätzliche Stellung zur Krankenunterstützung, als auch über die Einzelheiten der Ausführung, falls sie angenommen werden sollte. Es wurde beschlossen, die E. G. E. r. Vorschläge in den Bezirks- und Bezirksversammlungen zu besprechen und die nächste Vertrauensmännerversammlung darüber entscheiden zu lassen. Die Verwaltung wurde beauftragt, eine Kommission einzusetzen, welche die weitere Bearbeitung dieser Angelegenheit auszuführen hat.

Außerdem sagte die Versammlung folgende Beschlüsse: Der aus Anlaß der Aussperrung auf 1 M. erhöhte Beitrag wird in dieser Höhe bis zum 1. April erhoben. Von da an tritt, falls die Krankenunterstützung abgelehnt werden sollte, wieder der ordentliche Beitrag von 60 Pf. in Kraft. — Die Arbeitslosenunterstützung von 5 M., welche wegen des Kampfes gegen den Arbeitsnachweis der Junnung an die Mitglieder gezahlt wurde, die dem Verbands erst 26 Wochen angehören, fällt fort, weil der Kampf gegen den Arbeitsnachweis mit dem Abschluß des Vertrages beendet ist. Für die Arbeitslosenunterstützung gelten nunmehr die statutenmäßigen Bestimmungen, wonach dieselbe erst nach einjähriger Mitgliedschaft bezogen werden kann.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Berlin, 1. März. (W. T. B.) Die Kriminalpolizei erfährt, daß Diebe, die kürzlich einen großen Juwelendiebstahl in Berlin ausführten, sich hier aufhalten. Den Dieben gelang es gestern, den Beamten zu entweichen; ein Paket mit Wertgegenständen von mehreren tausend Mark wurde jedoch beschlagnahmt. Drei Dieber wurden verhaftet und drei Diebe erkannt.

Die ungarische Krise.

Wien, 1. März. (W. T. B.) Der Ministerpräsident Graf Tisza wurde heute nachmittag vom Kaiser in längerer Audienz empfangen; er unterbreitete dem Monarchen Vorschläge bezüglich weiterer Verhandlung der Krisis. Mehrere Politiker verschiedener Parteien werden nunmehr vom Kaiser empfangen werden.

Zur Obstruktion des italienischen Eisenbahnpersonals.

Rom, 1. März. (W. T. B.) Senat. In Beantwortung zweier Interpellationen betreffend die Obstruktion des Eisenbahnpersonals erklärt der Minister der öffentlichen Arbeiten Tebaldi, um nur einen Teil der Forderungen dieses Personals zu befriedigen, müßte man 100 Millionen verausgaben. (Beiwegung.) Die Regierung habe die Forderungen geprüft; sie habe den Geheimgang betreffend Verstaatlichung der Eisenbahnen eingebracht, der viele Vorteile aufweise, die auch dem Eisenbahnpersonal zugute kommen würden; mehr glaube die Regierung nicht geben zu können und dürfen. Bezüglich der Obstruktion erklärt der Minister, daß er mittels derselben Bestimmungen besiegt werden könne; eine bemerkenswerte Besserung sei schon eingetreten. Die Eisenbahngesellschaften hätten angeordnet, daß die Beamten die Befolgung des Reglements ausführen und wollen diejenigen bestrafen, welche das Reglement in böswilliger Weise ausführen; er wiederhole, die Regierung wache darüber, daß die Gesellschaften das Reglement voll und ganz aufrechterhalten. Nach einer heute eingegangenen Depesche scheine das Personal von dem Obstruktionismus abzulassen, man reihe auf eine allmähliche Wiederherstellung des Dienstes, die Regierung halte es nicht für nötig, zu Ausnahmemaßregeln zu greifen, da die gewöhnlichen Gesetze für diesen Zweck ausreichen. Die Regierung habe das Bewußtsein ihrer Pflicht und werde sie erfüllen. (Beifall.) Es werden darauf mehrere Tagesordnungen eingebracht, deren Beratung auf morgen angelegt wird.

Die Revolution in Rußland.

Warschau, 1. März. (W. T. B.) In den kleineren Fabriken läßt der Ausstand von neuem an. Die Stadt ist unruhig. Patronen durchziehen wieder in größerer Anzahl die Stadt. Eine Reihe von launischen Angelegenheiten, die Schuhmacher und die Diensthofen in den Ausstand getreten.

Zugandl, 1. März. (W. T. B.) Heute begannen 4000 Arbeiter der Hartmannwerke den Ausstand. Morgen werden Delegierte der Arbeiter der Fabrikverwaltung die Forderungen der Arbeiter mitteilen. Bisher ist die Ruhe nicht gestört worden, doch befürchtet man ernstliche Entwicklungen, da noch 8000 Arbeiter anderer Fabriken und 500 Ladenverkäufer in den Ausstand zu treten beabsichtigen.

Reichstag.

162. Sitzung vom Dienstag, den 1. März 1905, nachmittags 1 Uhr.

Vom Bundesratspräsidenten: Graf Posadowski.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Beratung des Etats des Reichsamts des Innern nebst den bereits mitgeteilten 21 Resolutionen.

Abg. Trimbom (B.):

Abg. Bruhn hat sich über das überstürzende Tempo der Sozialreform, an dem auch meine Freunde schuld seien, beklagt. Tatsächlich ist aber besonders das letzte Jahr ganz unfruchtbar gewesen. Lediglich das allerdings wichtige Gesetz über die Kaufmannsgerichte ist zustande gekommen. Die Sozialdemokratie hat dieses Gesetz beinahe zu Falle gebracht und ist deshalb von ihren eigenen Parteigenossen in Bremen getadelt worden. Das Proportionalwahlrecht wird sich bei den Kaufmannsgerichten bewähren. Eine größere Einheitslichkeit der Statuten wäre wünschenswert. — Wir wünschen das Proportionalwahlrecht auch für die Orts-Krankenkassen. — Ende dieses Jahres ist durch Verordnung des Bundesrats durchgesetzt worden, daß eigene Kinder unter 10 Jahren nicht mehr beschäftigt werden. — Auf der Weltausstellung von St. Louis und auf dem internationalen Sozialkongress ist die deutsche Arbeiterfrage-Gesetzgebung anerkannt worden, und der französische Sozialist Millerand hat auf der Internationalen Konferenz für Gesetzgebung und Statistik zu Basel die deutsche Sozialgesetzgebung als „erhabenes Kulturwerk“ bezeichnet, das „überall Anerkennung“ verdiene. (Hört! hört! rechts.)

Die Kranken- und die Invalidenversicherung muß auf die Heimarbeiter ausgedehnt werden. Der Bundesrat hat das Recht, dies jederzeit zu tun. Seit zehn Jahren aber hat er in dieser Richtung nichts getan. Es ist das vielleicht die schwierigste Aufgabe der gesamten Sozialpolitik. Aber es muß durchgesetzt werden. Die Leute, die das bekämpfen, sind überhaupt gegen alle Sozialreform. Sie sagen: Ruhe wollen wir haben! (Heiterkeit.) — Die verschiedenen Versicherungen sollten möglichst zusammengelegt werden. Dahin hat sich der Reichstag schon vor Jahren mit großer Mehrheit ausgesprochen. Der Herr Staatssekretär hat damals diesen Gedanken als nicht „unberechtigt“ erklärt. Er hat dann weiterhin selbst den unzweifelhaft richtigen Gedanken ausgesprochen, daß ein gemeinsamer Unterbau für alle Versicherungen in lokalen Versicherungsstellen, an die sich jeder zunächst zu wenden habe und in die jeder Gemeinde vorhanden sein müßte, zu schaffen seien. Das wäre allerdings die Lösung der Frage. Als Keim für diesen Unterbau, der sich später entwickeln sollte, hätten wir die lokalen Rentenstellen geschaffen. Aber leider ist nur in Weußen D. S. eine solche tatsächlich eingerichtet worden. Würden diese Rentenstellen auf alle großen Industriezentren ausgedehnt werden, so könnten eine Menge Erfahrungen gesammelt werden, die bei der späteren Schaffung des gemeinsamen Unterbaues sehr wertvoll sein dürften.

Zur Frage der Versicherung der Privatbeamten versprach im Vorjahre der Staatssekretär, daß er das von den privaten Organisationen gesammelte Material aufarbeiten und wenn es geeignet sei, uns werde vorlegen lassen. Ich möchte heute fragen, ob und wann uns diese Statistik zugehen wird. — Ehe ich das Versicherungswesen verlasse, muß ich den Klagen über den Schwund der Arbeiterbeiträge, der mit den eingeschriebenen Hilfsklassen getrieben wird, zwar unterziehen sie nicht dem Reichsausschuss für Privatversicherung, sondern der landesgesetzlichen Handelspolizei, aber wenn man die Beiträge hier vordringt, spart man sie sich in 25 Einzelparlamenten.

Die Frage der Sonntagsruhe und die Begründung der Anträge, die wir auf ihre Ausdehnung im Handel gestellt haben, überlasse ich späteren Ausführungen meines Kollegen Jäschke. Heute will ich mich nur gegen den Abgeordneten Pauli wenden, der gestern sagte, Verweirungen von der Sonntagsruhe würden nur im äußersten Notfall bewilligt. Ich weiß nicht, ob das eine Klage oder eine Feststellung war. Nach meinen Erfahrungen aus Süddeutschland und Mitteldeutschland ist das Gegenteil leider der Fall. — Dem Abg. Raab gebe ich zu, daß die Frage der Sonntagsruhe für Württemberg besonders dringend ist. Der Beirat für Arbeiterstatistik ist mit dieser Frage seit Jahren beschäftigt, aber er arbeitet sehr langsam. Er scheint mir überhaupt völlig überlastet zu sein. — Zur Frage des 10-Stunden-Tages hat gestern der Abg. Pachnide erklärt, daß seine Freunde seiner generellen Einführung für erwachsene männliche Arbeiter nicht zustimmen würden. Herr Pachnide meinte, die Industrie könne eine so gewalttätige generelle Regelung nicht vertragen; aber wir wollen sie ja mit einem sorgfältig ausgearbeiteten System von Ausnahmestimmungen umgeben, wie etwa die Sonntagsruhe. — Der Schatz der Banarbeit ist so gering geblieben, wie er in den Vorjahren war, die Zahl der Unfälle ist noch immer außerordentlich groß. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Regierung hat eine Verordnung über die Weisheiten und über die Kleinverwendung angehängt, wo bleibt sie? Schon vor drei Jahren erwiderte mein Freund Hüpe dem Staatssekretär das Verzeichnis der gesundheitsgefährlichen Betriebe anzulegen. Wann wird es angefertigt werden? Auf die Frage der Fabrikinspektion gebe ich nicht ein. Mein Freund Erzberger hat sie im Reichstage und der Abg. Sittart im preussischen Landtage ausführlich behandelt. Meine bayrischen Parteifreunde erklären den Vorwurf des Abg. Wurm, daß sie gegen die Ausdehnung der Fabrikinspektion gewirkt haben, für gänzlich unberechtigt. (Sehr wahr! im Zentr.) Die Bänke betriebs des Arbeiterrechts haben wir schon neulich, am 30. Januar, geäußert. Wir sprechen den Wunsch aus, daß noch in dieser Session hierzu eine Vorlage kommt, und daß in ihr nicht nur privatrechtliche Fragen gelöst werden, sondern auch vereinsrechtliche. Ich spreche die dringende Hoffnung aus, daß ein gut Stück der Sicherung des Koalitionsrechtes in ihr enthalten sei. Spätestens in der nächsten Session muß eine Vorlage über die Arbeitskammern kommen, und bei dieser Gelegenheit werden wir auch die sozialdemokratischen Anregungen gern benutzen. Wer die Verdrängung des Streiks als Waffe im wirtschaftlichen Kampf nicht nur theoretisch anerkennt, muß auch die Verdrängung des Streiks anerkennen. (Beifall links und im Zentrum.) Beim Metallarbeiterstreik habe ich von einem durchaus zuverlässigen Mann — er rechnet sich zu Ihnen (zu den Sozialisten), aber so ganz doch nicht (Heiterkeit.) — gehört, daß Streikposten bis zum Abend von den Behörden festgehalten worden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das darf nicht so weiter gehen!

Alle meine Freunde sind der Ansicht, daß gegenüber den wirklichen Notwendigkeiten des Mittelstandes die Sozialpolitik nicht versagen darf. (Sehr richtig! im Zentrum.) Aber allerdings muß man vom Mittelstand, der aus wesentlich selbständigen Existenzen besteht, im höheren Grade erwarten, daß er sich durch Selbsthilfe emporarbeitet. Diejenigen Kreise aber des Mittelstandes, die über die Arbeiterfürsorge schlaffen, sind ungeheuer kurzfristig. Es gäbe keine Mittelstandspolitik, wenn die öffentliche Meinung nicht erst durch Arbeiterpolitik auf den Gedanken der Sozialpolitik überhaupt gekommen wäre. Die Kaufmannsgerichte wären nicht ohne die Gewerbegerichte, der Gedanke der Privatbeamten-Versicherung nicht ohne die Arbeiterversicherung möglich usw. Die Erklärung des Herrn Staatssekretärs gegen den Beschäftigungsnachweis im Handwerk veranlaßt mich, ein paar Worte darüber zu sagen. Wir fordern z. B., daß nur der geprüfte Meister Lehrlinge halten dürfe. Wie denkt die Regierung hierüber? Auch nicht-gewerbliche Handwerker erheben diese Forderung. — Dringend unterstützen meine Freunde die Forderung auf

Abgrenzung zwischen Handwerk und Fabrik. Zur Befestigung des Schmiergeldes und Bestechungswesens ist mit Selbsthilfe nichts zu erreichen. Auch bei uns wird nur der Weg der Gesetzgebung helfen, wie er in England und den Vereinigten Staaten bereits eingeschlagen ist; und zwar müßten sowohl der Bestechende wie auch der Bestochene bestraft werden, sonst bliebe das Gesetz ohne den beabsichtigten Erfolg. Wir werden deshalb in den nächsten Tagen mit einem dahingehenden Antrag an das Haus herantreten. Die kaufmännische Standesbewegung hat durch die Kaufmannsgerichte einen starken Anstoß erfahren. Ich für meine Person halte aber auch die Forderung nach Handelsinspektoren für vollkommen berechtigt und freue mich, daß die Petitionskommission mit Mehrheit eine dahin strebende Petition dem Reichsanwalt zur Erörterung überwiesen hat. In der großen sozialpolitischen Rundschau über das verfloßene Jahr ist nur eines Ereignisses von besonderer Tragweite zu gedenken, das Bergarbeiterstreik.

In diesem Falle haben die Einigungsverbände vor Ausbruch des Streiks leider völlig versagt. Man sprach doch schon seit Monaten davon, daß der Streik kommen werde. Die Vorsitzenden der Gewerbevereine haben die Pflicht, die Arbeiterbewegung ihres Bezirks sorgsam zu verfolgen. In den letzten Jahren war die Arbeit des Staatssekretärs durch die Handels- und Agrarpolitik außerordentlich in Anspruch genommen. Wir haben das Gefühl, daß wir den relativ befriedigenden Abschluß, den wir da erzielt haben, auf Grund der ungemeinen Arbeitsleistung und Kraftanstrengung im Reichsamt des Innern, insbesondere auf Seiten des Staatssekretärs, erreicht haben. Wir sind voller Anerkennung für diese unendliche Mühe und Arbeit (lebhafter Beifall im Zentrum und rechts), aber wir haben zu dem erprobten Lokomotivführer der deutschen Sozialpolitik das Vertrauen, daß es nun auch auf dieser Bahn wieder rasch vorwärts gehen wird und daß das Jahr 1905 reicher an sozialpolitischen Ergebnissen sein wird als das Jahr 1904. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Wurm (Soz.):

Die Sozialpolitik, welche das Zentrum treibt, ist trotz aller schönen Ausführungen des Abg. Trimbom nicht die richtige. Wenn das Zentrum auch nur ein Zehntel dessen, was es verspricht, durchsetzen wollte, so hätte es bei seiner großen politischen Macht und bei der Unterstützung, die es jederzeit von unserer Partei in diesen Fragen erhält, reichlich Gelegenheit dazu. Gerade Abg. Trimbom hat es jetzt bewiesen, daß seine Partei nicht den rechten Willen hat, all die schönen Versprechungen durchzuführen.

Er führte nämlich gegenüber dem Abg. Pachnide aus, seine Partei sei nicht für eine generelle Regelung des Ruheuntertages, sondern für ein ganzes System von Ausnahmen. Ihr Antrag, mit dem Sie vor das Volk treten, lautet aber ganz anders. (Zuruf beim Zentrum: Die regelmäßige Arbeitszeit soll 10 Stunden betragen!) Ja, wollen Sie es denn vielleicht so verstanden wissen, daß Sie die Regel zur Ausnahme machen wollen? (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Trimbom hat erklärt, daß die Maximalarbeitszeit ebenso viele Ausnahmen bekommen soll als das Gesetz über die Sonntagsruhe. Das Sonntagsruhe-Gesetz ist aber durchlöcherter wie ein Sieb. Und es ist nicht wahr, daß das Zentrum zuerst die Sonntagsruhe beantragt hat. Unser Antrag war der frühere. (Widerspruch beim Zentrum.) In der Kommission wurde Ihr Antrag allerdings am 2. Juni, unserer erst am 8. Juni eingebracht, aber Ihr Antrag war nichts anderes als die Wiederholung unseres Antrages vom 8. Mai. Aber das sind ja Kleinigkeiten. Als unser weitergehender Antrag dann zur Verhandlung kam, haben Sie sowohl in der Kommission als auch im Plenum dagegen gestimmt. (Widerspruch beim Zentrum.) Ja, sehen Sie doch die Alten nach. Sie rühmen sich ferner, daß Sie es in Bayern durchgesetzt haben, daß mehr Gewerbe-Inspektoren angestellt wurden, aber es kommt nicht darauf an, wieviel Beamte angestellt werden, sondern wieviel nicht angestellt werden. (Lachen beim Zentrum.) Tatsache ist, daß die Gewerbe-Inspektoren in Bayern nicht genügen, schon deshalb nicht, weil in Bayern dankenswerterweise auch die Handwerksbetriebe der Gewerbe-Inspektion unterliegen, so daß das ziffermäßige Verhältnis zwischen Inspektoren und Betrieben, sogar noch ungünstiger ist als in Preußen. Aber auch abgesehen von den Handwerksbetrieben würden die vorhandenen Inspektoren nicht genügen.

Ueber das Streikpostenverbot hat Abg. Trimbom ja sehr richtig gesprochen. Ich kann nur bitten, daß seine Forderung auch in dieser Hinsicht ihre ganze Macht einsetzt. Denn in einzelnen Teilen Deutschlands herrschen in dieser Hinsicht Zustände, die skandalös sind. In meinem Wahlkreise in Oera erließ die Polizei erst ganz kürzlich eine Verordnung, der zufolge das Streikbleiben und das Hin- und Hergehen auf der Straße während eines Streiks verboten wurde. Durch diese Verordnung wäre also jedes Streikpostenverbot verboten gewesen. Das Oberlandesgericht in Jena hat dann diese Verordnung auch in Uebereinstimmung mit einer Reichsgerichts-Entscheidung für ungültig erklärt.

Aber was ist das für ein Rechtszustand, in dem jeder Polizeibeamte, jeder sozialpolitisch ungebildete Stadtrat sich herausnimmt, solche Verordnungen zu erlassen? In Jena sind wir freilich manches gewöhnt. Dort hat der Bürgermeister auch verboten, in sozialdemokratischen Versammlungen Eintrittsgeld zu erheben oder Sammlungen zu veranstalten, angeblich weil die Gelder zu einem anderen Zwecke verwendet würden, als es von außen her den Anschein hätte. Während jeder Vergnügungsverein selbst von den Gästen Eintrittsgelder erheben darf, werden die Arbeitervereine drangsalziert und schikaniert, ohne daß diese Radikalität etwas anderes ausdrückten, als den Arbeitern ihren Gegensatz zur herrschenden Staatsgewalt noch klarer zu machen. Der Abg. Trimbom spielte gegen uns aus, daß aus unseren eigenen Parteikreisen Protest gegen unsere ablehnende Stellung zu den Kaufmannsgerichten erhoben worden sei. Wir sind also nicht die engstirnigen Fanatiker, als die Sie uns gern angeben möchten. Aber in der Tat erklärte sich nur eine ganz winzige Minderheit für die Kaufmannsgerichte. Wir konnten einem Gesetz nicht zustimmen, das eine ganze Bevölkerungskategorie, nämlich die Frauen, rechtlos macht, obwohl sie genau unter demselben Druck stehen, unter noch schlechteren Arbeitsbedingungen als die Männer ihre Arbeit tun müssen. Ihnen (zum Zentrum) macht es ja keine Wäsche, eine solche Bestimmung zugunsten der Frauen fallen zu lassen, aber wir wollen nicht, daß die Frau weiter die Sklavin des Mannes bleibt. Wir glauben, daß, wenn die Frau statt einer gefährlichen Konkurrentin eine wirkliche Mitarbeiterin der Männer werden soll, sie auch die gleichen Rechte bekommen muß. Das werden auch die Handlungsgehilfen einsehen, die heute noch nicht so weit sind.

Der Resolution Giddoff über die Zulassung der Oberrealschul-Abiturienten zum medizinischen Studium und der Resolution Bleil werden wir zustimmen. Auch wir wollen die Handelsagenten von den Schiffen befreien, denen sie heute mit Hilfe des Wandergerichtsbescheines ausgesetzt sind. — Der Staatssekretär hat nach der herrschenden Mode auch einen Sozialdemokraten angeführt, der anderer Meinung ist als wir. Da ist es gut, wenn man sich ins Ausland begibt. Aber der australische Ministerpräsident Watson war überhaupt kein Sozialdemokrat, sondern ein Gewerkschafter und bürgerlicher Sozialreformer und bildete zudem ein Uebergangsmministerium, das keine feste Mehrheit hatte. Infolgedessen hat er geglaubt, eine Politik des Bündnisses mit den Liberalen verfolgen zu müssen und hat dabei die schlechtesten Erfahrungen gemacht, die die Arbeiter bei solchen Bündnissen immer machen. Wir in Deutschland haben ja erfreulicherweise dergleichen vermieden. (Zuruf des Abg.

Dr. Mugdan.) Rein, Herr Mugdan, wir stimmen für die Freistimmigen nach dem alten Grundgedanken der kleineren Hebel, haben ihnen aber nie eine Rechnung präsentiert. Wenn Sie uns für das größere Hebel halten, so wird Sie der Lauf der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung vielleicht belehren. Dem Abgeordneten Pachnide muß ich ganz entschieden beistimmen, durch meine Ausführungen über die Verelendung der Industrie-Arbeiter den Agrariern Waffen geliefert zu haben. Ich habe sofort damals hinzugefügt, daß nach den eigenen Angaben der Agrarier die Landarbeiter durchaus ebenso weit von einem normalen Gesundheitszustand entfernt seien. Herr Dr. Pachnide hat sich sodann auf Engels berufen, aber Engels sagte in der zweiten Auflage der „Lage der arbeitenden Klassen in England“ ausdrücklich, daß die große Prosperitätsepoche der englischen Industrie bis zum Jahre 1892 nur zwei besonders geschädigten Abteilungen der Arbeiter dauernden Vorteil gebracht habe, daß aber die große Waffe der Arbeiter in ihrem Lebensniveau und in der Existenzunsicherheit genau so niedrig stehe wie je, wenn nicht noch niedriger. (Zuruf des Abg. Dr. Pachnide: Aber die beiden geschädigten Klassen.) Gerade das war ja der springende Punkt meiner Ausführungen, daß die deutschen Arbeiter nicht den Schatz haben, der nötig wäre, um eine Verelendung zu verhindern. Wenn Sie auf den Lorbeeren von 1892/93 ausruhen, so vergessen Sie, daß in den letzten 1 1/2 Jahrzehnten die Intensität der Arbeit enorm gewachsen ist, während der Arbeiterlohn verhältnismäßig stehen blieb. Darum müssen wir Ihnen Jahr für Jahr die ungeheuren Schädigungen vor Augen führen, die immer aufs neue den Arbeitern gegenüber auftauchen.

Ich will mich beschränken, unsere Resolution zu begründen, die sich auf die giftigen Betriebe bezieht. Wir fordern den Reichstag auf, den Reichsanwalt zu ersuchen, den Bundesrat zu veranlassen, bis zur nächsten Session für alle Betriebe mit hoher Vergiftungsgefahr, in denen giftige oder infizierende Stoffe hergestellt oder verwendet werden, Vorschriften auf Grund der § 120a und 130a der Gewerbeordnung zu erlassen. Wir fordern also die Befestigung eines sanitären Maximal-Arbeitstages, der länger sein müßte, als der beste Maximal-Arbeitstag, den Sie je bewilligen. Der Arbeiter soll vor der Verelendung mit infizierenden Stoffen und vor der Einatmung giftiger Gase befreit werden. Heute arbeiten weite Teile der gesamten modernen Industrie unter Bedingungen, wie man sie sich nicht nichtswürdiger denken kann. Ein ziffermäßiger Nachweis für die Menschenleben, die dadurch vernichtet werden, existiert freilich nicht. Gerade die chemische Industrie, die Kapitalassoziationen darstellen, vor der dem Herrn Staatssekretär graut, die nicht nur ganz Deutschland, sondern auch den Weltmarkt beherrscht, ist in bezug auf die Gesundheitsverhältnisse ihrer Arbeiter katastrophal ganz ungenau erforscht. Sie hat meist nur Fabriklassen. Ferner sind die Zahlen über die Gesundheitsverhältnisse der Arbeiter in der chemischen Industrie deshalb so ungenau, weil gerade unter diesen Arbeitern ein solcher Wechsel stattfindet, daß es zugeht wie in einem Laubenschlag. Oft schon nach Wochen, sicher aber nach Monaten und Jahren wechselt der ganze Stamm der Arbeiter; es kommt immer frisches Blut hinein. Die Leute, die physisch bankrott sind, verlassen den Betrieb, werden vielleicht wieder gesund oder sie sterben dahin und kommen dann als Arbeiter in irgend einem anderen Betriebe in die Listen, nur nicht als Arbeiter in der chemischen Industrie. Aber die chemische Industrie nimmt keine bankrotten Arbeiter anderer Betriebe, sie nimmt immer nur frisches Blut hinein, um es zu vergiften. Wie wenig darauf geachtet wird, daß giftige Gase von den Arbeiterräumen ferngehalten werden, beweist, daß Briefe, die in diesen Räumen geschrieben wurden, noch, nachdem sie tagelang an der Luft offen gelegen hatten, danach riechen. Die Gewerbe-Inspektoren sind viel zu tolerant gegen die Fabrikleiter. Das ist aber nur die Folge solcher Instruktionen, wie ich sie vorgeschrieben rügte, die die Inspektoren anhalten zu vermitteln. Dadurch werden die Inspektoren veranlaßt, nicht auf Besserung der gesundheitlichen Verhältnisse hinzuwirken, wenn das kostspielige Anlagen und Neubauten erfordern würde. In den letzten Jahren hat Prof. Lewin in der „Medizinischen Wochenschrift“ und der „Medizinischen Zeitschrift“ auf alle diese Zustände hingewiesen. Er führte aus, daß nur durch Zutritt von Arbeitern von einer solchen Vergiftung aus betroffen werde, meistens träten langsame Vergiftungserscheinungen ein. Obligatorische Körperuntersuchungen würden diese Tatsache bestätigen. Einige Fabrikärzte haben sich natürlich das Vergnügen gemacht, Professor Lewin anzugreifen. Unterdessen hat das internationale Arbeitsamt in Basel, das seitens Deutschlands auch eine Unterstützung erhält, ein Werk herausgegeben, in dem es die Angaben Professor Lewins in vollem Umfange bestätigt. Es teilt die Betriebe ein in solche mit hoher Vergiftungsgefahr, zweitens in solche, deren Fabrikationsverfahren infolge der Einwirkung von Staub und schädlichen Dämpfen eine hohe Erkrankungsgefahr darstellt. Die Zahl dieser Betriebe ist riesengroß. Es werden giftige Dämpfe entwickelt oder Glas- und Sandstaub verurteilt. Eigentlich existiert ja keine Arbeit, bei der nicht Staub entsteht; und auch Wolstaub, Baumwollstaub ist gefährlich. Aber die Grenzen lassen sich ja leicht ziehen. Der § 120a der Gewerbeordnung gibt schon jetzt den Gewerbe-Inspektoren die Möglichkeit, genügend gute Luft für die Arbeiter zu schaffen. Die dritte Betriebsart, die das Baseler Amt hervorhebt, setzt sich aus denjenigen Betrieben zusammen, in denen die größte Wahrscheinlichkeit von Unfällen vorhanden ist.

Im Jahre 1895 hat der Reichstag eine Resolution angenommen, die die Erhebung einer Enquete darüber verlangte, in welchen gewerblichen Betrieben die übermäßige Dauer der Arbeitszeit die Gesundheit gefährde. Die Regierung beehrte sich, die Enquete zu veranstalten. Die Gewerbe-Aufsichtsbeamten gaben sich außerordentliche Mühe, und ihre Jahresberichte von 1897 sind Zeugnis dafür. Die Arbeit war unsofortiger, als die Leute sich damals weigerten, Auskunft zu erteilen. Die Gewerbe-Inspektoren stellten eine große Liste von Betrieben auf, die außerordentlich gesundheitsgefährlich seien. Für 50 Betriebe verlangten sie einen Maximal-Arbeitstag, und zwar bei 21 von acht Stunden, bei 9 von sechs Stunden, bei den Gummiabriken von fünf Stunden, und bei den Abteilungen der Gummifabriken, die mit Schwefelkohlenstoff arbeiten, von 1 1/2 bis 2 Stunden. Was ist seit 1897 nun geschehen? Hier lag reiches Material vor, amtliches Material, das von keiner Seite bestritten werden konnte. Und geradezu schauererregend war die Mitteilung über die Verelendung der Gesundheit der Arbeiter in diesen Betrieben. Was aber ist geschehen? So gut wie nichts! (Hört! hört! bei den Soz.) Keine einzige Verordnung hat auf Grund des § 120b den Maximal-Arbeitstag angeordnet. Nur für die Elektroakkumulatorenfabriken ist eine Verordnung erlassen, die eine Arbeitszeit von 8-8 Stunden anordnet, und diese Arbeitszeit ist noch viel zu hoch. In Frankreich sind 127 Betriebe, für die bestimmte sanitäre Vorschriften erlassen sind, in Belgien 123, in Deutschland aber nur 17. Eine kurze Arbeitszeit ist mehr wert, als alle Vorschriften über Sauberkeit und Ventilation. Frauen sollten überhaupt in gesundheitsgefährlichen Betrieben nicht beschäftigt werden, und ebenso jugendliche Arbeiter. Die Arbeitszeit der erwachsenen Männer aber muß so kurz wie möglich sein. Diesen Standpunkt vertritt auch der Toxikologe Professor Dr. Lewin. Staat und Gesetzgebung müssen zugunsten der in ihrer Gesundheit bedrohten Arbeiter eingreifen. Die Zinnmaske, die im Handel ist, ist stark mit Blei versetzt. Es ist also doch zu verlangen, daß eine Verordnung erlassen werde, welche nur bleifreie Zinnmaske erlaubt. Es sind ferner Lehrer erkrankt, welche farbige Kreide benutzt haben, die mit Blei hergestellt war. Auch das muß verboten werden. In den Drogengeschäften und ebenso in Farbenhandlungen erkranken sehr viel Leutlinge an Bleivergiftung, weil sie ohne Vorsichtsmaßnahmen mit bleihaltigen Stoffen hantieren müssen. Wird nun jemand durch Bleivergiftung erwerbsunfähig, so erhält er im günstigsten Falle die Invaliden-

rente. Erleidet aber jemand einen Unglücksfall, der ihn erwerbsunfähig macht, so erhält er die viel größere Unfallrente. Das ist eine große Ungerechtigkeit. Prof. Lewin erklärt mit vollem Recht, daß die Vergütung nichts anderes als eine Reihe von Unfällen ist, denn die Gifte besitzen die sogenannte akkumulierende Wirkung, das heißt, jeder einzelne kleine akute Vergiftungsfall häuft sich mit den bestehenden Vergiftungsfällen zusammen und erzeugt schließlich die chronische Vergiftung. Zwischen Vergiftung und Unfall ist also kein Unterschied. Das Reichs-Versicherungsamt hat aber entschieden, daß es Vergiftungsfälle nicht als Unfälle anerkennen kann. Um so dringender ist ein Einschreiten der Reichsregierung. Der jetzige Zustand ist eine schreiende Ungerechtigkeit, denn ein Vergifteter leidet doch unter Umständen schwerer an seinem ganzen Körper, als wenn einer zum Beispiel ein Bein verloren hat, im übrigen aber ganz munter ist. Und die Zahl dieser Vergiftungen ist ungeheuer groß, infolge der Rücksichtslosigkeit des Unternehmertums. Das beweist, daß mit aller Ethik und mit aller Religiosität nichts geholfen ist. Einzelne Unternehmer sind wohlwollender und liebenswürdiger, aber das sind Ausnahmen. Deshalb verlangen wir ein besonderes Schutzgesetz für Arbeiter in Betrieben mit Giftstoffen. Sehr gefährlich ist auch die Fabrikation von Zelluloid. Es ist ungeheuer feuergefährlich und entzündet, wenn es brennt, erstickende Dämpfe, welche das Einschreiten der Feuerwehre ungeheuer erschweren. Es muß ganz unbedingt verboten werden, daß Heimarbeiter mit Zelluloid arbeiten, nicht allein im Interesse der Betroffenen, sondern auch im Interesse aller Bewohner jener Häuser, da in jedem Augenblick ein gefährliches Unglück ausbrechen kann. In einer von mir einberufenen Verammlung von Unternehmern und Arbeitern der Zelluloidbranche stimmten die Unternehmer einstimmig meinem Vorschlag zu. Als die Unternehmer aber dann wieder unter sich waren, erklärten sie, sie machten nicht mehr mit und machten eine dementsprechende Eingabe an die Regierung. Ich bitte die Reichsregierung, sich durch diese Eingabe nicht verblüffen zu lassen. — Ein Wort noch über die Bleiweiß-Industrie. Den Waleen sollte die Benutzung von Bleiweiß verboten werden. Von der Societas de salut publico ist es festgestellt worden, daß kein Unterschied besteht in der Haltbarkeit von Waren, die mit Bleiweiß und solchen die mit Zinkweiß gestrichen sind. Ein Teil der Malermeister ist dann auch so vernünftig, so sagen, ein allgemeines Verbot des Bleiweißes wäre das Beste. Es würde das für sie bequemer sein, als die Befolgung aller Bestimmungen, die beim Gebrauche von Bleiweiß notwendig sind.

Wenn ich mich der chemischen Industrie speziell mit einigen Worten zuwende, so geschieht es deshalb, weil über sie auch in den einflussreichen Kreisen unserer Regierung große Meinungsverschiedenheiten bestehen. Zwei hochgestellte Beamte des Deutschen Reiches haben auf dem V. Chemiker-Kongress im Jahre 1898 grundsätzliche Auffassungen vertreten. Geheimrat Dr. Sprenger gab offen zu, daß die Lage der Arbeiter in der chemischen Industrie ungünstiger sei als in den meisten anderen. Ueber das Maß anderer Industriezweige hinaus hätten sie Gesundheitsgefahren zu bestehen. Dazu käme der Wechsel zwischen Tag- und Nachtschicht, der alle 14 Tage eine ununterbrochene 21stündige Arbeit notwendig mache. Außer der hohen Unfallgefahr bedrohten die Gefahren, die man unter dem Namen der Verursachungs- und Gewerbekrankheiten zusammenfaßt, die Arbeiter auf das ernste. Mit der fortschreitenden Mannigfaltigkeit der chemischen Industrie würden diese Gefahren immer größer. Der Kampf gegen sie sei um so schwieriger, als die Arbeiter technisch nicht genügend vorgebildet sein könnten, um die Gefahren zu würdigen. Deshalb hänge ihre Wohlfahrt von der Fürsorge der Arbeitgeber und ihrer Vertreter ab. Wenn man aber zugleich zugibt, daß die Arbeit in der chemischen Industrie immer gefährlicher geworden ist, so geschieht man damit auch, daß der Schutz der Arbeitgeber für die Arbeiter nur sehr ungenügend gewesen ist. Die Arbeiter waren sehr erfreut über diese richtige Schilderung ihrer traurigen Lage durch einen hohen Regierungsbeamten.

Aber ganz anders sprach der Korreferent, der Senats-Vorsitzende des Reichs-Versicherungsamtes, Professor Hartmann, Charlottenburg, der Senats-Vorsitzende der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie. Er sang ein Loblied auf das Unternehmertum, das Großes getan hätte. Es hätte zwei Millionen Unfallbeiträge in einem Jahre aufgebracht — die chemische Industrie beschäftigt rund 157 000 Arbeiter mit einem Durchschnittslohn von 3,30 Mark, also einer Lohnsumme von 156 Millionen Mark; da zahlen die Unternehmer 1 1/2 Proz. oder pro Kopf und Tag 4 1/2 Pf. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Nicht etwa für die Verhütung von Unfällen, sondern für die Entschädigung. Professor Hartmann lobte auch die Revision der Betriebe durch die Berufsgenossenschaften, die natürlich ziemlich kostspielig sei. Für diese Revision hat die millionenreiche chemische Industrie im Jahre 1902 die große Summe von 74 000 M. bei 7375 Betrieben aufgewandt. Das macht auf jeden Betrieb 10 M., auf jeden Unternehmer, jede Aktiengesellschaft 25 M. jährlich! Prof. Hartmann hat recht: das ist schrecklich kostspielig! Prof. Hartmann dankte weiter der Berufsgenossenschaft dafür, daß sie angesichts des großen Elends, das die Unfälle zur Folge hätten, nicht nur ihre gesetzliche Entschädigungspflicht in humaner Weise erfüllt habe, sondern auch nichts veräuerte, um Unfälle zu verhindern. Angesichts der Tatsache, daß diese Berufsgenossenschaft jährlich 50 Pfennig pro Kopf dafür aufwendet und angesichts der riesigen Zahl der Unfälle, muß solchen Ausführungen gegenüber jedes Wort der parlamentarischen und außerparlamentarischen Kritik verhallen. Wenn zum Schluß Professor Hartmann den Unternehmern zurief, der Schutz der Arbeiter sei nicht nur ihre moralische Pflicht, sondern auch ein Vorteil für die Industrie, so sprach er ja die Sprache, die allein die Unternehmer verstehen. Wenn er gesagt hätte, sie sollten aus Menschlichkeit oder Rücksicht auf die Arbeiter Geld ausgeben, hätten sie ihn gar nicht angehört. So stehen sich die Urteile der beiden Vertreter der Reichsregierung auf einem Sachverständigenkongress entgegen. An wen sollen sich die Arbeiter um Hilfe wenden, wenn Mitglieder des Reichs-Versicherungsamtes die jetzt bestehende Fürsorge als wunderbar preisen?

Was fordern wir nun? In unseren Resolutionen fordern wir Verordnungen des Bundesrats auf Grund der §§ 120a und 138a der Gewerbe-Ordnung. Man kann aber auch andere Forderungen stellen. Wir haben in anderen Staaten eine andere Art des Vorgehens. In den Mitteilungen der Berliner Korrespondenz wird angegeben, daß auch die deutsche Regierung auf anderem Wege vorgehen will, nämlich mit Hilfe eines sogenannten Rahmengesetzes. Man denke daran, ein besonderes Gesetz mit allgemeinen Vorschriften für alle gefährlichen Industrien Deutschlands zu erlassen. Aber ein solches Rahmengesetz könnte doch nur allgemeine Vorschriften enthalten über Luftstrom, Wasservorrichtungen, genügende Ventilation und so weiter, und damit könnten unsere Gewerbe-Aufsichtsbeamten, wie schon bisher, nichts anfangen. So gefährliche Betriebe, wie die meisten der chemischen Industrien es jetzt sind, verlangen ganz präzise Bestimmungen, die von Fall zu Fall durch Spezialbestimmungen jede Einzelheit festlegen müssen. Am wirksamsten wäre freilich ein Rahmengesetz mit allgemeinen Bestimmungen und daneben Spezialbestimmungen für alle einzelnen Fälle, die nur wenige Paragraphen zu umfassen bräuchten. Keineswegs Rücksicht auf die Existenzfähigkeit der Industrie kann dafür maßgebend sein, der chemischen Industrie die Leistungen für den Arbeiterschutz zu ersparen; denn hier handelt es sich nicht um Kleinhandwerker und Kleingewerbetreibende; die chemische Industrie verfügt über Millionen und Abermillionen von Kapital und über Millionen und Abermillionen von Gewinnen. Wenn sie da ihre Arbeiter in Werkstätten sperrt, die von den Arbeitern mit Recht als Giftstätten bezeichnet werden, liegt die Schuld nicht nur bei den Unternehmern, sondern auch bei der Gewerbe-Aufsicht. Denn für gesunde Arbeitsräume müßte die chemische Industrie schon nach den jetzigen Bestimmungen sorgen. Jüngst hat deswegen erst in einer großen chemischen Fabrik in Leverbühren — die Arbeiter nennen den Ort J a m m e r b u s t — ein großer Streik stattgefunden.

Das ist auch eine der Fabriken, die mit Wohlfahrts-Einrichtungen renommieren. Ministerbesuche und sogar Königsbesuche empfängt, und deren Inhaber glücklich sind, wenn einmal ein Orden auf sie herunterfällt. Alle diese Wohlfahrts-Einrichtungen sind eine Qual für den Arbeiter; sie sollen ihn nur vergessen machen, daß er berechtigt und verpflichtet ist, zu kämpfen. Und wenn die Arbeiter uns hierher schicken, um ihre Interessen zu vertreten, so richtet sich ihr Appell nicht nur an die Regierung, sondern auch an ihre Brüder draußen im Lande, denen sie zurufen: An Euch liegt es nicht, wenn es nicht besser wird, Eure Vertreter tragen der Regierung Eure Not vor. Wenn die Regierung trotzdem nichts tut, so zeigt sie, daß sie die Klassenregierung eines Klassenstaates ist, die für die Arbeiter nichts übrig hat, als Gewalt- und Polizeimaßregeln. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Stell (fränk. Sp.) begründet die freisinnige Resolution auf Befreiung der Handelsagenten von der Verpflichtung, einen Wander-Gewerbebeschein zu lösen. (Ein Teil der Ausführungen bleibt bei der leisen Stimme des Redners und der im Hause herrschenden Unruhe auf der Tribüne unverständlich.) Die gesetzlichen Bestimmungen erscheinen mir auch für die Hausierer zu streng. Es ist übertrieben, wenn Kollege Erzberger meint, die Hausierer hätten sich in manchen Gegenden zu einer wahren Landplage entwickelt, wenn auch zugegeben werden muß, daß bisweilen Belästigungen des Publikums mit dem Hausieren verbunden sind. Man darf aber nicht zu sehr verallgemeinern; viele tüchtige und brave Menschen treiben das Hausiergewerbe und in abgelegenen Gegenden wird der Wanderhändler freudig begrüßt; ist er es doch bisweilen allein, der den Verkehr einsamer Dörfer mit der Außenwelt vermittelt. — Es ist ein unwürdiger Zustand, daß ein gebildeter Kaufmann, der im Vorort von Berlin wohnt, einen Wander-Gewerbebeschein lösen muß, wenn er in Berlin ein Agenturgeschäft betreibt. Koch schlimmer ist der Mann, der in Berlin wohnt und nun etwa in Charlottenburg, Kirdorf oder Schöneberg Geschäfte treiben will. Das lag doch unmöglich im Willen des Gesetzgebers. Die Gewerbeordnung muß abgeändert werden. (Des Redners Ausführungen sind zum Teil auf der Tribüne unverständlich.) § 144 b der Gewerbe-Ordnung ist dem Kaufmannstande ungünstig und ist gänzlich unhaltbar. (Beifall links.)

Abg. Storz (südd. Sp.): Die Hoffnung, daß die vom Abg. Stell begründete Resolution ihren Zweck erreicht, scheint mir recht groß, da der gegenwärtige Zustand ja unhaltbar. — Wenn Abg. Wurm dem bayerischen Zentrum vorwirft, so wenig für die Sozialpolitik getan zu haben, warum hat denn dann die Sozialdemokratie dem Zentrum zu seiner jetzigen dominierenden Stellung im bayerischen Landtage verholfen? — Die Vorwürfe des Abg. Erzberger gegen die Regierung, sie führten die Bestimmungen über den Schriftensverkauf durch Hausierer nicht durch, sind gänzlich unbegründet. Dem „phantastischen“ Schriftensverkauf durch Hausierer sind nicht verboten, nur unbillig. Im Hausierhandel finden viele Erlöse den Unterhalt, die sonst zugrunde gehen würden. — Für die Warenhäuser habe ich durchaus keine Sympathie, aber wenn die Gesamtheit sie liebt, so ließe sich höchstens auf dem Wege des Steuerwesens etwas gegen sie machen. Die Angriffe des Abg. Bruhn gegen einen so außergewöhnlich pflichterfüllen hohen Beamten wie den Grafen Pofadowitz ist wohl im ganzen Hause als ungerecht empfunden worden. — Ein angestellter, der Samiergelder annimmt, kann ohne weiteres von seinem Prinzipal entlassen werden. Der bestehende Rechtszustand ist also genügend. Die verschiedenen Branchen sollten sich aber zusammenschließen zur Abschaffung des Samiergeldwesens. Teilweise ist das sogar schon geschehen. (Beifall links.)

Abg. Lattmann (Wirtsch. Vg.): Die Zentrumsresolution gegen den Hausierhandel geht uns zu weit. Man muß zwischen berechtigtem und unberechtigtem Hausierhandel unterscheiden. Vielleicht könnte man nach einer Anregung Bayerns im Bundesrat den ganzen Hausierhandel von dem Nachweis des Bedürfnisses abhängig machen. Der Resolution Eichhof über die Gleichberechtigung der Dierkeitskassen stimme ich zu; ich halte die Gründe des Antragstellers für ausschlaggebend. — Zum Schluß möchte ich wieder an die Abänderung des Gesetzes über die Staatsangehörigkeit zugunsten deutscher Auswanderer erinnern. Es muß gelingen, über diese Frage Einigkeit zwischen den Reichsämtern zu erzielen, die Schwierigkeiten der Regelung des Militärdienstes zu überwinden. Den Kindern der deutschen Auswanderer muß ihre Staatsangehörigkeit unbedingt erhalten werden. (Bravo! rechts.)

Abg. v. Gerlach (fr. Vg.): Ich möchte bei dem Staatssekretär anfragen über die Ausdehnung des Versicherungszwanges auf die ländlichen Arbeiter und Dienstboten. Auf meine gleiche Frage im Vorjahre teilte der Staatssekretär mit, er hätte am 15. März 1903 eine Anfrage über diesen Gegenstand an die einzelstaatlichen Regierungen gerichtet. Seitdem sind zwei Jahre verfloßen; da müßte es doch möglich gewesen sein, das Material zusammenzubringen. Wenn ich gerade jetzt darauf dringe, daß etwas mehr Dampf hinter die Sache gemacht wird, so geschieht es deshalb, weil die neuen Handelsverträge einem Teil der landwirtschaftlichen Arbeitgeber außerordentliche Gewinne bringen werden. Im Jahre 1888 beschloß der Kreis Wlogau, für seine Arbeiter eine Krankenversicherung auszuführen. Sechzehn Jahre lag dieser Beschluß in den Akten, ohne daß die liberalen Abgeordneten seine Durchföhrung erreichen konnten. Als sie im Jahre 1904 endlich wieder einen dahingehenden Antrag stellten, wurde dieser Beschluß formell aufgehoben. (Hört! hört! links.) Die geringe sozialpolitische Regelung, die 1880 auch in den Kreisen der Beamtenklasse bestand hatte, hat sich inzwischen auch gelöst, der gegenwärtige Landrat bestätigte die Aufhebung des Beschlusses, den der frühere Landrat bewilligt hatte. Leider sind die Dienstboten noch schlechter gestellt, als die ländlichen Arbeiter. Aus meinem Wahlkreis geht mir hierfür wiederum der Beweis zu. Wenn man sich an die Ortsbehörden wendet, weisen diese auf die Gesetzgebung, und wenn man die Gesetzgebung fragt, was sie denn tun wolle für die Dienstboten, so erklärt sie, sie habe noch nicht genügend Material von den Ortsbehörden bekommen; es ist die reine Zwischmühle. Der Bundesrat hat eine Verordnung zum Schutze der Kellner erlassen. Dadurch fühlen sich nun die übrigen Angestellten der Gastwirte, denen es eher noch etwas schlechter geht, als den Kellnern, zurückgesetzt. Der Verband Berliner Hotelbedienter hat eine große Enquete über die Hotelbedienten in ganz Deutschland veranstaltet und daraufhin eine Denkschrift herausgegeben. Es geht daraus hervor, daß weniger als 14 Stunden überhaupt kein Hotelbedienter in Deutschland zu arbeiten hat. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das Gros der Hotelbedienten, nämlich 40 Proz. von ihnen, hat 17—18 Stunden Arbeit. Außerdem sind sie gänzlich oder größtenteils auf Trinkgelber angewiesen. Ja, manche Wirte erheben von den Trinkgeldern sogar noch Abgaben, die zwischen 10 und 195 M. pro Monat schwanken. In einem Falle war bemerkt, 30 Proz. der Trinkgelber müßten abgegeben werden. Dazu kommt, daß die Unterkunft der Hotelbedienten überwiegend eine abstoßende ist. Wenn die polizeiliche Kontrolle stattfindet, so haben die Wirte vielfach vorher eine Ahnung und dann werden ganz merkwürdige Schloßstätten improvisiert. Die 158 000 Hotelbedienten in Deutschland können es verlangen, daß etwas für sie geschieht. Die Selbsthilfe reicht bei ihnen nicht aus. Ich erkläre, daß ich für meine Person auch dem Abhändler der Zentrumsresolution für den Festabend und Tag erwachsener männlicher Arbeiter beistimme. Ich halte diese Forderung des Zentrums für das Minimum. Möchte Graf Pofadowitz, den man den Lokomotivführer der deutschen Sozialpolitik genannt hat, den Bummelzug der letzten Jahre verlassen und einen Expreszug einrichten. (Beifall links.)

Abg. Krösel (Kant.) spricht sich für Einführung des Befähigungsnachweises für das Handwerk aus. Die Altersversicherung bedürfte infolgedessen einer Verbesserung, daß entweder die Altersgrenze auf 60 Jahre oder die Rente erhöht werden müßte. Abg. Gamp (H.): Die Durchführung der letzten Forderung des Abg. Krösel würde den Bankrott sämtlicher Versicherungsgesellschaften bedeuten. Die sozialdemokratischen Resolutionen lehnen wir ab; von den Zentrumsresolutionen werden wir der auf Erhebungen über das Syndikatswesen und auf Reform des Wohnungsgeldzuschusses zustimmen, auch den meisten Resolutionen der Abg.

Müller-Meinungen und Sagan. (Heiterkeit.) Wie kann man Deutschland den Vorwurf machen, daß es in der Sozialpolitik zu langsam vorwärts gehe. Es ist weiter fortgeschritten, als selbst die sozialdemokratisch regierten Länder. (Sehr gut! rechts. Lachen links.)

Abg. v. Strombeck (B.): Ich muß die Angriffe meines Fraktionskollegen Erzberger auf den Hausiererstand als vollkommen unberechtigt zurückweisen. (Sehr gut! links.) Ich muß entschieden bestreiten, daß der ganze Hausierhandel überflüssig ist. (Sehr wahr! links.) Es gibt ja auch Kaufleute, denen man allzu große Neelidität nicht vorwerfen kann. (Sehr wahr! links. Große Heiterkeit rechts.) Wenn Herr Kollege Erzberger solche Erfahrungen noch nicht gemacht hat, so wird er bei seiner Jugend sicher noch Gelegenheit dazu erhalten. (Große Heiterkeit.) Ich will gern den Mittelstand schämen und retten, aber wir dürfen diese wohlhabendere Klasse nicht auf Kosten der ärmeren Klasse bereichern wollen. (Lebhafte Zustimmung links.)

Danaach vertagt sich das Haus.
Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. Fortsetzung der heutigen Beratung; Rechnungssachen.
Schluß 6 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

151. Sitzung vom Mittwoch, den 1. März, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertische: Dr. Studt.
Zur Debatte steht unter anderem das Kapitel „Universitäten“.
Abg. v. Arnim (L.): In Halle soll eine Volks-Lesehalle errichtet werden, die mit 2000 M. aus städtischen Mitteln unterstützt werden soll. An der Spitze der Lesehalle steht ein Professor der Universität. In der Halle sollen auch sozialdemokratische Zeitungen ausgelegt werden. (Hört! hört! rechts.) und ich habe lebhaftes Bedenken dagegen, daß mit Unterstützung städtischer Mittel und unter Mitwirkung eines Universitätsprofessors die niederen Volksklassen mit sozialdemokratischem Gift versorgt werden. (Sehr richtig! rechts.) Der Minister des Innern hat zu meinem lebhaften Bedauern auf eine Beschwerde erklärt, daß nichts dagegen zu erinnern sei, wenn in einer solchen, aus öffentlichen Mitteln unterhaltenen Volkslesehalle sozialdemokratische Zeitungen ausliegen. (Hört! hört! rechts.) Die sozialdemokratische Partei hat sich zum Ziel gesetzt, unsere bestehende staatliche und Gesellschaftsordnung zu vernichten, und die bürgerlichen Parteien haben keinen Anlaß, eine solche Partei als gleichberechtigt mit den anderen politischen Parteien anzusehen. (Zustimmung rechts.) Ferner weise ich auf den Aufruf hin, welchen der Kurator der Universität Bonn, v. Kottenburg, dessen Verhalten in sozialpolitischen Fragen mehrfach das Bedenken meiner Freunde erregt hat, zur Unterstützung der streikenden Bergleute im Ruhrrevier erlassen hat. Das ist geschehen, bevor die Frage von Schuld und Nichtschuld völlig Klargestellt war. Und dabei hat Herr v. Kottenburg Vorwürfe gegen die Arbeitgeber erhoben. Der „Vorwärts“ hat sich diesen Aufruf sofort zu nuge gemacht und darauf hingewiesen, daß der Kurator und Rektor und zahlreiche Professoren der Universität Bonn diesen Aufruf unterzeichnet haben. Aus dem Berichte über den Berliner sozialdemokratischen Parteitag im Januar hätte Herr v. Kottenburg entnehmen können, wie die Sozialdemokratie die Arbeiter zum Streik ansetzt, und da hätte er sich hüten sollen, Stellung zum Streik zu nehmen. (Sehr richtig! rechts.) Im Halleischen Falle vermisse ich ein energisches Einschreiten des Ministers des Innern gegen die städtischen Verwaltungen, während ich im Falle v. Kottenburg eine entsprechende Stellungnahme des Kultusministers vermisse, wenn ich auch anerkenne, daß zu einem disziplinarischen Einschreiten kein Anlaß vorliegt. Auf das Verhalten mehrerer Professoren der Universität Berlin bei den letzten Wahlkämpfen gegenüber der Sozialdemokratie will ich nicht eingehen, obgleich ich der Meinung bin, daß dieses Verhalten nicht den Grund- sätzen entspricht, die der Ministerpräsident für das Verhalten der Beamten aufgestellt hat. Jedenfalls muß bei allen Maßregeln der inneren Politik der leitende Gesichtspunkt der Kampf gegen die Sozialdemokratie sein. (Lebhafte Beifall rechts.)

Minister Dr. Studt: In dem Halleischen Falle handelt es sich um eine kommunale Angelegenheit, die bereits von der Ministerialinstanz entschieden worden ist. Der Professor, der hier in Betracht kommt, ist ein von der Unterrichtsverwaltung sehr geschätzter Professor, der bei der Lesehalle nur in privater Weise tätig ist, und da eingegriffen hat die Unterrichtsverwaltung kein Recht. (Beifall links.) — Die Bonner Verhältnisse sind jetzt vollständig aufgeklärt, es liegt kein Anlaß vor, gegen Herrn v. Kottenburg vorzugehen. Bei dem Aufruf hat es sich lediglich um einen Akt der Menschenfreundlichkeit und der Mitleidigkeit gehandelt. (Zustimmung links. Widerspruch rechts.) Herr v. Kottenburg hat in einem Briefe erklärt, daß er weit entfernt sei von einseitiger Parteimahne. (Beifall links.) Ich glaube, daß Herr v. Kottenburg besondere Mitleid verdient wegen seiner Verdienste im Reichsdienste unter dem Fürsten Bismarck. Was meine Stellung zur Sozialdemokratie angeht, so habe ich dies u. a. in dem Falle Kron und bei Gelegenheit des Berliner Schulstreiks, in dem ich gegen die sozialdemokratischen Turnabteilungen für die Jugend eingetreten bin, bewiesen. Soweit mein Ressort in Frage kommt, werde ich stets gegen die Sozialdemokratie wirken.

Abg. Eichhoff (fr. Sp.): Wie auf dieser Seite des Hauses haben es stets für unsere höchste Ehrenpflicht gehalten, die bürgerliche und politische Freiheit, die Gewissens- und Gewissensfreiheit unseres Volkes zu schützen und zu wahren. Das verpflichtet mich daher auch dazu, die Angriffe zurückzuweisen, die gegen Herrn v. Kottenburg geschleudert wurden. In Bonn ist ein Aufruf erschienen „zur Änderung der Not der Bergarbeiter“, den Herr v. Kottenburg und mit ihm 17 Professoren unterzeichnet haben, darunter der Rektor der Universität und Professoren, ohne Unterschied der Partei und des Glaubens. Im Augenblick, wo dieser Aufruf erschien, als die Arbeitgeber jeden Verhandlungsversuch der Regierung scharf zurückgewiesen hatten, wo die Sympathie der weitgehendsten gebildeten Kreise auf Seiten der Arbeiter war, mit Ausnahme derjenigen Kreise, die bei diesem Streik mittelbar oder unmittelbar beteiligt waren. (Rufe rechts: Wir waren nicht beteiligt!) Die Erklärung des Ministers hat mich mit außerordentlichem Gemutungen erfüllt. Gewiß hat die Regierung den Kontraktbruch der Arbeiter gemißbilligt. Die Frage, ob hier in der Tat ein widerrechtlicher Kontraktbruch vorgelegen hat, ist aber noch gar nicht geklärt. (Zustimmung rechts.) Die Juristen sind sich darüber noch nicht einig. Die Regierung hat aber auch zu gleicher Zeit eine scharfe Mißbilligung des Verhaltens der Arbeitgeber zum Ausdruck gebracht. Mit welchem Recht soll den hiesigen Professoren der Universität Bonn untersagt werden, einen solchen Aufruf zu erlassen und zu unterzeichnen, mit welchem Recht soll dies Herrn v. Kottenburg untersagt werden, der eigentlich kein politischer Beamter ist, der als so hervorragender Sozialpolitiker die Pflicht hat, bei dieser schweren hochbedeutungsvollen Frage seine Stimme in die Waagschale zu legen. (Sehr richtig! links.)

Den Halleenser Fall betrachte ich durch die Rede des Ministers für erledigt. Die Sache gehört schon deshalb nicht in diesen Saal, weil diejenigen, die angegriffen werden, nicht in der Lage sind, sich hier zu verteidigen. Von Seiten der konservativen Partei wird ja jetzt versucht, nachdem die schweren wirtschaftlichen Kämpfe zu Ende geföhrt sind, eine Sammlungsaktion gegen die Sozialdemokratie zu inszenieren. Im Namen sämtlicher Gruppen der Freisinnigen habe ich Ihnen (nach rechts) zu erklären, daß wir eine solche Politik nicht mitmachen, und daß Sie mit Ihren Scharfmacherbestrebungen bei uns nicht das Erreichen, was Sie erreichen wollen. (Lebhafte Beifall links.)

Abg. Dr. Krüger (L.) bittet den Minister, diejenigen Professoren, die für die Sozialdemokratie eintreten, von den Universitäten zu entfernen. (Beifall rechts.)

Abg. Freiherr v. Redlich (H.): Der Halleische Fall ist allerdings ein rein kommunaler. Aber nach den Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts ist keinerlei Förderung der Sozialdemokratie

durch Beamte gefaltet, und ich bedauere, daß nicht gegen die fälschliche Verwallung in Halle eingeschritten worden ist. Wenn gegen Herrn v. Rottenburg nicht eingeschritten ist wegen seiner Verdienste als Mitarbeiter des Fürsten Bismarck, so ist seine jetzige sozialpolitische Haltung derjenigen des Fürsten Bismarck diametral entgegengesetzt, und es ist ja bezeichnend, daß er hier einen so warmen Lobredner aus der freisinnigen Partei gefunden hat, die vom Fürsten Bismarck nie etwas hat wissen wollen. (Sehr richtig! Rechts.) Herr v. Rottenburg ist als ein Mann der reinen Theorie und der extremen Sozialpolitik bekannt und wird von den Männern des praktischen Lebens kaum ernst genommen. (Sehr richtig! Rechts.) Die Regierung konnte zu einer Vermittlung in dem Bergarbeiterstreik nicht die Hand bieten mit Rücksicht auf den Kontraktbruch der Arbeiter, sie konnte nur Unterstufungen anstellen. Der Abg. Eichhoff hat mit Empfindung hervorgehoben, daß seine Partei im Reichstage sich gegen Gesetze zur Bekämpfung der Sozialdemokratie ausgesprochen habe. Nun, die eine Hälfte seiner Fraktion ist mit Hilfe der Sozialdemokratie in den Reichstag gewählt worden, die andere mit Unterstützung der staatsverhaltenden Parteien, die die freisinnige Partei für das kleinere Übel gehalten haben. (Lachen links.) Die ganze Entwicklung drängt dazu, daß alle staatsverhaltenden Elemente sich zusammenfassen, um für das Kaiser- und Königtum und gegen diejenigen Elemente zu kämpfen, die die Wurzeln unserer Monarchie und Staatsordnung untergraben. Wenn man mich einen Scharfmacher nennt, so ist das für mich ein Ehrentitel. Wir werden die Sozialdemokratie nicht überwinden, wenn wir ihr nicht zeigen, daß wir Herr im Hause sind und alle Angriffe gegen die Staatsordnung mit Nachdruck niederschlagen wollen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. v. Savigay (Z.): Wir halten es nicht für erwünscht, daß der Bevölkerung die sozialdemokratischen Zeitungen zugänglich gemacht werden, wenn ihr nicht gleichzeitig diejenigen Zeitungen zur Verfügung gestellt werden, die den entgegengesetzten Standpunkt vertreten. Herr v. Rottenburg hat in keiner Weise sich auf einen parteiischen Standpunkt gestellt, und es wäre unverantwortlich gewesen, wenn die Regierung gegen ihn eingeschritten wäre.

Abg. Rosenow (fr. Sp.): Dem Abg. Frhn. v. Hedlich erwidere ich, daß die Sozialdemokratie auch unser größter Feind ist. Wir glauben aber nicht, daß es möglich ist, sie durch Gewaltmaßnahmen zu unterdrücken, wir müssen nach Möglichkeit das Volk über die Ziele der Sozialdemokraten aufklären und werden ihr so am besten entgegenwirken können. (Beifall links.)

Ministerialdirektor Dr. Althoff: Was die Zulassung von Ausländern anbelangt, so haben wir kein Recht, den Angehörigen anderer Länder unsere Kultur vorzuenthalten. Wir wollen uns nur die weniger angenehmen Elemente fernhalten.

Abg. Schmieding (natl.): Ein Mann von der Bedeutung des Herrn v. Rottenburg wäre vor allem verpflichtet gewesen, in seiner Stellungnahme vorsichtig zu sein. Er hat die Verantwortung für das Scheitern der Vermittlungsversuche in dem Streik dem Arbeitgeber zugeschoben. (Sehr richtig! links.) Nein, sehr unrichtig. Darin erblicken wir das Verlegenheits seines Vorgehens. Der Abg. Eichhoff hat über den Kontraktbruch der Arbeiter sehr laze Ausführungen gemacht. Das war sehr bedauerlich; denn das ist nicht geeignet, das Rechtsbewußtsein in den Massen zu stärken, und ich meine, an der Stärkung des Rechtsbewußtseins in den Massen haben alle Parteien, auch die Partei des Abg. Eichhoff ein erhebliches Interesse. (Sehr richtig! rechts.) Die Arbeitgeber haben allerdings die Verhandlungen mit der Siebener-Kommission abgelehnt; diese Siebener-Kommission war aber nicht die Vertretung ihrer Belegschaften, mit denen sie gern verhandelt hätten, sondern aus Vertretern von vier verschiedenen Parteien zusammengesetzt, aus Sozialdemokraten, dem katholisch-Christlichen Gewerbeverein, dem Hirsch-Dundersden Gewerksverein und den polnischen Vereinen. Wenn die Arbeitgeber die Verhandlungen mit diesen politischen Vereinen abgelehnt haben, so hatten sie meines Erachtens völlig recht. (Beifall rechts.)

Abg. Reil (natl.): Ich muß als Vertreter der Stadt Halle die Angriffe der Abgg. v. Arnim und Frhn. v. Hedlich gegen die Stadtverwaltung von Halle entschieden zurückweisen. Die Vefehalle soll von einer gemeinnützigen Gesellschaft eingerichtet werden, damit die arbeitende Bevölkerung sich weiter bilden kann. Wenn wir auch zwei sozialdemokratische Zeitungen neben den Zeitungen aller anderen politischen Parteien auslegen wollen, so soll dies geschehen, um auch den sozialdemokratischen Arbeitern Gelegenheit zu geben, die Zeitungen anderer Parteien zu lesen. (Beifall links.)

Abg. Dr. Friedberg (natl.): Wir stehen prinzipiell auf dem Standpunkt, daß Herr v. Rottenburg berechtigt war, seiner Ueberzeugung Ausdruck zu geben. Der Abg. v. Arnim hat sich mit dem Verhalten einiger Professoren bei den Wahlkämpfen beschäftigt. Ich will auf die Tatsache selbst, ob wirklich Professoren Verhandlungen mit der Sozialdemokratie gepflogen haben, nicht eingehen. Ich möchte aber Herrn v. Arnim darauf aufmerksam machen, daß in einer Sitzung des Herrenhauses durch Herrn Professor Schmoller erst kürzlich festgestellt worden ist, daß auch von konservativer Seite Wahlverhandlungen mit der Sozialdemokratie geführt worden sind. Professor Schmoller hat festgestellt, daß, wenn auch nicht die konservative Parteileitung, aber doch der konservative Bürgermeister von Torgau mit den Sozialdemokraten wegen Unterstützung der konservativen Partei verhandelt hat. Ich habe aber nicht gehört, daß sich die konservative Partei unterstützt hätte und etwa eine Interpellation an den Minister des Innern gerichtet hätte, warum er gegen diesen konservativen Bürgermeister nicht eingeschritten sei. (Sehr gut! links.)

Abg. v. Arnim (Sp.): Den Ausführungen des Abg. Dr. Friedberg gegenüber verweise ich auf eine Erklärung des Prof. Schmoller, die dahin geht, daß er durch Krankheit verhindert gewesen sei, an den Verhandlungen mehrerer Kollegen über ein Zusammengehen der freisinnigen Parteien im Wahlkreis Zeltow-Beesow behufs Auffüllung eines freisinnigen und eines sozialdemokratischen Kandidaten teilzunehmen. Auch sei er nicht lebhaft für diesen Kompromiß eingetreten. Also nur nicht lebhaft, daß er dafür eingetreten sei, gibt Herr Professor Schmoller zu. Wenn Herr Rosenow vor energischen Maßnahmen gegen die Sozialdemokraten warnte, so mache ich ihn darauf aufmerksam, daß der Abg. Uebel auf einem Parteitag offen erklärt hat, daß sich die Sozialdemokratie während des Sozialistengesetzes in einer schweren Krise befunden habe und erst nach Aufhebung des Sozialistengesetzes wieder frei atmen konnte.

Hierauf wird die allgemeine Debatte über das Kapitel „Universitäten“ geschlossen.

Abg. v. Arnim (L) erklärt in einer persönlichen Bemerkung, daß der Bürgermeister von Torgau der konservativen Partei nicht angehöre.

Frhn. v. Kröcher: Im Namen des Bürgermeisters von Torgau dürfen Sie keine persönliche Bemerkung machen.

Hierauf wird die Weiterberatung auf a b e n d s 7 1/2 Uhr vertagt. Schluß 4 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Wahlprüfungs-Kommission. Im Wahlkreis Mügen-Stralsund wurde der Abg. v. Niepenhausen (L) gewählt mit 9812 Stimmen gegen 4957 freisinnige und 4199 sozialdemokratische. Gegen die Wahl ist ein gemeinsamer Protest der Liberalen und Sozialdemokraten eingelegt worden. Von den Protestbehauptungen ist jedoch nur eine einzige als erheblich befunden worden. In Klatsche bei Bergen auf Mügen hat der Gesamt-Wahlvorstand die Wahlhandlung gegen 2 Uhr unterbrochen und sich in ein Nebenzimmer zum Mittagessen begeben; außerdem habe ein Weisiger, Gutinspeltor Schmidt, eine Kontrollliste geführt und während des Wahllapses geäußert: „Ich muß mir die einzelnen Wähler ein wenig merken, damit ich diejenigen, die nicht richtig wählen, kneifen kann.“ Da indes die eventuelle Korrumpierung des Wahllapses das Endergebnis der Wahl nicht wesentlich beeinflusst, wurde die Wahl für gültig erklärt. In einem Nachtagsprotest sind zwar weitere Vorkommnisse gerügt, allein, diese Monita sind verspätet eingereicht, darum bleiben sie unberücksichtigt. Wie sp e n d i d der Herr v. Niepenhausen als Wahlkandidat war, schildert

eine Protestangabe wie folgt: „Der Kammerherr v. Niepenhausen ist in Stralsund kurz vor der Wahl in einem Fischereiverein erschienen, hat den Mitgliedern des Vereins seine Kabinetsbilder als Andenken bereitet und hat alsdann Bier spendiert und zwar in solcher Menge, daß die Vereinsmitglieder nicht insstande waren, das Quantum zu bewältigen, so daß sie noch gute Freunde zu diesem Gelage hinzugezogen haben.“ Jedenfalls eine an Agrariern nur zu Wahlzeiten zu bemerkende Freigebigkeit!

Weiter wurde die Wahl des Abg. Jaunez, „Unabhängiger Fortbringer“, Wahlkreis Reg, geprüft, der 10701 Stimmen erhielt gegen 5430 sozialdemokratische und 4419 des Zentrums. Gegen die Wahl wurde ein Protest von dem Rechtsanwalt Streifen in Reg eingereicht. Dieser Protest behauptet, daß die Wahl Jaunez nur durch amtliche Wahlbeeinflussung zustande gekommen sei. Nach der Proklamation des Herrn Jaunez als Wahlkandidaten habe der Kreisdirektor für Reg-Land, Graf Willea, die anlässlich eines Musterungstermines in Remilly versammelten Bürgermeister — zirka 30 an der Zahl — des Kantons Bange zurückgehalten und ihnen erklärt, Herr Dr. Max Jaunez sei der „offizielle“, das heißt der von der Regierung gewünschte Kandidat und sie hätten daher für diesen zu wirken. Die gleiche Beeinflussung beging der Kreisdirektor gegenüber dem Bürgermeister in Saulon, wobei er noch hinzusetzte, daß die Gemeinde die von der Regierung erbetene Beihilfe zur Wiederherstellung des Pfarrhauses nicht bekommen werde, wenn sie nicht für Jaunez stimme. Und der Bürgermeister teilte dies dem einkreisernen Gemeinderat unter der Aufforderung mit, für Jaunez zu wirken. Außerdem bezichtigt der Protest den Kreisdirektor weiterer ähnlicher Beeinflussungen. Herr Jaunez selbst habe an sämtliche Bürgermeister des Wahlkreises ein Zirkular geschickt, worin er sie ersuchte, für Verteilung seiner Drucksachen, für Aufstellung von Stimmzettelverteilern Sorge zu tragen und über alle Bewegungen der Gegner eventuell telegraphisch an sein Wahlbureau zu berichten. Anfangs Juni habe ein Beamter des Igl. Ministeriums den Gegenkandidaten Jaunez, den Oberrealschullehrer Jung, angewiesen, seine Kandidatur zurückzuziehen, was dieser unter dem Druck seiner Vorgesetzten auch tat, wodurch die Gegenpartei geschädigt wurde. Alle diese Behauptungen wurden von der Kommission für erheblich erklärt. Im Falle der Bestätigung dieser Vorkommnisse durch Erhebungen würde die Wahl Jaunez für ungültig erklärt werden müssen, die Kommission beschloß daher, die Wahl z u b e a n s t a n d e n und Erhebungen vornehmen zu lassen.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der neue Tarifabschluß der Steinseher soll offenbar nicht ganz ohne Reibungen zustande kommen. Am 28. Februar tagte im Spatenbräu in der Friedrichstraße eine kombinierte Versammlung der Steinseher-Zünfte von Berlin, Steglitz, Potsdam und Eberswalde. Es lag der von der paritätischen Schlichtungskommission neu entworfenen Tarif zur Beratung und Beschlußfassung vor. Bei der Beratung des von der Kommission vorgeschlagenen fünfseitigen Rahmens wurde mit 22 gegen 18 Stimmen beschlossen, nur einem solchen von drei Reilen zuzustimmen. Durch die Verfeinerung des Rahmens ist für die beteiligten Steinseher der vier Zünftebezirke eine wesentliche Verschlechterung eingetreten, zu der die Vertreter der Arbeitnehmer ihre Zustimmung nicht ohne weiteres geben konnten. Beim Punkt 9 des Tarifes, welcher ebenfalls bisher eine für die Arbeitnehmer annehmbare Fassung hatte, wurde seitens der Arbeitgeber ein Satz gestrichen und dafür eingefügt: „Ausprägungen von Firmen, Polieren, Postensellen, Wesseln und unorganisierten Arbeitern im Steinsehergewerbe dürfen nicht stattfinden.“ In dieser Form würde die Annahme des Rahmens für die Arbeiter die Aufgabe des Koalitionsrechtes bedeuten, und deswegen wird derselbe kaum ihre Zustimmung finden. — Die Meister haben übrigens die Bestimmungen des Vertrages über seinen Neuabschluß zu einem eigentümlichen Randor ausgeführt. Nach dem Spruch des Einigungsamtes beim vorjährigen Steinseherstreik mußten die neuen Tarifverhandlungen bis zum 1. März dieses Jahres erledigt sein. Ist das nicht der Fall, dann hat von 1. bis zum 31. März das Einigungsamt zu sprechen. Nun ist es den Meistern gelungen, durch geschickte Verschleppungen die zum Tarif zu beschließende Versammlung der vier Zünfte auf den allerletzten Tag anzusetzen und, da nun wesentliche Streichungen der hauptsächlich für die Arbeiter im Gewerbe im Betracht kommenden Punkte vorgenommen wurden, werden höchswahrscheinlich in der heute stattfindenden kombinierten Versammlung der Steinseher weitergehende Beschlüsse gefaßt werden. Bei eventueller Ablehnung derselben seitens der Meister wird von der Gesellschaft das Einigungsamt anrufen werden. — Es ist deswegen für die Arbeiter von größter Wichtigkeit, daß sie vollzählig erscheinen.

Wächung, Bauarbeiter!

Die Jaloufearbeiter streifen. Vereinzelt zum Arbeiten ist nur der Inhaber einer gelben Baukontrollkarte, welche gestempelt sein muß.

Die Kommission der Jaloufearbeiter.

Die Arbeiter der Ausfandstein-Fabrik von Guttman zu Niederlehme bei Königs-Wusterhausen haben am Dienstag die Arbeit niedergelegt. Die Differenzen sind herborgerufen durch Streitigkeiten über die Bezahlung sowie vorgelommene Maßregelungen. — Der Zugang ist streng fernzuhalten. Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten.

Deutsches Reich.

Die Maler und Anstreicher-Gehälfen in Köln beschloffen, wie uns unser dortiger Korrespondent berichtet, in eine Lohnbewegung einzutreten. Den Arbeitgebern werden unter anderem folgende Forderungen unterbreitet: Reumstündige Arbeitszeit, Verbot der Affordarbeit, 55 Pf. Mindeststundenlohn, Gehältern unter 20 Jahren nicht weniger als 52 Pf., für Ueberstunden 25 Pf. Aufschlag, für Nacht- und Sonntagsarbeit doppelter Lohn, für Eustarbeit 10 Pf., für Stehgerüstarbeit 5 Pf. pro Stunde Aufschlag, vor den hohen Feiertagen um 4 Uhr nachmittags Schluß, Einsetzung einer Tarifkommission aus je sieben Unternehmern und Gehältern zur Schlichtung von Differenzen. Der Tarif soll zwei Jahre Gültigkeit haben.

Christliche Unternehmer und christliche Arbeiter.

Aus dem Rheinland schreibt man uns: Bei der Firma Josef Nuhr in Eustkirchen bei Köln ist der Führer der dortigen christlichen Textilarbeiter-Organisation geregelt worden. Wenn er nicht wieder eingestellt wird, will die ganze Belegschaft der Firma die Arbeit niederlegen. Bei der Textilfirma C. Räderath u. Co., ebenfalls in Eustkirchen, sind die mehr als hundert Weber sämtlich in den Ausstand getreten, nachdem ihnen eine geringe Lohnerhöhung abgelehnt und eine Anzahl Weber gemahregelt worden war. Eustkirchen ist eine uraltholländische Stadt mit alter Tuchindustrie. In beiden Fällen gehen christlicher und deutscher Textilarbeiterverband Hand in Hand.

Ausland.

Der Schalenmacherstreik in Ghaz-de-fonds (Kanton Neuenburg) hat, wie man uns schreibt, nach vierwöchiger Dauer mit dem Siege der Arbeiter geendet. Sie erreichten den geforderten Lohnanstieg, der bei Mangel an Arbeit entsprechend reduziert werden soll, Festlegung der Minimallohnsätze, für einzelne Arbeiten neue Tarife mit Erhöhung. Die Unternehmer verpflichten sich, nur Mitglieder der Organisation einzustellen, eine zu beistellende gemischte Kommission soll bei ausbrechenden Differenzen vermitteln.

Zur Gründung der neuen Föderation der niederländischen Gewerkschaften.

An der Konferenz, die zu diesem Zweck am Sonntag in Amsterdam stattgefunden hat, nahmen, außer dem Diamantarbeiter-Verband der Zimmerer-, der Zigarrenmacher-, der Möbelmacher-, der Textilarbeiter-, der Mollereiproduzentenarbeiter-,

der Maler-, der Bäcker-, der Buchbinder-, der Tapezierer-, der Gemeindegewerkschaften-, der Kleidungsindustriearbeiter-Verband und die Vereinigung des Eisen- und Strahenbahnpersonals, sowie der Verband der Handels- und Kantorgehülften teil. Mit 10 Stimmen bei 4 Stimmhaltungen wurde eine vom Diamantarbeiter-Verband vorgeschlagene Resolution angenommen, wonach unmittelbar Maßnahmen zur Gründung einer solchen Föderation getroffen werden sollen. Ebenso wurden die vom Diamantarbeiter-Verband vorgeschlagenen Grundzüge für die Tätigkeit der Föderation gutgeheißen, worin unter anderem ausgesprochen wird, daß die Föderation mit den Zentralen der ausländischen Gewerkschaftsbewegung in Verbindung treten soll. Die vier Vertreter, die sich der Stimme enthielten, waren keineswegs gegen die Resolution, sondern hielten es nur für notwendig, sich zuvor mit ihren Organisationen darüber zu verständigen. Sie werden innerhalb zehn Tagen ihre Entscheidung treffen. — Ueber die weiteren Schritte, namentlich auch darüber, ob eine organisierte Unterstützung bei Streiks und Ausprägungen durch die Föderation möglich ist, soll in einer gemeinsamen Kommission beraten werden.

Große Schuhmacherausprägung in Schweden. Am Donnerstag wurden in der schwedischen Stadt Fenersborg sämtliche Arbeiter der großen Schuhfabrik von Karlsson ausgeprägert, weil sie Anerkennung ihres Koalitionsrechtes und Festsetzung eines Lohn-tarifes verlangten. Die Ausprägung umfaßt ungefähr 600 Arbeiter und Arbeiterinnen. — In der Schuhfabrik von John Leijer zu Stockholm sind die Zuschneider ausgeprägert. Die sämtlichen 300 Arbeiter der Fabrik haben nun über die Zuschneiderabteilung die Sperre verhängt.

2000 Oasenarbeiter in Drest beschloffen, die Arbeit niederzulegen.

Ein Streik der Bäcker ist seit mehreren Tagen in Rom im Gange. Man hat den Bäckermeistern Soldaten zur Arbeit zur Verfügung gestellt.

Verfammlungen.

Justiz und Arbeiterbewegung.

lautele das Thema, über das Genosse Dr. Karl Liebknecht am Dienstag in einer Versammlung des Wahlvereins für den sechsten Berliner Reichstags-Wahlkreis sprach, die im „Artushof“ stattfand. Die Versammlung war so stark besucht, daß der gegen 1000 Personen fassende Saal wegen Ueberfüllung polizeilich abgesperrt wurde. Ehe die Versammlung begann, wurde den zahlreich erschienenen Frauen durch ein Beispiel vor Augen geführt, daß sie nach dem durch den bekannten Hammersteinischen Segment-Erlaß „verschönt“ preussischen Vereinsgesetz minderen Rechts sind. Die Frauen, welche neben ihren Männern oder im Kreise von Bekannten Platz genommen hatten, mußten sich auf Anordnung des überwachenden Beamten in einen Raum verfügen, der durch eine Säulengasse vom Saale getrennt ist. Wegen des starken Andranges, der in allen Teilen des Versammlungssaales herrschte, verursachte der Auszug der Frauen in das Segment einige Umstände. Nicht ohne Wutren verabschiedeten die Angehörigen des weiblichen Geschlechts ihre guten Plätze mit den schlechtesten Plätzen hinter den Säulen, ein Vorgang, der sicher nicht ohne agitatorische Wirkung geblieben ist.

Bei Eröffnung der Versammlung gedachte der Vorsitzende Liefel des verstorbenen Genossen Frische. Dann nahm Karl Liebknecht das Wort zu seinem Vortrage. Ausgehend von der Tatsache, daß die Trennung der Justiz von der Verwaltung einer der vornehmsten Grundzüge jedes Verfassungsstaates ist, wodurch die Unabhängigkeit der Richter gewährleistet werden soll, zeigte der Redner, daß die Richter auch bei dem aufrichtigsten Bemühen, objektiv Recht zu sprechen, unbewußt unter dem Einfluß der Anschauungen stehen, welche in jener Gesellschaftsklasse herrschen, aus der sie herorgegangen sind. So lange die Klassengegensätze im Staate bestehen, ist eine wirklich objektive Rechtspflege ausgeschlossen. Bewußt haben die Richter nicht die Pflicht, parteilich zu sein, aber die feindliche Gesinnung, welche die bürgerliche Gesellschaft gegen die Arbeiterbewegung hegt, die arbeitereindliche Tendenz, welche in den bürgerlichen Zeitungen zutage tritt, kommt intuitiv, unbewußt in den Urteilen der Richter zum Ausdruck, und so erklären sich die harten Verurteilungen in allen Fällen, die mit dem Emanzipationskampf der Arbeiter in Zusammenhang stehen, Urteile, durch die nicht die Person, sondern die Partei des Angeklagten getroffen werden soll. Als Begründung für diese Auffassung verwies der Vortragende auf zahlreiche Beispiele der Rechtsprechung im Gebiete des Vereins- und Versammlungsrechtes, der Prozesse gegen Redakteure sozialdemokratischer Blätter, auf die Anwendung der Expresungs- und Nötigungs-Paragrafen gegen gewerkschaftliche Tätigkeiten der Arbeiter, sowie auf das bekannte polizeiliche und gerichtliche Vorgehen gegen Streikposten. In dieser Beziehung verwies der Redner insbesondere darauf, daß das Kammergericht früher den Standpunkt einnahm, der Richter habe in jedem Falle nachzuprüfen, ob eine Gefährdung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit durch einen Streikposten vorgelegen habe, daß aber die Rechtsprechung des Kammergerichts jetzt dahin gekommen ist, daß es schon genügt, wenn ein Schuhmann nur glaubt, der Streikposten könne die Ruhe, Ordnung und Sicherheit gefährden. Bezeichnend ist es, daß ein Staatsanwalt kürzlich in einem Streikpostenprozeß sagte, es sei eine Wortläuberei, wenn man meine, das Streikpostenstehen wäre erlaubt; jeder Streikposten gefährde die öffentliche Sicherheit. — So hart und ungerecht die Verurteilungen auf den hier berührten Gebieten auch sind, sie erscheinen doch nur als Kleinigkeiten gegenüber den furchtbaren Urteilen in den Aufzucht- und Landfriedensbruch-Prozessen, welche aus Anlaß von Streiks eingeleitet worden sind. Die Urteile von Köttm und Köttm werden unberücksichtigt bleiben als Beispiel dafür, daß eine tiefe Kluft die Anschauung der Richter von den Anschauungen der klassenbewußten Arbeiter trennt. — Es ist eine naturgemäße Folge des Klassengegensatzes, daß die Justiz zu einem Instrument des Klassenstaates geworden ist, und daß die Richter, ohne es zu wollen und ohne sich dessen bewußt zu werden, in dem klassenbewußten Arbeiter den Todfeind der bürgerlichen Gesellschaft sehen, und daß sie deshalb intuitiv dazu beitragen, die dem Klassenstaat feindliche Arbeiterbewegung ein-dämmen zu helfen. Daraus folgt, daß die Beseitigung der Klassenjustiz nur erfolgen kann, wenn der Kapitalismus, die Ursache der Klassenherrschaft, beseitigt, und eine Gesellschaft eingeführt wird, in der es keine Klassengegensätze mehr gibt. — Der wirkungsvolle zweistündige Vortrag fand stürmischen Beifall. — Der Vorsitzende schloß die Versammlung, indem er die Anwesenden aufforderte, die Konsequenz des Vortrages zu ziehen und mit allen Kräften für die Ideale der Sozialdemokratie zu wirken.

Der sozialdemokratische Wahlverein in Caputh beschloß in seiner letzten Mitgliederversammlung einstimmig, dem Beitrag von 15 auf 20 Pf. zu erhöhen. Im Anschluß an die Versammlung wurden vier neue Mitglieder aufgenommen, so daß der Verein nach einjährigem Bestehen bereits einen Mitgliederbestand von 70 Personen aufweist.

Weisensee. Eine seitens des Wahlvereins einberufene öffentliche Holzarbeiterversammlung fand hier statt, die sich eines guten Besuches erfreute. Genosse Hans hielt einen Vortrag über: „Die Notwendigkeit der politischen Organisation“. Es wurde vom Vortragenden sowohl als von den Diskussionsrednern den Anwesenden durch zahlreiche Beispiele sowie Beleuchtung der bestehenden Zustände die zwingende Notwendigkeit erläutert, daß ein jeder Arbeiter sich auch politisch organisieren müsse. Es liegen sich auch sofort 18 Mann in den Wahlverein aufnehmen, und es besteht die Hoffnung, daß auch die übrigen der Partei noch fernstehenden Holzarbeiter diesem Beispiel bald folgen werden, um den Wahlverein am Orte zu einer den gewerkschaftlichen Organisationen gleichen Stärke zu bringen.

Zentralverband der Handlungsgehülften und Gehälftinnen Deutschlands. Bezahl Berlin. Donnerstag abend 9 Uhr Versammlung in den Anninshallen, Kommandantenstraße 20. Julius Kallisch spricht über die Lohnfrage im Handelsgewerbe. Zahlreichen Besuch erwartet.

Die Ortsverwaltung.

Wetzlarer Geld-Lotterie.
Ziehung: 8. u. 9. März
9400 Geldgewinnbar ohne jeden Abzug zahlbar von Mark
320000
Hauptgewinn: Mark
70000
Originallosé à 3 Mark.
Für Porto und Liste 30 Pf. extra.
Oscar Bräuer & Co. Nachf.
G. m. b. H. Bank-Geschäft
Berlin W., Friedrichstr. 181.
Pillale:
O., Andrastraße 40a.

Für 5 Pfennig
gegen Hautinfektion geschützt
ist man nur dann, wenn man
beim Rasieren den
antiseptischen Rasierpinsel
für den einmaligen Gebrauch
verwendet.
Preis 5 Pfennig.
Die unverletzte Verpackung
ist in Gegenwart des Kunden
zu öffnen und der Pinsel nach
dem Gebrauch zu entwerfen.
Fabrik antiseptischer Rasierpinsel G. m. b. H.
Engros-Vertrieb für Deutschland:
J. Prochownik, Berlin SW., Ritterstr. 51.

Schmöckwitz.
Für die kommende Sommer-Saison bringe hierdurch den geehrten
Berechnen, Fabrikanten etc. zur Kenntnis, daß das so herrlich mit zwei
Sälen, Regalbahnen, Aufheberschichten etc. ausgestattete
„Seglerschloß“
in meinen Besitz übergegangen und somit frei geworden ist.
Bitte deshalb bei Ausfagen mich gütig berücksichtigen zu wollen.
Gleichzeitig empfehle meine herrlichen circa 800 Personen fassenden
Festhale „**Dresdener Kasino**“.
Zu Abschlüssen siehe den geehrten Vorstandes Dresdenerstr. 96,
abends 7-9 Uhr zur Verfügung.
A. Huxfeldt, Gastwirt.
Hochachtungsvoll
Telephon: Berlin: Amt IV Nr. 8666. Grünau: Nr. 32.

Ziehung am 8. u. 9. März
Wetzlarer Dombau-Lotterie
8400 Gold-Gewinne ohne Abzug
Hauptgewinne:
70000
50000
30000
u. s. w.
Lose à 3.00, Porto u. Liste 30 Pf. extra, empfiehlt
Carl Heintze,
Berlin W., Unt. d. Linden 3.

Arminhallen,
Kommandantenstr. 20.
Gr. u. H. Festhale, mit u. ohne
Theaterbühne, auch an Sonnabenden
und Sonntagen noch frei. -- In den
Theaterhallen ist der große Saal mit
Bühne zur Malinee zu vergeben. Ferner
empfehlen wir unsere 6 Vereinsräume.

Wald- und Landparzellen
am Vorortbahnhof, herrlich gelegen
unweit See, verkauft gegen geringe
Kauf- u. Abzugsgebühren. Alle Maschinen
nehmen in Zahlung.
1922
Dr. Simmel, Pringen-
Str. 41,
Spezialarzt für
Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7, Sonntag 10-12 2-4.

**Möbel- und
Polsterwaren-Fabrik**
von **A. Schulz**
10372
Reichenbergerstraße 5
empfeilt Einrichtungen von 240 bis 5000 Mk.
von nur anerkannt gelegener Qualität
zu äußerst billigen Preisen.
♦ **Streng reelle und gewissenhafte
Bedienung.**
♦ **Anlaufste Bedingungen.**
Telephon: Amt IV 6377.

Hygienische
Bedarfsartikel. Neue Katalog
m. Empf. viel. Vergle u. Prof. grat. u. fr.
H. Unger, Gummiwarenfabrik,
Berlin N., Friedrichstr. 131a.
Fahrschulfführer-Schule
bildet gründlich und sachmännlich junge
und ältere Leute aus. Abhang für
Zentralprüfung, Wasserlocherstr. 17, II.
87/12 **Bürkner,** Bertmetzler.

Kleine Anzeigen.
Jedes 5 Pfennig.
Wort 10 Pfg. Wort mehr als 15 Buchstaben zahlen doppelt.
Anzeigen für die nächste Nummer werden
in den Annahmestellen für Berlin
bis 1 Uhr, für die Vororte bis 2 Uhr,
in der Hauptexpedition Linden-
strasse 69 bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

- Pfandleihenhaus** Weidenweg neu-
gekauft, pfandbilliger Gardinenverkauf,
Bühnenverkauf. 145*
- Spotbilliger** Teppichverkauf, Tisch-
decken, Steppdecken, Pfandleihenhaus
Weidenweg neuzeichnen. 145*
- Garberoben, Tischdecken, Regu-
latoren, Treppenschwinger, Schmuckkästen,**
pfandbillig Pfandleihenhaus Weidenweg
neuzeichnen. Verkaufszeit genehmigter
Lebenslauf. 145*
- Spotbilliger** Ausverkauf ver-
schieden Pfandleihenhaus, Kettverkauf,
Weidenweg neuzeichnen. 45*
- Bekanntmachung!** Empfehlens-
werte Einkaufsquelle ist Pfandleihenhaus
Weidenweg neuzeichnen. 145*
- Spotbilliger** Bettverkauf, Bett-
laken, einfarbig, weißschwarz. Pfand-
leihenhaus Weidenweg neuzeichnen. 145*
- Tischzahlung:** Teppiche, Gardinen,
Betten, Stores, Vorhänge, Stepp-
decken, Tischdecken, Remontierhaken,
Regulatoren, Spiegel, Bilder, Möbel
spotbillig Pfandleihenhaus Grünauerweg 118
und Reanderstraße 6. 86/11*
- Gardinenhaus** Große Franzfurter-
straße 9, parterre. 137*
- Sohelegante** Herrenanzüge und
Valetots aus feinsten Stoffen 25-40
Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag.
Verandhaus Germania, Unter
den Linden 21. Keine Pillalen. 365*
- Sohebornsche** Herrenanzüge aus
feinsten Stoffen 9-13 Mark.
Verkauf Sonnabend und Sonntag.
Verandhaus Germania, Unter den
Linden 21. Keine Pillalen. 365*
- Gardinen-Ausverkauf** wegen Aus-
schießl. Kältebetteden, Bout-
laces enorm billig! Gardinen-
Verandhaus Arnstenstraße 36, Dön-
hofplatz. 2595*
- Teppiche!** (Aberliche) in allen
Größen für die Größe des Wertes
im Teppichlager Grünau, Godescher
Markt 4, Bahnhofs Börse. 142/12*
- Große** Divanbetten 4.35, Karo-
mani doppelseitig 7.50, Po. Tisch
20.00, Anventur-Gitarrenpreis Teppich-
haus Lehnre, Drantenstraße 158. *
- Inventur - Extraliste** spotbilliger
Kettel gratis, Teppichhaus Emil
Lehnre, Drantenstraße 158. 282*
- Kleiderpinsel, Verflo, Spiegel,**
Spiegelbild, Säulenbänke, Vase-
llosa, ganze Wirtschaft, elegant, spot-
billig. Gartenstraße 85, I. links. *
- Tafel, größte** Auswahl, von
21 Mark an, direkt in der Fabrik
Blumenstraße 35 b. 363*
- Kinderwagen, Kinderbestellen,**
Sportwagen, gebraucht, zurückge-
kehrt, spotbillig. Schneider, Kur-
fürstenstraße 172. 2595*
- Milchgeschäfte - Einmachungen,**
Wäschel, Kammern, Waage, Wäschere,
Bügelmaschinen, Buttermaschinen usw.
billig Jordan, Michaelstraße 21.
- Teppiche mit** Gardinen, Kettel, Kettel-
niederlage Große Franzfurterstraße 9,
parterre. 137*
- Fahrräder, Teilzahlungen, In-
validentenstraße 148 (Eingang Berg-
straße), Große Franzfurterstraße 50,
Tallherstraße 40. 357***
- Nähmaschinen, Fahrräder, ge-
braucht, labels erhalten, spotbillig,**
Wasserauswahl Lombardhaus, Erd-
straße 16. 2595*

Reichgestickte Portieren, Filz-
4.85, Wollkörper 5.25, Tisch 8.85,
ganz Dekoratur. Inventur-
Räumungspreis. Teppichhaus Emil
Lehnre, Drantenstraße 158. 280*

1000 neue Nähmaschinen gebe auf
Abzahlung, ohne Anzahlung, Lang-
schiff, hochartig, komplett, mit
allen Apparaten. Elegante Aus-
stattung, drei Jahre reelle Garantie.
Wellmann, Gollnowstraße 26, nahe
der Landbergerstraße. Alle Maschinen
nehmen in Zahlung. 224*

Nähmaschinen ohne Anzahlung,
10.00 Vergütung, Vollreife, Breitholz,
Reichenbergerstraße 181. 2595*

Steppdecken biligst hochreife Große
Franzfurterstraße 9, parterre. 137*

Zigarrengeschäft, gutgehend, be-
sonderer Umstände daher veräußert.
Preis 1800, Dierßen L. K., Postamt
Friedenau. 1115*

Mit 3000 Mark Anzahlung ist eine
gute Brothefe durch Übernahme
eines alten Geschäftsräumung im
Schweini zu erwerben, oder mit
9000 Mark Anzahlung mein heutiger
Geschäft mit Bäckerei und Material-
warenhandlung. N. Dünz, Jäger-
str. 102. 2347*

Parrellosal, Zahnteil, Vereine,
sollt zu verkaufen, Kopenstr. 41. *

Das soll auch nicht mehr vor-
kommen, daß ich so anders hingeh.
In zwölf Geschäften bin ich ge-
wesen und habe keine passende Ge-
legenheit gefunden. Sie zeigen mir eine
Hole und die sagt, ich brauche noch
eine Einsegnungszahlung. Ich komme
wieder zu Schlimmer. 336*

Betten spotbillig, Dresdener-
straße 38, Michel. 2625*

Herrenanzüge, Lederzieher, wenig
genutzte Monatsgarderobe von
6 Mark an, große Auswahl für jede
Figur, auch neue zurückgekehrt, läuft
man am billigsten direkt nur beim
Schneidemeister Rühlingstr. 10. 363*

Wäsche, Bettgeschäfte, acht Jahre
bestehend, veräußert, Linienstraße 51.
1922

Fahrrad spotbillig Wienerstraße 37,
Restaurant. 2634*

Wäsche, Bettgeschäfte, acht Jahre
bestehend, veräußert, Linienstraße 51.
1922

Altes gangbares Zigarrengeschäft
ist umständelicher billig zu verkaufen.
Häcker Großh., Marktstraße 92.

Nähmaschinen, ohne Anzahlung,
vergütet noch bis 10.00 Mark bei Kauf
oder Kaufweis. Thleme, Franz-
straße 11. 146*

Seifengeschäft, Rolle, Topfgeschäfte
veräußert, 50.00, Kasse, Kugener-
straße 24. 110*

Kanarienvogel verkauft billig
Giermal, Reanderstraße 11. 87/15

Möbelverkauf, beste Gelegenheit
für Draufleute. Wegen Aufgabe einer
großen Wohnung sollen sämtliche
Möbel billig verkauft werden, dar-
unter geschmiedete Säulenbänke, An-
leiderbänke, Verflo, Kleiderbänke,
Tische, Stühle, Kuchentisch 25 Mark,
Ausgleichstisch 16, Holzstühle mit
Marmorplatte 26, Weisepflege 12,
Dresdenerstraße 45, hochfeines
Lackensola 50, Vaseklosa 70,
Säulenbänke 36, Rohreisenstühle
4.50, Garderobenschrank 38, Putz-
brettchen mit Marmortop und Kell-
ner Tisch 38, Teppich 5, Bilder, Gardinen,
Vorhänge, Betten, Steppdecken, Ver-
goldenes. Dresdenerstraße 38, vorn
II links. 87/15*

Widderverkauf in meiner Möbel-
fabrik Waldstraße 90/91, nahe Spittel-
markt. Anfolge des großen Umzugs
befinden sich am Lager diese zurück-
gekehrt und vertrieben gewesene Möbel,
die nie neu sind, Kleiderpinsel,
Verflo 27.00, Ausgleichstisch 16, Kuchel-
brettchen mit Marmortop und Kell-
ner Tisch 38, Tische 20, Vaseklosa 70,
Säulenbänke 36, Rohreisenstühle
4.50, Garderobenschrank 38, Putz-
brettchen mit Marmortop und Kell-
ner Tisch 38, Teppich 5, Bilder, Gardinen,
Vorhänge, Betten, Steppdecken, Ver-
goldenes. Dresdenerstraße 38, vorn
II links. 87/15*

Uhr als Zugabe erhält Käufer einer
Nähmaschine ohne Anzahlung, Woche
1.00, gebrauchte 12.00, Kopen-
straße 60/61, Große Franzfurter-
straße 43, Dresdenerstraße 59/60. *

Möbelfabrikerei liefert geschmack-
volle Wohnungsrichtungen sowie
einzelne Möbel, moderne Küchen,
Große Auswahl, kein Laden, nur
Keller und Hinterzimmer, Teilzahlung,
Karnas, Tischlermeister, Dresdener-
straße 124. 309*

Waisenfürsorge, blutbildend, für
Blutarme, Brustkranke, Schwäche,
Gewichtszunahme, bessere Gesichts-
farbe, überausbillig, 14 Flaschen
3 Mark, 1/2 Tonne 3.50, Kasse,
Pflast, Pfaffenstraße, Qualität ent-
scheidet. Vortier-Kellerei Ringler,
Bismarckstraße 119. 371*

Verschiedenes.

- Sprachen, Deutsch, Französisch,**
Englisch, Lehrstuhl Karlstraße 26. *
- Pfandverkauf** Dammann, Dranten-
straße 57, Korioplatz, Kat in Pfand-
sachen. 2595*
- Auspoßierung!** Sofa 5.00, Matratze
4.00, auch auserm Kaufe, Dammann,
Blumenstraße 35 b. 363*
- Platinaabfälle** kauft Linden-
straße 103. 2595*
- Platina, alte** Goldschm., Strauß-
gold, Silber, Gebisse, alte Uhren,
Kleingold, Kettegold, Stanggold,
alte Treffen, Brillanten, Pfand-
schmelze, Staniolabfälle kauft Gold-
schmelze Brod, Wrangeifstraße 4,
Telephonamtamtamt IV, 6058. *
- Platina, gebrauchte** Jahre, aller-
höchste Preise, Kadestraße 174 II,
nicht haben. 2520*
- Cherzierer!** Saal frei, Großes
Bereinszimmer. Annenstraße 16. *
- Bereinszimmer**, großes, zu
Einquenzen und Abends Dienstag,
Sonnabend, Sonntag zu vergeben
Invalidentenstraße 146. 112*
- Wäsche** wird sauber gewaschen, im
Keller getrocknet, Latex, Leinwand
0.10, Abholung Sonnabends, Emil
Vandrat, Köpenick, Müggelheimer-
straße 40. 2616*
- Wachsmantel** Frau Sathe, Köpen-
ick, Müggelheimerstraße 23, tollst
lauber und glückselig, getrocknet im
Keller, Latex, Leinwand, vier Hand-
tücher 0.10, Abholung alle Tage.
- Ich** kauft Möbel, Nähmaschinen,
Bartierwaren, hochartig, reich,
Bismarckstraße 20. 2626*
- Bereinszimmer** alle Abende frei,
Gimonsstraße 23. 2626*
- Vandouin,** Musikverein, Juch
Mitglieder aller Instrumente, Frei-
tag abends 8 1/2, bei Volkstein, Salz-
weberstraße 16. 155.
- Rehme** hiermit die Beleidigung
gegen Frau Kelle zurück. Frau
Kellmann. 1106
- Maurern, Zimmerer** erteilt
Heisenerunterricht, abends, Kuchentisch,
Lichtenbergerstraße 7, II. 87/19
- Pfandleihen, Pringenstraße 63,**
täglich 8-9, Sonntag bis 2. 368*
- Bereinszimmer** 25, 40, Saal
150 Personen, Pianino, zwei Regal-
bahnen, vergibt Redewig, Alte Jakob-
straße 83. 364*

Zimmer.

- Möbliertes** Zimmer an Herrn
vermietet Kötter, Vogelhäuserstraße 3.

Arbeitsmarkt.

- Stellengesuche.**
Gülich, Humorist, Reinstraße 1a.
- Stellenangebote.**
Wormschneider auf Möbel-
platten verlangt Kaffe, Lindenstr. 12. *
- Gut** empfohlene, redegewandte
Herren, welche sich dem Versicherung-
fach, auch Feuer- und Einbruchdiebstahl-
Berufung widmen wollen, und
der 20/3. auf feste Anstellung mit
Kauf und Provision reflektieren,
besuchen ihre Adresse unter Angabe
bisheriger Tätigkeit unter T. 737,
Gertmanns Annoncenbureau, Alexan-
derplatz 1, niedergelegen. 132/15
- Kernschneider** verlangt Jücker,
Staßfurterstraße 9. 87/13
- Vollreife, Keller und Schlichter,**
Ausbücker auf Kattunstoffe verlangt
Stoßfabrik, Ritterstraße 59. 26215
- Petroleumfabrikant**, die nur
Vollreife beschäftigt, sucht per so-
fort einen zuverlässigen, energischen
Klempner, der die Brennerbrände
genau kennt, als Werkmeister. Den
Offerten unter Klumpner in Dray-
manns Annoncenbureau, Köpenick-
straße 32, sind Gehaltsanprüche und
Angaben bisheriger Tätigkeit beizu-
fügen. 26276
- Tüchtiger** Buchbinder-Klempner
bei gutem Lohn und dauernder Be-
schäftigung verlangt bei J. Schaub,
Staßfurterstraße 18. 87/17
- Zehn** ansässiger Eltern, der Lust
hat, in Gradow 12 die Dreherei
und Holzabholerei gründlich zu
erlernen, wird gesucht. Offerten unter
W. 8 an die Expedition des „Nordd.
Volksbl.“ 26278
- Lehrdamen, Köchinnen, Plusen**
nachher Beschäftigung. Blumen-
straße 9. 87/20*
- Frauen** finden durch Teilungs-
antrag dauernde und lohnende
Beschäftigung, Webungen Schneid-
straße 24/25. 88/1*
- Radet, Köchinnen, Rodarbillerin,**
auch zum Lernen, Apfel, Glogauer-
straße 20. 26256
- Staubfächer, Kamellen, Bänder,**
Küdersdorferstraße 49. 26235*
- Tuchreinerin, tüchtige,** verlangt
Erdre, Hochstraße 43. 26226
- Mamells** auf Valentin 1.40-1.75
verlangt Schmidt, Dberbergerstraße 7.
- Lehrbillerin** auf Kleider verlangt
Wendel, Köpenickstraße 12. 71*
- Inhaberin** gesucht Holzburger-
straße 8, Gartenhaus III, Berlin
11-1. 2574b
- Frauen** finden durch Teilungs-
antrag dauernde und lohnende
Beschäftigung, Webungen Schneid-
von 9-12 Uhr Ködingerstraße 66/57 I.
- Frauen** finden durch Teilungs-
antrag dauernde und lohnende
Beschäftigung, Webungen Schneid-
Geurigerstraße 12. 87/4*

Redakteur gesucht!
Für das „Norddeutsche Volksblatt“
suchen einen Redakteur für den politi-
schen Teil. Rednerische Fähigkeiten
erwünscht. Eintritt 1. April oder
später. Bewerbungen unter Angabe
der Gehaltsansprüche sind zu richten
Verlag des „Nordd. Volksbl.“
Paul Hug & Co.
Bant in Oldenburg. *

Partei-Sekretär
für einen Bezirk Südwestdeutschlands
gesucht. Eintritt nach Uebereinstim-
mung. Anfangsgehalt exkl. Speje und Reise-
kosten 2000-2500 Mk. pro Jahr. Be-
werbungen sind bis zum 15. März
unter der Chiffre „Partei-Sekretär
für Südwestdeutschland“ an die
Expedition dieses Blattes einzu-
senden. 26275

Bureau-Beamter
wird für eine größere Ordnen-
kasse gesucht. Derselbe muß mit der
Rechnung, dem Aktienwesen und der
Verwaltungsdienste vertraut, sowie
zur selbständigen Korrespondenz be-
fähig sein. Bevorzugt werden Herren
die in Bureau von Rechtskonsulten
vorgeschult sind und dort selbständig
Tätigkeit verrichtet haben.
Das Anfangsgehalt beträgt monat-
lich 125 Mk. und die Anstellung ge-
schieht zunächst auf Probe.
Offerten mit ausführlichem Lebens-
lauf und Zeugnisabschriften sind unter
S. 8 in der Expedition dieser Zeitung
niedergelegen. 2619*

2 tüchtige Sattler,
auf Zusatzgeschirre eingearbeitet, für
sollt oder bald für dauernd gesucht.
Dahle Reiffofen vergütet. 2912*
Friedr. Leidiger, Duisburg.

Flotte Fabrikarbeiter
für Wendearbeit sucht
132/14
Emil Pinner Nachfolger,
Koch, Schulstraße, Dierßenstr. 41.

Filzschuhmacher,
erste Kraft, sucht
132/13
Emil Pinner Nachfolger,
Koch, Schulstraße, Dierßenstr. 41.

Rahmenmacher!
Die Firma Gost u. Co., Kurfürsten-
straße 146, ist für Rahmenmacher,
Tischer, Polierer, Glaser, Vergolter
und Buchbinder wegen Differenzen
gepisert.
17/14 **Die Ortsverwaltung.**

Musikinstrumenten-Arbeiter,
Tischler u. Polierer!
In der Piano-Abteilung von Kösener
befinden sich die Kollegen noch im
Streit. Der Betrieb ist für sämtliche
Arbeiter gesperrt.
Die Rechnerkommission.
Stockarbeiter!
Die Arbeiter der Firma Julius
Friedrichstr. 15 u. Lindenstr. 102.
befinden sich im Streit. 18/16*
Zugung ist fernzuhalten!
Die Ortsverwaltung.

Lokales.

Som Armenwesen im neuen Stadthaus-Etat.

Der den Etat der Stadt Berlin mit dem Auge eines Durchschnitts-Freimünnigen ansieht, der wird über eine ganze Reihe von Ausgaben das bedauernde Urteil fällen: „Schade um das schöne Geld, das da verpulvert wird.“ Das gilt besonders vom Armenwesen, das ja dem Freimünnigen von jeher eine Quelle des Verdrußes war. Freimünnigen Anschauungen ist es von Grund aus zuwider, daß die Stadt den Armen eine Leistung gewähren soll, für die sie von ihnen keine Gegenleistung empfängt. Dabei gefühllos übersehen wird, daß öffentliche Armenpflege und auch private Wohltätigkeitsübung bei Dichte betrachtet nicht etwas „schenken“, sondern nur eine besondere Form darstellen, in der die besitzende Klasse der besitzlosen Klasse einen Teil des ihr vorenthaltenen Ertrages ihrer Arbeit aus „Gnade“ schließlich doch noch zukommen läßt.

Diesmal können die freimünnigen Stadtväter bei der Durchsicht des Armenetats wenigstens die Freude haben, daß er nicht mehr ganz so arg wie in den letzten Jahren gestiegen ist. Das ist doch ein kleiner Trost für sie, nachdem sie so lange sich darüber haben ärgern müssen, daß die Armenlisten — dank der freimünnig-umgizalen Kommunalpolitik, die sie selber in den Jahren der Wohnungsnot und des Arbeitsmangels getrieben hätten — immer gewaltiger answollen. Im Jahre 1905 will die Stadt für ihr gesamtes Armenwesen 15 867 876 M. ausgeben, nur noch 777 487 M. mehr als im Vorjahre. An Einnahmen werden 1 760 448 M. erwartet, mithin sind 14 116 928 M. zuzuschließen. Von den Ausgaben kommen auf den in Spezialetat 20 zusammengefaßten Teil des Armenwesens, der hauptsächlich die offene Armenpflege umfaßt, allein 11 134 400 M. Die Armenkommissionen sollen hierzu 9 240 000 M. verteilen als Monatsbeträgen, monatliches Pflegegeld für die bei der Mutter belassenen Waisen, außerordentliche Unterstüßungen usw. Die Ansätze sind hier nur noch wenig höher als für das Vorjahr — die Erläuterungen zum Etat sagen: „mit Rücksicht auf die Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse“.

Die Siedehauspflege (Ausgabe 911 233 M.) möchten wir eher zum Gesundheitswesen rechnen, die Waisenfürsorge engeren Sinnes (1 576 470 M.) sowie die Unterbringung von Verwaisteten (606 685 M.) eher zum Erziehungs- und Unterrichtsweisen; aber alles das gilt immer noch als ein Teil des Armenwesens. Die Anzulänglichlichkeit der vorhandenen Siedehäuser tritt überall in dem Etat zutage, in immer größerem Umfange muß die Anstaltspflege als Notbehelf dienen. Beachtenswert ist auch die in den Erläuterungen enthaltene Mitteilung, daß in letzter Zeit „auffallend viele schwer kranke Leute“ aufgenommen worden sind. Manche davon hat wahrscheinlich wegen Platzmangels warten müssen, bis er sich in allerletzten Stadium seines Stadiums befand. In der Waisenfürsorge begegnen wir der befreundlichen Erscheinung, daß man ohne Not aus der vorhandenen Anstalt immer mehr Kinder herausnimmt, um sie in Familien zu geben. Man sagt, das sei zweckmäßiger, aber vor allem ist es billiger, und das ist ja die Hauptsache. Die Mummelburger Anstalt ist schon jetzt fast nur noch Kasern.

Aus dem Obdach und dem Arbeitshause, auf die von den Ausgaben 408 322 M. und 791 266 M. kommen sollen, ist diesmal nichts Neues von allgemeinerem Interesse zu melden. Für 1905 richtet das Obdach, wenigstens die Abteilung für nächtliche Obdachlose, sich auf eine etwas geringere, das Arbeitshaus sich auf eine höhere Frequenz als im letzten Jahre ein. Sehr viel Wirkung scheint man von der „Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse“ doch noch nicht zu erwarten. Obdachlosensicht und Arbeitshaus sind zwei Dinge, die eigentlich überflüssig sein sollten. Aber so lange der Kapitalismus herrscht, wird man ihrer allerdings schwer entraten können.

Der Ausschuss für die in den Etat für 1905 anzunehmenden Gehaltsveränderungen tagte am Mittwoch, den 1. März, nachmittags 5 1/2 Uhr, im kleinen Sitzungszimmer der Stadtverordneten unter Vorsitz des Stadtv. Wallach. Der Ausschuss erledigte, ehe er in eine Generaldiskussion eintrat, das Gehalt des Magistratskonsulten und Kanzleigehülfen (Vohnschreiber). Der Magistrat schlägt vor, das Anfangsgehalt der Magistratskonsulten auf 1600 M. zu bemessen bei einem Höchstgehalt von neun Vogen pro Tag, das Höchstgehalt von 2500 M. in 14 Jahren zu erreichen; das Einkommen der Kanzleigehülfen (Vohnschreiber) bei einem Höchstgehalt von 11 Vogen pro Tag von 3 auf 4,50 M. pro Tag zu erhöhen. Von Magistratsseite wurde darauf aufmerksam gemacht, daß die Stellen als Magistratskonsulten nur von Militärärzten besetzt werden dürfen, und dadurch die immerhin nicht unbedeutenden Ungleichheiten nicht zu beseitigen sind, die von allen Seiten lebhaft bedauert wurden. Von einem Mitgliede wurde vorgeschlagen, das Gehalt der Magistratskonsulten um 200 M. herabzusetzen. Unter Ablehnung dieses Antrages wurde die Magistratsvorlage gegen 2 Stimmen angenommen und die Petition zu diesem Punkt als erledigt erachtet.

Kumme wurde in die Generaldiskussion aller übrigen Beamtenkategorien eingetreten. Stadtverordneter Singer bedauerte, daß in der Vorlage des Magistrats eine Beamtenkategorie ganz übergegangen ist, es sind die Bureau-Hilfsarbeiter, die sich einst ihre Beamtenqualität erkämpft haben. Folgende Resolution wird von den sozialdemokratischen Mitgliedern des Ausschusses eingebracht und mit zur Debatte gestellt.

- Die Versammlung ersucht den Magistrat:
1. Koch für den Etat 1906 eine Gehaltsaufbesserung für die Hilfsarbeiter in Vorschlag zu bringen.
2. Davon abzusehen, daß bei den nach dem 31. März 1905 anzustellenden Magistratssekretären eine Gehaltsherabsetzung des Endgehaltes eintritt.

Vom Magistrat wurde ausgeführt, daß die Vororte wie Charlottenburg, Schöneberg, Wilmersdorf usw. den Beamten bessere Anstellungsbedingungen bieten. Vom Vorsitzenden wurde entgegnet, wenn die Stellen in den Vororten alle besetzt sind, Berlin noch Beamten genug erhalten wird. Dem gegenüber wurde mit Recht sozialdemokratischerseits darauf aufmerksam gemacht, daß es Berlins nicht würdig sei, zu nehmen was die Vororte übrig lassen.

In der Spezialberatung erörterte man zuerst die Verträge der Magistratssekretäre. Der Magistrat beantragt 2400 M. Anfangsgehalt mit einem Höchstgehalt von 5100 M., in 22 Jahren zu erreichen. Singer beantragt, das Höchstgehalt auf 5300 M. in 24 Jahren zu erreichen. Vom Vorsitzenden wurde sowohl dem Antrage des Magistrats wie auch dem Antrage der Sozialdemokraten widersprochen.

Ein weiterer Antrag des Stadtverordneten Barth besagt, das Anfangsgehalt auf 2300 M. festzusetzen; das Höchstgehalt auf 5300 M. in 24 Jahren. Von sozialdemokratischer Seite wird ausgeführt, es ist notwendig, das Anfangsgehalt zu erhöhen; aber nicht einverstanden können wir uns erklären, am Endgehalt, wie der Magistrat vorschlägt, zu sparen. Es würde auch nicht richtig sein, diejenigen, die nach dem 1. April 1905 eintreten, schlechter zu stellen, als diejenigen, die vor dieser Zeit eintraten.

Der Antrag Singer mit der Magistratsvorlage wurde mit 7 gegen 3 Stimmen angenommen.

Die preussische Gafrenndchaft. Eine Liste von vierunddreißig aus Berlin ausgewiesenen lästigen Ausländern wird wiederum im „Zentral-Polizeiblatt“ veröffentlicht. Siebzehn der lästigen Personen sind russische Staatsangehörige, unter diesen ist ein Kind im Alter von sieben Jahren. Vierzehn Personen sind Oesterreicher, zwei Italiener (beide Drehschloßler) und ein Schweizer.

Der Bau des Letow-Spietals hat in der letzten Zeit bedeutende Fortschritte gemacht. Zwischen Tempelhof, Brigg und Arzdorf, wo die Ueberführung der alten Straße zwischen Brigg und Tempelhof

große Schwierigkeiten bietet, ist ununterbrochen Tag und Nacht gearbeitet worden. In Treptow, an der Ausmündung des Stiekanals in die Obersee, wird die Anlage eines Hofens Treptow-Nieder-Schneide und einer Zufahrt bzw. Ladestraße geplant. Die Verhandlungen darüber schweben noch.

Das Attentat eines Dienstmädchens.

Einen Messerangriff auf ihre Madame und einen Selbstmordversuch unternahm gestern morgen 7 1/2 Uhr das am 6. Januar 1887 geborene Dienstmädchen Verta Haberecht, das aus Schlefien stammt und seit dem 1. Januar bei den Kaufmann Erberichs Eheleuten in der Rittenwalderstr. 14 in Stellung war. Der Kaufmann Erberich ist Vertreter einer Porzellanfabrik in Baldeburg und ging am Dienstagmorgen auf Reisen. Seine 92 Jahre alte Ehefrau Klara, der zehn Jahre alte Sohn Hans und die fünfjährige Tochter Margarete waren mit dem Dienstmädchen allein in der Wohnung. Frau Erberich vernahm Dienstag einen Schmuckgegenstand und beschuldigte das Mädchen des Diebstahls, ohne aber Anzeige zu erstatten. Gestern morgen um 7 1/2 Uhr war Verta Haberecht, die in einem Raum neben der Familie schlief, noch nicht aufgestanden, als die Frau ihr aus dem Bett heraus zurief, daß es nun endlich Zeit zum Aufstehen sei, da der Junge in die Schule müsse. Das Mädchen antwortete der Frau, sie möge nur ruhig sein, gestern habe sie die Beschuldigung wegen Diebstahls erhoben, und heute mache sie schon wieder lärm. Wenn sie nun nicht aufhöre, würde sie mit einem Messer ihr die Ruhe beibringen. Gleichzeitig sprang das Mädchen aus dem Bett heraus und erschien mit einem spitzen und scharfen Küchenmesser im Schlafzimmer der Familie. Frau Erberich und die beiden Kinder verließen nun auch die Betten, als die Haberecht sich auf Frau Erberich stürzte und ihr einen Messerstoß oben in die rechte Schulter beibrachte. Frau Erberich hielt das Mädchen fest und schob es auf den Flur nach der gegenüberliegenden Küche, erhielt aber dabei noch vier Stiche, einen in den Rücken, einen in die rechte Hand und zwei in das Gesicht. Unter lauten Hilferufen gelang es der Frau, das hofwärts belegene Fenster der Küche — die Wohnung befindet sich zu ebener Erde — zu öffnen. Darauf stiegen zwei junge Leute, der Koch Kahlbrodt und der Kaufmann Schirmer, die ebenda wohnen, durch das Fenster in die Wohnung und rissen das wütende Mädchen von der Frau fort und schoben es in das Badezimmer neben der Küche. Dort brachte sich das Mädchen, dem in der Eile das Messer nicht abgenommen war, zwei schwere Stiche in den Hals bei. Inzwischen wurde das 67. Polizeirevier in der Joffenerstraße benachrichtigt, von wo der Vorstand, Polizeileutnant Stabion, mit mehreren Beamten und zwei Ärzten am Tatorte anlangte. Ein Arzt widmete sich der verwundeten Frau, der andere verband die Haberecht. Dann wurde das Mädchen, das keine Antworten gab, unter Bedeckung von zwei Polizeibeamten in einen Krankenwagen als Polizeigefangene nach der Charité gebracht. Dort wurden die Verwundungen als gefährlich festgestellt. Die zwar schwer, aber nicht lebensgefährlich verwundete Frau Erberich blieb in ihrer Wohnung und wird von einer Bekannten gepflegt. Das Messer, mit dem das Mädchen die Missetat verübte, wurde von der Polizei als Beweismittel beschlagnahmt.

Deutsche Arbeitswillige nach Russland? Gefälligkeitsdienste für Ausland leistet jetzt, wie die „Votd. Korz.“ meldet, die Potsdamer Gasanstalt, welche zur Deutschen Kontinental-Gasgesellschaft in Dessau gehört. Schon vor einigen Wochen wurden vier ihrer Arbeiter nach Warschau geschickt, um bei der dortigen Gasanstalt während des Streiks Hilfe zu leisten, und am Anfang dieser Woche wurden abermals 13 Arbeiter dorthin geschickt. Uns wundert sehr, daß sich in Potsdam Arbeiter zu so bedenklichen Diensten hergeben.

Die Lage des Bauunternehmers John aus Fürstentwale, welcher den Raubanfall auf den Rassenboten Schmaßl verübte, erscheint keineswegs so günstig, als bisher gemeldet wurde. Die heute aus Fürstentwale mitgeteilt wird, hat John schon seit einem Jahre seine Zahlungsverbindlichkeiten mit Regesten erfüllt, deren Einlösung häufig mit Schwierigkeiten erfolgte; er hat sich auch vielfach Geld geliehen. Vierzehn Neubauten, die er ausführt, sind sein Eigentum. Seine Verwandten behaupten, daß er schon seit einiger Zeit Spuren von Geistesgeheuertheit gezeigt habe.

Eine Schwindelfirma. Auf der Straße verhaftet wurde gestern der Mitinhaber einer Schwindelfirma, der Kaufmann Ernst Diege aus dem Hause Planufer 59. Seine Wirtshaus Regenstein und Gleschinski waren bereits vor einigen Tagen festgenommen worden. Diege und Regenstein, zwei gleich geartete Naturen, hatten sich in Strafgesängnis Plöbensee gefunden. Diege war schon vorher im Justizhause gewesen und Regenstein hatte einen betrügerischen Bankrott zu verzeichnen. Beide wurden fast zu gleicher Zeit entlassen und gründeten das Geschäft in der Wassertröfstraße. Ihr Schwindelgeschäft brachte bald bares Geld ein, so daß sie außerordentlich glanz entfalteten konnten. Auf ihre Firmabogen standen Transatlantische in Amsterdam, Rotterdam und Triest. An Schreibmaschinen saßen vier Mädchen, die aus Fachzeitschriften Angebote von Fabriken heraus schnitten und die Firmen dann um „bemusterte Anstellungen“ ersuchten. Täglich gingen über 500 Briefe hinaus, die nach und nach die Erfolge vermehrten. Von einem Anknüpfungsbogen bezogen sie gegen sofortige Bezahlung 100 Auskunftsjetzettel über sich selbst und verschickten sie nach auswärts. Auf Grund der „bemusterten Anstellungen“ gaben sie dann große Aufträge an Automaten, Kamelsharen, Vorhängen, Schreibmaschinen, Kohlen, Automaten, Spielwaren, bezogen sogar ganze Waggons Kartoffeln und vieler Sportarten. Die Lieferanten mußten drei Monate Ziel geben. Auf diese Zeit war der Schwindel nur berechnet, und die Betrüger hatten Hunderttausende vereinnahmt. Geschädigte mögen sich bei der Kriminalpolizei melden.

Ordnungskampf gegen die Polen. Polizeilich verboten wurde die Aufführung des polnischen Lustspiels „Herr Geldhab“ von Alexander Grafen Fredro, die für den letzten Sonntag von einer Anzahl von Dilettanten unter Leitung des polnischen Schauspielers Stanislaus Szatowski geplant war. Die Vorstellung sollte im „Englischen Garten“ in der Alexanderstraße stattfinden. Die Zuschauer aus allen Schichten der Berliner Polenkolonie, die sich in großer Zahl eingefunden hatten, um einer Theateraufführung in ihrer Muttersprache beizuwohnen, mußten umkehren, da am Eingange zum Lokal ein Plakat prunkte: „Die Vorstellung findet wegen polizeilichen Verbotes nicht statt.“

Der Vorsitzende des deutschen Tabakvereins, Frankfurt a. M., Hohenzollern-Platz 12, ersucht uns, folgende Mitteilung zu bringen: „Von einem dortigen Bureau für Zeitungsausfuhren wird mir ein Bericht der „Staatsbürger-Zeitung“ in Berlin zugehendet, in welchem von einem in Plakatform in den dortigen Tabakgeschäften verbreiteten Flugblatt die Rede ist. Dieses Flugblatt, welches ich nicht kenne, soll zunächst von dem amerikanischen Tabak-Trust und der Georg A. Jasmahi Alien-Gesellschaft in Dresden sprechen, und sich sodann gegen einige dortige Zigarettenfabriken wenden, deren Inhaber Juden sind. Das Flugblatt soll die Unterschrift tragen „Der Vorstand des Tabakvereins“. Ich bemerke ergebenst, daß der Deutsche Tabakverein diesem Flugblatt in jeder Beziehung fernsteht, und daß augenblicklich sein Name in dieser Sache in schändlicher Weise mißbraucht worden ist. Wir werden versuchen, die Urheber dieses Mißbrauchs zu ermitteln, und das weitere zu veranlassen.“

Zeugen gesucht. Personen, welche am 5. November v. J. vor der Fabrik von Frau v. Gliemke, Quirin-Platz 34, beobachtet haben, wie eine Person die Passanten mit einem Messer bedroht, werden dringend gebeten, ihre Adresse an das Bureau des Metallarbeiter-Verbandes, Engel-Platz 15, I einzufenden.

In der Verhaftung des Ausschreibers Arnold K. aus der Perlebergerstraße ist mitzuteilen, daß es sich um einen völlig ungerechtfertigten Verdacht handelt. K. steht zu dem angeblichen Stillschleichenverbrechen in keiner Beziehung, und er wurde daher bald nach seiner Verhaftung wieder entlassen.

Abermals eine verdrachte Krankenkasse. Der Polizeipräsident gibt bekannt, daß das Gewert der Stadt Noftod als Aufsichtsbehörde über die Norddeutsche Kranken-Versicherungskasse „Sanitas“ (Eingeschriebene Hülfskasse) zu Noftod am 22. Februar d. J. bei der höheren Verwaltungsbehörde die Schließung der Kasse beantragt hat. Vertreter der Kasse in Berlin ist Franz Starbath, Zehrbellinerstraße 94, I.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Am 1. d. M., vormittags 7 1/2 Uhr, wurde am Mühlendam die Leiche eines unbekanntes Mannes, anscheinend dem Arbeiterstande angehörend, aus der Spree gelandet und nach dem Schauhanse gebracht. Beschreibung: ziska 1,68 Meter groß, ungefähr 40 Jahre alt, dunkelblondes Haar, rot-blonden Schurrbart, schwarze Tuchhose und Weste, rotgestreiftes Parachendhemd, Hofenträger, auf deren Schnalle „Hercules“ eingegräbt ist, schwarze Hitzstiefeln mit Schmalenverschlüssen. Die Leiche dürfte ungefähr vier Tage im Wasser gelegen haben. Die Leiche ist im Leichenschauhanse öffentlich ausgeflekt und molken Personen, die die Persönlichkeit des Toten zu identifizieren vermögen, dort ihre Angaben machen.

Straßensperrung. Die Straße am Augustenburger Plage von der Föhler- bis zur Annumerstraße wird behufs Asphaltierung vom 2. März d. J. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Ein seltsamer Straßenbahn-Unfall ereignete sich gestern nachmittags in der Königsstraße am Alexanderplatz. Der in der Magazinstr. 18 wohnende kleiner Fischer wollte sich nach dem Bahnhof Alexanderplatz begeben, und versuchte unmittelbar vor dem langsam fahrenden Straßenbahnwagen Nr. 1500 der Linie Dönhofsplatz-Weihensee den Fahrdamm zu überschreiten. Hierbei war Fischer so unvorsichtig, daß er gegen die Schutzweisse am der Vorderplattform des Motorwagens lief, er wurde zurückgestoßen und gegen die Vorderplattform eines auf dem Nebengeleise herankommenden Straßenbahnwagens der Linie 17, Danzigerstraße-Weißelstraße, geschleudert. Fischer erlitt eine anscheinend leichtere Verletzung an der Stirn und konnte sich nachdem er sich auf der Unfallstation in der Reibelstraße einen Rotverband hatte anlegen lassen, nach seiner Wohnung begeben.

Feuerbericht. Nur wenig Alarmierungen hatte die Wehr in den letzten 24 Stunden zu verzeichnen. Nach der Kniprodstr. 120 wurde sie gerufen, weil hier Wohnernasse in Brand geraten war. Die Gefahr konnte leicht beseitigt werden. — Allerlei Gerümpel, Lampen etc. hatten dann in der Mühlendorferstr. 4 in einem Keller Feuer gefangen, während unter den Linden 21 ein Schornsteinbrand beobachtet werden mußte. — Unfug am öffentlichen Feuermelder lag einer Alarmierung zugrunde, die nachts die Wehr nach der Poststr. 21/22 führte. Leider gelang es nicht, den frebelhaften Vorfällen bei ihrem lichtschuen Treiben abzufassen. — Außerdem hatte der 16. Löschzug dann noch in der Reinoldendorferstr. 64c mit der Ablösung eines Wohnungsbrandes zu tun. Wöbel, Betten und Kleidungsstücke wurden hierbei im wesentlichen beschädigt.

Ein neues Magdalenentum etabliert sich. Bisherinnen sind diese Magdalenen eigentlich nicht, und soll von ihren Sünden gesprochen werden, so ist es das Publikum, das diese Sünden büßen muß. Da ist Madame Magdeleine G. als Trauntänzerin im Theater des Westens aufgetreten und die Kritik der Berliner Blätter hat sich mit dem künstlerischen Auf, der dieser Dame vorausgegangen war, wie überhaupt mit der ihr beigegebenen künstlerischen Bedeutung eingehend beschäftigt. Der Trauntanz war zu Ansehen gekommen wie vor zwei Jahren der Cafe walk, und es trat ein, was immer eintritt, wenn einer erst auf der kühnen Bahn vorangegangen ist. Es folgten andere, die auch das Trauntanzen plötzlich heraus hatten. Das ist von künstlerischer und noch mehr von wissenschaftlicher Bedeutung, denn die hat mitgenommene Bazillienkategorie erhält eine neue Stütze. Bei solchen Krankheiten ist es kaum anders möglich, als daß ein Bazillus oder ein ähnlicher unsichtbarer Käfer seine Hand im Spiele hat und dem Bedarf der Theaterdirektoren an krankhafter Kunst Rechnung trägt. Daß solche Ausbreitung des Seuchens herdes die ursprüngliche Besitzerin der Krankheit mit sehr gemischten Gefühlen erfüllt, ist begreiflich, denn man hat auch im Traun sein bißchen Künstlerstolz und möchte das Mädchen ohnegleichen bleiben. Der Madame Magdeleine G. folgte auf dem Fuße die Schloftänzerin Mabelaine B.; wie jene im Theater des Westens, so tritt diese im National-Theater auf. Da schreibt uns denn Madame G.:

„Im „National-Theater“ wird eine „Original-Schloftänzerin“ angekündigt, die meinen Namen in großblättriger Weise mißbraucht, um Irrtümer beim Publikum wachzurufen. Ich gestatte mir darauf hinzuweisen, daß ich als Madame Magdeleine G. in München, Stuttgart und erst am letzten Sonntag im Hoftheater zu Dresden aufgetreten bin und von der berechtigten Berliner Kritik bei meinem Auftreten im „Theater des Westens“ auf das Liebendwürdigste aufgenommen wurde.“

Und scheint, daß Madame G. sich umsonst aufregt. Was Madame B. im Schlofe dem Publikum bietet, ist derart, daß an ein baldiges Erlöschen der Epidemie zu denken ist. Artistisches Behagen gewährt der Schloftanz nicht. Hat der Begleiter der Dame, die gestern nachmittags einem geladenen Publikum vorgeführt wurde, recht mit seiner Behauptung, daß sie ihre Bewegungen willenlos ausführe, so kann das am Ende dem Arzt interessieren, aber nicht die Öffentlichkeit. Im anderen Falle rechtfertigt sich erst recht nicht das öffentliche Auftreten, da der weiteren Versicherung des Herrn Impresario, daß Madame B. bis zur Stunde ihrer Entbindung nicht einmal Polka Mazurka habe tanzen können, ohne weiteres zu glauben ist.

Theater. Im Apollo-Theater ist heute die Erstaufführung der Operette „Das Weidenmädchen“. Herr Hofkapellmeister Professor Hellmesberger wird die ersten Vorstellungen dirigieren. — Im Lustspielhause ist heute Donnerstag die 100. Aufführung von Radeburgs Lustspiel „Der Familientag“. — Alfred de Musset, den Heinrich Heine den größten lyrischen Poeten genannt hat, ist der nächste Dichterabend des Schiller-Theaters im Bürgerkaafe des Rathauses gewidmet. Den einleitenden Vortrag wird Herr Dr. Edgar Alfred Regener halten.

Aus den Nachbarorten.

Charlottenburg. Die Stadtverordneten-Versammlung nahm zunächst einige Mitteilungen entgegen; bei derjenigen über die Volkshilfsbibliothek kennzeichnete Genosse Vogel die Ungerechtigkeit des Magistrats, der sich dem schon oft geäußerten Wunsch nach Auslegung politischer Zeitungen zäh widersetzt. Bürgermeister Matting erklärte die Erfüllung dieses Wunsches in echtem Geheimratstone als zurzeit unzulässig wegen zu enger Raumverhältnisse. Die Angelegenheit wird jedenfalls nicht von der Tagesordnung schwinden, bis unser im Interesse der Bevölkerung gefälltes Verlangen erfüllt ist.

Der Betrieb der öffentlichen Abortanstalten wurde Herrn Proh bis zum 31. März 1905 verpachtet. Vor einem Jahre wurde die Verpachtung nur für ein Jahr genehmigt, und der Magistrat auf Antrag unserer Genossen aufgefordert, auf bessere Arbeitsbedingungen der Wartefrauen zu dringen. Obwohl nun ihre Löhne nicht erhöht sind, meint der Magistrat doch, weil sie zwei Tage im Monat Urlaub erhalten, seien ihre Verhältnisse so gut, daß man sie dem Unternehmer ruhig auf mehrere Jahre ausliefern könne, zumal der eigene Betrieb — die Stadt müßte selbstverständlich einigermassen



Waarenhaus Hermann Tietz

Leipzigerstrasse 46-50. — Krausenstrasse 44-49.

Donnerstag
Freitag
Sonnabend

Vorzugs-Preise

Soweit der
Vorrat reicht.

Glas

Compotieren	12 14 32 45 65 Pf.
Kuchenteller	70 85 Pf.
Compotteller	12 14 Pf.
Butterdosen	22 Pf.
Käseglocken	38 45 Pf.
Honigdosen	18 Pf.
Citronenpressen	9 12 Pf.
Traubenspüler	60 Pf.
Wassergläser	5 6 Pf.
Kleeblatt - Bierbecher	0,2 1/4 0,3 1 9 10 12 Pf.
Zuckerschalen	15 20 Pf.
Glasteller	5 Pf.
Käseglocken geschliffen	45 75 Pf.
Compotieren geschliffen	45 55 70 85 95 Pf.
Glasteller geschliffen	18 20 Pf.
Wassergläser geschliffen	20 Pf.
Weingläser geschliffen	20 Pf. crystal 22 25 Pf.
Gambinustulpen crystal	32 Pf.
Victoriabecher mit Goldrand	0,2 1/4 1 25 Pf.
Römer	25 32 Pf. crystal gravirt 85 Pf.

„Kronenglas“

Porzellan

Theekannen	25 55 Pf.
Kaffeekannen	55 75 Pf.
Zuckerdosen 12 Pf.	Menagen 3 teilig 15 Pf.
Teller tief und flach	18 20 Pf.
Terrinen	1 ²⁵
Ragoutschüssel	68 85 Pf. 1 ²⁵
Saucières	55 Pf.
Kaffeesevice für 6 Personen	2 ⁵⁰ 2 ⁷⁵ 3 ⁵⁰
Tafelservice fein decorirt, 80 teilig,	16 ⁵⁰ 19 ⁷⁵
Tafelservice fein decorirt,	60 teilig 80 teilig 38 ⁵⁰ 57 ⁵⁰
Fischservice fein decorirt, 15 teilig	16 ⁵⁰
Kuchenteller fein decorirt	38 75 Pf.
Dessertteller fein decorirt	25 28 Pf.
Teller tief und flach	15 18 Pf.
Compotieren gross rund 75 Pf.	Speinöpfe 28 Pf.
Rahmkannen	15 18 28 38 45 Pf.
Cabarets steilig decorirt	1 ⁷⁵
Ein fein decorierte Tassen	statt 38 Pf. 25 Pf.
Ein grosser weisse Tassen mit Untertassen	8 Pf.

Steingut

Saucières bunt	55 Pf.
Tortenplatten □	1 ⁸⁵
Butterdosen farbig 25, 40 Pf. mit Klee decorirt	60 Pf.
Butterdosen mit Klee decorirt	60 Pf.
Kaffeeteller farbig	9, 10 Pf.
Deckelschüssel farbig u. weiss	65 Pf.
Satz Salatiären 6 teilig weiss	85, 95 Pf. 1 ²⁵
Waschbecken	65, 75, 85, 95 Pf. 1 ¹⁰
Waschkannen	45, 75, 95 Pf.
Waschservice	2 ⁹⁵ 5 ⁵⁰ 8 ⁵⁰ 10 ⁰⁰
Tafelservice 28 teilig	7 ⁵⁰ 10 ⁵⁰
Krüge	75, 85, 95 Pf.
Einzelne Waschbecken u. Kannen	Werth bis 6,00 1 ⁷⁵ 2 ⁵⁰ 2 ⁸⁵
Ein grosser Waschgarnituren	8 ⁰⁰
5theilig mit Dosen	
Speisezimmerkrone 4flammig mit Bekrönung und Perlehang	40 ⁰⁰
Speisezimmerkrone 6flammig mit Bekrönung und Perlehang	44 ⁵⁰ 48 ⁵⁰
Krone 3flammig cuivre poli	22 ⁵⁰ 30 ⁰⁰ 32 ⁵⁰ 35 ⁰⁰
Perl- u. Bronze-Ampel	14 ⁵⁰ 15 ⁷⁵ 18 ⁰⁰ 18 ²⁵ 18 ⁷⁵
Zug-Ampel mit Schirm und Bekrönung und Perlehang	18 ⁵⁰ 19 ⁵⁰ 25 ⁰⁰

Lampen

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, 2. März.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus. Der stiegende Holländer.
Neues königl. Opern-Theater.
Die Jungfrau von Orléans.
Deutsches Schulfest.
Besitzer. Der Kaiserjäger.
Leitung. Ein Volkstheater.
Wochen. Wohlthätigkeits-Vorstellung.
National. Die Juxheirat.
National. Der Postillon von Lonjumeau.
Neues. Der Graf von Charolais.
Thalia. Der Kilometerstreifer.
Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Böhm. Theater.)
Familie Schierke.
Schiller N. Friedrich Wilhelm.
Städtisches Theater. Am Hofen.
Kleines. Die Neuerwählten. Ad.
Schiedsgericht.
Residenz. Hotel Pompadour.
Lustspielhaus. Der Familienstag.
Trianon. Die glückliche Gliberte.
(Hörspiele.)
Deutsch-Amerikanisches. New York.
Linsen. (Theater des Westens.)
Tell.
Belle Alliance. Der beste Typ.
Carl Weisk. Die Kinder des Kapitän Grant.
Metropol. Die Herren von Maxim.
Kipollo. Das Weisheitsmädchen.
Spezialitäten.
Kakao. Heirat auf Probe.
Gemeinschaftstheater. Die Weisheitsmädchen.
Passage-Theater. Die 5 Lorrison.
Bokken Lasson. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Säger.
Palast. Wie man Weiber fesselt.
Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Urania. Taubenstrasse 48/49.
Im Theater abends 8 Uhr:
Tierleben in der Wildnis.
Jugendstrasse 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Urania, Taubenstr. 48/49.
8 Uhr:
Tierleben in der Wildnis.

Sternwarte

Invalidenstr. 57/62.
P. CASTAN'S PANOPTICUM.
Friedrichstr. 165.
Das sensationelle
Riesen-Mädchen!!!
Rosa Wested.
2 Meter 20 cm hoch,
größtes lebendes Riesen-
der Welt.

Neues Theater.

Anfang 7 1/2 Uhr.
Der Graf von Charolais.
Freitag, Sonnabend, Sonntag,
Montag: Ein Sommernachtstraum.

Kleines Theater

Anfang 8 Uhr.
Die Neuerwählten
Hierauf: Abschiedssouper.
Freitag: Nachtsyl.
Sonnabend: Angelo. Der Bär.
Sonntag: Angelo. Abschied vom Regiment.
Montag: Nachtsyl.

National-Theater

Weinbergstr. 19.
Donnerstag, den 2. März 1905:
Der Postillon von Lonjumeau.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Erstes Auftreten der berühmten
Schlachten-Diva
Madelaine B....
aus München, assistiert von dem welt-
bekanntesten Recenspezialisten Schmidt-
Esto. — Gewöhnliche Preise.

Der Postillon von Lonjumeau.

Anfang 7 1/2 Uhr.
Erstes Auftreten der berühmten
Schlachten-Diva
Madelaine B....
aus München, assistiert von dem welt-
bekanntesten Recenspezialisten Schmidt-
Esto. — Gewöhnliche Preise.

Luisen-Theater.

Abends 8 Uhr:
Gastspiel des Theaters des Westens.
Tell.
Freitag: Unsere Frauen.
Sonnabend: Hohenstaufen Erben.
Sonntag nachmittags: Götz v. Ber-
lichingen. Abends: Robert u. Bertram.
Montag: Dohere Töchter.

Zentral-Theater

Abends 7 1/2 Uhr:
Die Juxheirat.
Operette in 3 Akten von Jul. Bauer.
Musik von Franz Lehár.
Morgen u. folgende Tage: Juxheirat.
Sonnabend nachm. 4 Uhr Kinder-
vorstellung, halbe Preise: Der ge-
stiefelte Kater.
Abends: Die Juxheirat.

Metropol-Theater

Die Herren von Maxim.
Große Ausstattungssoppe mit Ge-
sang und Tanz in 5 Bildern von
Julius Freund.
Musik von Viktor Hollaender.
Inszeniert von
Direktor Richard Schultz.
Henry Bender. Josef Giampietro.
Josef Josephi. Anton Grünfeld.
Frid Frid. Fritz Massary.
Das Fest des Lichts. (Ballott.)
Ranchen gestattet. Anf. 8 Uhr.

Passage-Theater.

Abg. d. Abendvorstellung 8 Uhr.
Vor. nachm. Sonntag, 3. Sonntag, 5 Uhr.
Die 5 Lorrison
die berühmten Frauenhelden.
Bokken Lasson
die exotische Strahlfängerin.
Die Tichiani-Truppe.
Die reizenden Violatid.
14 neue Nummern.
jede hervorragend.

Kasino-Theater

Lothringergasse 37 (Hofenbaler Tor.)
Täglich 8 Uhr, Sonn. 7 1/2—8 Konz.ort.
Heirat auf Probe.
Vorher das vollst. neue Programm.
Sonntag nachmittags 4 Uhr: Mutter
Gräbert.
Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Täglich 8 Uhr:
Die Kinder des Kapitän Grant.
Sonnabend nachm. 4 Uhr Kinder-
vorstellung, halbe Preise: Die Wünschel-
rute. Sonntag nachm. 3 Uhr, Parfett
60 Pf.: Senta Wolfsburg.

Zirkus Schumann.

Heute Donnerstag, den 2. März,
abends präz. 7 1/2 Uhr:
Elite-Abend. Gala-Programm.
I. a.: Zum zweiten Male:
**Der sensationellste Dressur-
Akt der Gegenwart, Mr. Ephraim
Thompson Wunder-Elefantenherde,**
darunter: Noch nie dagewesen!
**Der einzige Elefant der
Mary, Welt, der einen
Saltomortale schlägt.**
Ferner: Die vorzüglichsten Pro-
gramm-Nummern und Dir. **Albert
Schumanns** neue und moderne
Dressuren.
Um 9 1/2 Uhr: Einzig dastehender Erfolg!
Die große Schumannsche
Ausstattungs-Pantomime
Eine Nordlandsreise.
Komisch-phantastische Pantomime in
7 Akten. — Entworfen und auf das
glänzendste inszeniert vom Dir.
Ab. Schumann.

Deutsch-Amerikanisches

Theater.
Köpnickerstr. 67/68, Stat. Jannowitzbr.
Jed. Abd. 8 Uhr: Gaastp. Ad. Philipp.
Der große Erfolg!!
101. Male:
NEW-YORK
Sonntag nachm. 3 Uhr, halbe Preise
Ueber'n großen Teich.

Palast-Theater

Burgstr. 22. früher Feen-Palast.
Bis-a-vis d. Börse, 2 Min. v. H. Börse.
9 Uhr: Ein köstlicher Lacherfolg!
Der größte Schlager dieser Saison!
Wie man Weiber fesselt.
Mittler-Gesangspöffe von Reisingen,
Verfasser von „Mutter Gräbert“,
„Onkel Cohn“, „Wie einst im Mai“,
Vor- und nachher: Das neue glän-
zendste Spezialitäten-Prgr.
Freitag: Große Elite-Vorstellung:
Othello.
Traversp. in 5 Akten von Shakespeare.
Vorzeiger dieser Annonce zahlen
wochentags die halben Kassapreise.
Anfang 8 Uhr. Vorher: **Konzert.**
Entree 50 Pf.

Schluss der Saison

am 7. März cr.

Zirkus Busch.

Gala-Parade-Abend.
Benefiz für die Schul-
reiterin Fräulein
Martha Mohnke.
Zum erstmal: Zum Stein,
engl. Volkstänzerin von Nephilo a.
d. Genjare, gefolgt von der Benefi-
ziantin. Hierauf: Der Steiger
„Tcheyvan“. Außerdem: Die beiden
Phänomene Sisters Analia-Leonora
und die vorzüglichsten Gala-Pro-
gramm-Nummern.
Mit noch nie dagewesenem Erfolge
die große Ausstattungs-Feerie:
Katharina II.
Fortsetzung der Gr. Internationalen
Ringkampf-Konkurrenz.
**Mk. 7500.- Geld-
preise in bar.**
Ehren-Protokoll:
Herr Professor Reinhold Begas.
Beginn der Ringkämpfe ca. 9 1/2 Uhr.
(Einkünfte zwischen den Kämpfern
als 8 besten Ringern ermittelten Teil-
nehmern.)
Wiss! Sonntag nachm. 4 Uhr:
Katharina II.

Katharina II.

Fortsetzung der Gr. Internationalen
Ringkampf-Konkurrenz.
**Mk. 7500.- Geld-
preise in bar.**
Ehren-Protokoll:
Herr Professor Reinhold Begas.
Beginn der Ringkämpfe ca. 9 1/2 Uhr.
(Einkünfte zwischen den Kämpfern
als 8 besten Ringern ermittelten Teil-
nehmern.)
Wiss! Sonntag nachm. 4 Uhr:
Katharina II.

Residenz-Theater.

Dir.: **Richard Alexander.**
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Hotel Pompadour.
Schwan in 3 Akten v. Anthony Ward
u. Leon Kanro. Deutsch v. R. Schönan.
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Das
große Geheimnis.

Stadt-Theater Moabit

Moabit 47/49.
Gastspiel des Bernhard-Rose-Theaters:
**Das Käthchen
von Heilbronn.**
Gr. historisch. Ritter-Schauspiel in fünf
Aufzügen von D. v. Kleist.
Anfang 8 Uhr.
Nach der Vorstellung: **Gr. Ball.**
Voranzige. Donnerstag, den
2. März: Große Extra-Benefiz-Vor-
stellung für Elsa Jocosa. Zur Auf-
klärung gelangt: Der Goldfuchs.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Hill. Brunnenstr. 16.
Benefiz für **Udo Hurst.**
Der Bajazzo u. seine Familie.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Ball.
Freitag zum letztenmal: **Herrgott-
schneider.**

Bernhard Rose-Theater

Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Onkel Cohn.
Voll in 4 Akten von R. Schwarz und
G. Hegler.
Anfang 8 Uhr.
Nach der Vorstellung: **Ball.**
Vorzugsarten zu halben Kassap-
reisen haben Gültigkeit.
Voranzige. Dienstag, den
7. März (Rastnacht): Erstes dies-
jähriges Kostümfest. **Gefühlsball in
Sperlingstanz.**

Skala-Theater.

Einleitstr. 132 (a. d. Friedrichstr.)
Sensationelles Programm!
Deta Waldau
sowie
20 internat. Spezialitäten.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Vor der Vorstellung: **Konzert.**

Volksgarten-Theater

(früher Weimann).
Donnerstag, den 2. März 1905:
Keine Vorstellung.
Nächste Vorstellung am Sonntag,
den 5. März, nachm.: **Dornröschen.**
Ein Märchen für Kinder in 4 Akten.
Abends: **Ein Rabenwälder.**
Kasseneröffnung 6 Uhr. Anf. 7 Uhr.
Nach der Vorstellung: **Ball.**

Moabiter

Gesellschaftshaus,
Wiclowstr. 24 und Emdenerstr. 41.
Heute:
Große humoristische Soiree
der beliebten
Norddeutsch. Säger.
Direktion: **Petrie.**
Aufführen der
Harien-Jule.
Anfang 7 Uhr, Konzert, Vert. 8 Uhr.
Entree 30, ref. 50 Pf.
Passpartouts haben Gültigkeit.
25795 **Helmuth Peters.**

Schiller-Theater
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
Pamille Schlerke.
 Schwant in 3 Akten v. G. Stadelburg.
 Freitag, abends 8 Uhr:
Wallensteins Lager.
 Die Piccolomini.
 Sonnabend, abends 8 Uhr:
Im Hafen.

**Friedrich-Wilhelm-
 städtisches Theater.**
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
Im Hafen.
 Drama in 3 Akten von Georg Engel.
 Freitag, abends 8 Uhr:
Zum erstenmal: Der Lebalte.
 Sonnabend, abends 8 Uhr:
Fuhrmann Henschel.

Thalia-Theater.
 Dresdenstr. 72/73. Direktor: Kran & Schönfeld. Belle Alliancestr. 7/8.
 Täglich abends 7 1/2 Uhr:
Stürmischer Lachterfolg!
Der Kilometerfresser
 Sonntag nachm. Charleys Tante.
 3 Uhr:

Belle Alliance-Theater.
 Täglich abends 8 Uhr:
Durchschlagender Lachterfolg!
Der beste Sip.
 Dr. Kunst-Posse in 3 Akten u. Tanz 1. Akt.
 Sonntag nachmittags 3 Uhr:
Hofgunst.

Vereinigung der Maler, Lackierer, Anstreicher.
 Heute Donnerstag, abends 8 Uhr, findet in der „Ständigen Ausstellung für Arbeiter Wohlfahrt“ in Charlottenburg, Fraunhoferstraße 11, ein
Vortrag von Prof. Dr. Sommerfeld über: Bleivergiftung
 statt. Wir erjuchen die Kollegen, recht zahlreich zu erscheinen.
 194/9
 Die Ortsverwaltung.

Nach kurzem (schwerem) Leiden verstarb am 27. Februar der
Ludwig Gerbsch.
 Die Beerdigung findet am 3. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Rigdarter Kirchhofes in der Rudowstraße aus statt.
Hermann Brendel
 und Frau.

Freie Volksbühne
 Sonnabend, 18. März, 8 1/2 Uhr:
IX. Beethoven-Sinfonie
 im Konzertsaal der Brauerei Friedrichshain.
 Festmarken a 80 Pf. bis zum 10. März in allen Zahlstellen; Gastkarten a 1 M. vom 10. März ab in beschränkter Anzahl.
 Einen erläuternden Vortrag über die Neunte Sinfonie wird Herr Dr. Leopold Hirschberg am Donnerstag, den 9. März, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses halten. Die Mitglieder haben dazu unentgeltlich Zutritt.
 III. Extravorstellung: **„Nachtasyl“**
 Sonntag, den 5. März, 3 Uhr, Kleines Theater.
 Sonntag, den 5. März, nachmittags 2 1/2 Uhr:
Metropol-Theater. Berliner Theater.
 8. Abteilung: **Madame Bonivard.** 2. Abteilung: **Ein Teufelskerl.**
 298/9 Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

Trianon-Theater.
 Abends 8 Uhr:
Die glückliche Gilberte
 Freitag: Das Abenteuer des Herrn Malezieux. — Die Brieftasche. — Ein peinlicher Zwischenfall.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
 Donnerstag, den 2. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Keller, Stoppenstr. 29:
Außerordentliche Generalversammlung.
 Tagesordnung: Entwurf eines Verfassens und Revisors. Wahl eines zweiten Arbeitsermittlers. Stellungnahme zum Gewerkschaftsrecht und Wahl eines Delegierten zu demselben. Verhandlungsangelegenheiten.
Eintritt nur mit Mitgliedsbuch.
 Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht
 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands. Zweigverein Berlin.
Nachruf.
 Unseren Mitgliedern zur Nachricht, daß am 27. Februar 1905 unser Kollege
Karl Schulze
 Ganzow
 nach langem Krankenlager verstorben ist. 136/19
 Ehre seinem Andenken!
 Die Verbandsleitung.

Herrnfeld-Theater.
 Täglich: **Die Meyerhains.**
 Komödie in drei Akten von Anton und Donat Herrnfeld.
 Kommerzienrat Meyerhain: **Donat Herrnfeld.**
 Pischewitz, Herausgeber des „Scheinwerfer“:
Anton Herrnfeld.
 Anfang 8 Uhr.
 Vorverkauf 11—2 Uhr.

Achtung! Jalousie-Arbeiter!
 Donnerstag, den 2. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Ladewig, Alte Jakobstraße 83:
Versammlung.
 Tages-Ordnung: Unsere Lohnbewegung und Bekanntmachung der Fabrikanten, welche den Tarif bewilligt haben.
 Unbedingtes Erscheinen aller Kollegen erforderlich.
 Die Kommission der Jalousie-Arbeiter.

Am Montag, den 27. Februar, nachmittags 1 1/2 Uhr, starb nach fünfzigjährigem schwerem Leiden im 39. Lebensjahre meine liebe Frau, unsere unvergeßliche Mutter und Tochter
Alma Wölbling
 geb. Horzog.
 Um stillen Beileid bitten
Fritz Wölbling und Kinder
 nebst Mutter.
 Die Beerdigung findet am Freitag, den 3. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Kapelle des hiesigen Friedhofes aus statt.
 Wriezenerhof, den 1. März 1905.
 Sedanstraße 22.

Deutsche Konzert-Hallen.
 An der Spandauer Brücke 3.
 Täglich: **Großes Urbock-Jubelfest.**
 Internationale Künstlerkonzerte. X Theater-Abteilung.
 Spezial-Ausschank der Berliner Bock-Brauerei.

WINTERGARTEN
 Neues Programm.
SAHARET.
 Herbert Lloyd, Amerikan. Komiker. **Dianda**, Dressierte Affen. **Dorothy Clark**, Engl. Sängerin. **Stelling u. Revell**, Kom. Rockturner. **Dr. Angelo**, Lebende Porzellanfiguren. **Pas de deux**, Orientalischer Tanz. **The Novellos**, Europa in Indien. **Diane de Fontenoy**, Lebende Bilder. **Mistinguette**, Pariser Sängerin. **Kaufmann-Truppe**, Kunstradfabrikerinnen. **Doherty Sisters**, Amerikan. Sängerinnen und Tänzerinnen. **Biograph**, Serienbilder.

Achtung! Brauerei-Handwerker. Achtung!
 Sonntag, den 5. d. M., nachmittags 2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (Saal I):
Öffentliche Versammlung
 der in Brauereien beschäftigten Handwerker, Maschinenisten und Heizer.
 Tages-Ordnung:
 1. Bericht der Kommission. 2. Welche Forderungen wollen wir stellen? 3. Verschiedenes.
 Wir erwarten zahlreiches und pünktliches Erscheinen. Agitiert für guten Besuch der Versammlung. Kein Handwerker darf fehlen. Wir weisen besonders darauf, daß die Versammlung durchaus pünktlich eröffnet wird, da der Saal um 5 Uhr geräumt werden muß.
 Mit Gruß
 Die Kommission der Brauerei-Handwerker.
 41/5* J. H.: W. Siering.

Wir empfehlen: 233/13*
Fritz Reuters Werke.
 Einzel-Ausgaben:

Schwarzer Adler
 Inh.: Gebr. Arnold
 Friedrichsberg, Frankf. Chaussee 120.
 Jeden Sonntag: **Großer Ball.**
 Jeden Donnerstag: **Soiree der Führmann-Walde-Sänger.**
 Bands haben Gültigkeit. 22332*

Sanssouci.
 Rollbuser Tor — Stat. der Hochbahn.
 Sonntag, Montag, Donnerstag:
Hoffmanns
 Norddeutsche Sänger u. Tanzkränzchen.
 In Vorbereitung:
Bajazzo u. seine Familie.
 Schausp. in 5 Akteufungen.

Achtung! Schuhmacher! Achtung!
 Donnerstag, den 2. März, abends 8 1/2 Uhr, in den Residenz-Sälen, Landsberger-Str. 31:
Öffentliche Versammlung
 1. Der Streit in Weihenfeld. 2. Die bestehenden Differenzen. 3. Verschiedenes.
Achtung! Sattler aller Branchen.
 Die Branchenversammlungen finden statt:
Geschirrbrennerei
 Mittwoch, den 8. März, im Englischen Hof, Neue Hofstraße 3.
Treibriemenbranche
 Sonnabend, den 4. März, bei Fleck, Flugstraße 6.
Taschen-, Koffer- u. Galanteriebranche
 Donnerstag, den 9. März, in Graumanns Festsaal, Rosinyst. 27.
Vinolenmaler und Teppichnäher
 Donnerstag, den 9. März, bei Ladewig, Alte Jakobstraße 83.
Wagenbranche
 Donnerstag, den 9. März, bei Augustin, Lindenstraße 69.
Eisenmöbelbranche
 Donnerstag, den 9. März, bei G. Diezener, Wollweberstraße 62.
Sektion Charlottenburg
 Dienstag, den 7. März, bei G. Dörre, Ballstraße 90. (156/6)
 Da wichtige Punkte auf der Tagesordnung stehen, erwartet vollständiges Erscheinen der Mitglieder.
 Die Ortsverwaltung.

Reif nach Belgien
 Rein Güling brosch. je 40 Pf.
 Ganne Rüte geb. je 80 Pf.
 Woans ich tau 'ne Frau kumm — Ut de Franzoseutid
 Volterobend-Belichte und Lustspiele (in allen bisherigen Ausgaben der Werte nicht enthalten) brosch. je 60 Pf.
 Säuschen an Rimele, 2 Teile geb. je 1.— R.
 Ut mine Festungstid Schurr-Wurr
 Dorschlauchtig
 Montersch an Capu-letti
 Ut mine Stromtid brosch. 1,40 R., geb. 2.— R.
 Ferner:
 Fritz Reuters ausgewählte Werke in 9 Bänden, in 2 Leinenbänden geb. 3,50 R.
 (Inhalt: Biographie, Säuschen an Rimele, Ganne Rüte, Franzoseutid, Festungstid, Stromtid.)
 Fritz Reuters sämtliche Werke in 18 Bänden, nebst Lexikon. In 4 Leinenbänden geb. 6.— R.
 In 4 Halbfranzbänden geb. 9,50 R.
 Eine Luxusausgabe auf bestem Papier in 4 hoch-eleganten Leinwand-Halbfranzbänden 12,50 R.
 Zu beziehen durch
Buchhandlung Vorwärts
 Berlin SW. 68
 Lindenstraße 69, Laden.

Gustav Behrens
 Spezialitäten-Theater,
 Frankfurter-Allee 85.
 Das großartige März-Programm.
 24 erstklassige Nummern.
 Neu! **Molly Neu!**
 oder: Die Folgen eines Hintertreppen-Romans.
Etablissement Buggenhagen
 Moritzplatz.
 Täglich von 12—4 Uhr: Mittagstisch.
 In den unteren Sälen jeden Abend:
Bockbierfest.
 KONZERT.
 Der dumme Max u. der kluge Hans.
 Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, Sonntag:
Fritz Steidl-Sänger.
 Nach jeder Vorstellung im Keller: **Tanz.**

Lustspielhaus.
 Heute
 zum **100. Male:**
Der Familientag.
 Anfang 8 Uhr.
 Allabendlich:
Der Familientag.
 Sonntag nachmittags:
Das Lumpengefindel.
 Verband der Tapezierer (Filiale Berlin).
Kleber!!!
 Freitag, den 3. März, abends 8 1/2 Uhr, im Luisenstädt. Konzerthaus, Alte Jakobstraße Nr. 37:
Versammlung
 Tages-Ordnung:
Bericht der Tariffkommission.
 Es ist Pflicht jedes Kollegen, zu erscheinen.
 Die Verbandsleitung. 177/10

Otto Pritzkwitz
Abnormitäten-Anstellung
 Wollweberstr. 10.
 Täglich Vorstellung
MIS Arbella,
 die einzige Dame, welche auf dem ganzen Körper tätowiert ist.
Medizinische Rätsel, anatomische Wunder. Riesen! Zwerge!

Achtung! Sattler aller Branchen.
 Die Branchenversammlungen finden statt:
Geschirrbrennerei
 Mittwoch, den 8. März, im Englischen Hof, Neue Hofstraße 3.
Treibriemenbranche
 Sonnabend, den 4. März, bei Fleck, Flugstraße 6.
Taschen-, Koffer- u. Galanteriebranche
 Donnerstag, den 9. März, in Graumanns Festsaal, Rosinyst. 27.
Vinolenmaler und Teppichnäher
 Donnerstag, den 9. März, bei Ladewig, Alte Jakobstraße 83.
Wagenbranche
 Donnerstag, den 9. März, bei Augustin, Lindenstraße 69.
Eisenmöbelbranche
 Donnerstag, den 9. März, bei G. Diezener, Wollweberstraße 62.
Sektion Charlottenburg
 Dienstag, den 7. März, bei G. Dörre, Ballstraße 90. (156/6)
 Da wichtige Punkte auf der Tagesordnung stehen, erwartet vollständiges Erscheinen der Mitglieder.
 Die Ortsverwaltung.

Gelegenheitskauf! Schlafdecken
 in Wolle, extra schwer
 a 3,50, 4,50, 5,00, 6,00 M.
Pferdedecken
 a 2,50, 3,50, 4,50, 5,50 M.
Reisedecken
 Neueste Tiger-Muster
 a 4,55, 6,00, 8,00, 10,00 M.
 Versand per Nachnahme.
Emil Lefèvre,
 Berlin S. Oranienstr. 158.
 Fehlerhafte Decken
 spottbillig!
Inventur-Extralist
 gratis und franko.

Victoria-Brauerei
 Lützowstr. 111-112.
 Heute 8 Uhr:
Tanzkränzchen.
 Montag u. Freitag:
Nordd. Sänger.
 Avis: Am 7. März (Fasnacht):
Großer Wiener Masken-Ball.
Masken-Garderobe
 von 10712*
Carl Ernst,
 Spandauerstr. 126, 1 Tr.
 Größte Auswahl!
 Billigste Preise!
 Barzeiger dieser Annonce erhält 10% Preisermäßigung.

Der Familientag.
 Anfang 8 Uhr.
 Allabendlich:
Der Familientag.
 Sonntag nachmittags:
Das Lumpengefindel.
 Verband der Tapezierer (Filiale Berlin).
Kleber!!!
 Freitag, den 3. März, abends 8 1/2 Uhr, im Luisenstädt. Konzerthaus, Alte Jakobstraße Nr. 37:
Versammlung
 Tages-Ordnung:
Bericht der Tariffkommission.
 Es ist Pflicht jedes Kollegen, zu erscheinen.
 Die Verbandsleitung. 177/10

Reichshallen.
 Täglich:
Stettiner Sänger
 Anf. Dohentags 8 Uhr.
 Sonntags 7 Uhr.
 Billette zu den Nummern, Gläser sind gratis, aber vorher zu haben.
Andreasgarten.
 Andreasstr. 26. Andreasstr. 26.
 Allen Freunden und Bekannten empfehle meine Kammern zu Versammlungen und Festlichkeiten. Anerkannt gute Speisen u. Getränke. Kegelbahn. Fremdenlag. Mittags-isch von 60 Pf. an mit Bier.
 20462*
Fr. Merkwski.

Achtung! Fliesenleger-Hilfsarbeiter.
 Verband der Bau-, Erd- und gewerblich. Hilfsarbeiter Deutschlands.
 Freitag, den 3. März, abends 8 Uhr, im Rosenthaler Vereinshaus, Rosenthalerstraße 57:
Sektions-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Der Stand der Bewegung und unsere weitere Stellungnahme. 2. Verschiedenes. 3. Zahlreiches Erscheinen ist erforderlich.
 Die Ortsverwaltung. 32/14

Gelegenheitskauf! Schlafdecken
 in Wolle, extra schwer
 a 3,50, 4,50, 5,00, 6,00 M.
Pferdedecken
 a 2,50, 3,50, 4,50, 5,50 M.
Reisedecken
 Neueste Tiger-Muster
 a 4,55, 6,00, 8,00, 10,00 M.
 Versand per Nachnahme.
Emil Lefèvre,
 Berlin S. Oranienstr. 158.
 Fehlerhafte Decken
 spottbillig!
Inventur-Extralist
 gratis und franko.

Victoria-Brauerei
 Lützowstr. 111-112.
 Heute 8 Uhr:
Tanzkränzchen.
 Montag u. Freitag:
Nordd. Sänger.
 Avis: Am 7. März (Fasnacht):
Großer Wiener Masken-Ball.
Masken-Garderobe
 von 10712*
Carl Ernst,
 Spandauerstr. 126, 1 Tr.
 Größte Auswahl!
 Billigste Preise!
 Barzeiger dieser Annonce erhält 10% Preisermäßigung.

Der Familientag.
 Anfang 8 Uhr.
 Allabendlich:
Der Familientag.
 Sonntag nachmittags:
Das Lumpengefindel.
 Verband der Tapezierer (Filiale Berlin).
Kleber!!!
 Freitag, den 3. März, abends 8 1/2 Uhr, im Luisenstädt. Konzerthaus, Alte Jakobstraße Nr. 37:
Versammlung
 Tages-Ordnung:
Bericht der Tariffkommission.
 Es ist Pflicht jedes Kollegen, zu erscheinen.
 Die Verbandsleitung. 177/10

Reichshallen.
 Täglich:
Stettiner Sänger
 Anf. Dohentags 8 Uhr.
 Sonntags 7 Uhr.
 Billette zu den Nummern, Gläser sind gratis, aber vorher zu haben.
Andreasgarten.
 Andreasstr. 26. Andreasstr. 26.
 Allen Freunden und Bekannten empfehle meine Kammern zu Versammlungen und Festlichkeiten. Anerkannt gute Speisen u. Getränke. Kegelbahn. Fremdenlag. Mittags-isch von 60 Pf. an mit Bier.
 20462*
Fr. Merkwski.

Achtung! Fliesenleger-Hilfsarbeiter.
 Verband der Bau-, Erd- und gewerblich. Hilfsarbeiter Deutschlands.
 Freitag, den 3. März, abends 8 Uhr, im Rosenthaler Vereinshaus, Rosenthalerstraße 57:
Sektions-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Der Stand der Bewegung und unsere weitere Stellungnahme. 2. Verschiedenes. 3. Zahlreiches Erscheinen ist erforderlich.
 Die Ortsverwaltung. 32/14

Gelegenheitskauf! Schlafdecken
 in Wolle, extra schwer
 a 3,50, 4,50, 5,00, 6,00 M.
Pferdedecken
 a 2,50, 3,50, 4,50, 5,50 M.
Reisedecken
 Neueste Tiger-Muster
 a 4,55, 6,00, 8,00, 10,00 M.
 Versand per Nachnahme.
Emil Lefèvre,
 Berlin S. Oranienstr. 158.
 Fehlerhafte Decken
 spottbillig!
Inventur-Extralist
 gratis und franko.